



Landtag von Baden-Württemberg

5. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 26. Mai 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Mittagspause: 13:35 bis 14:25 Uhr

Schluss: 16:00 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	33	9. Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses . . .	81, 92, 93
Begrüßung einer Delegation des Vorarlberger Landtags unter Leitung von Frau Landtagspräsidentin Dr. Bernadette Mennel	55	10. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	82
1. Aussprache über die Regierungserklärung	33	11. a) Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters	
Abg. Peter Hauk CDU	33, 73	b) Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	49	c) Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Landstheaters Württemberg-Hohenzollern	82
Abg. Claus Schmiedel SPD	55	12. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH	82
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	62, 78	13. Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH	83
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	68	14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 24. Mai 2011 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 15/20, 15/27	83
2. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung einer Geschäftsordnungskommission – Drucksache 15/17	80	Abg. Bernd Hitzler CDU	83
Beschluss	80	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	83
3. Bestellung der Ausschüsse und Wahl der Ausschussmitglieder sowie der stellvertretenden Ausschussmitglieder	80	Abg. Andreas Stoch SPD	84
4. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses	80	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	85
5. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG . . .	80	Beschluss	85
6. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG . . .	81		
7. Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat	81		
8. Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information	81		

15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 20. Mai 2011 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 15/11, 15/26	85	Anlage 6 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat	110
Abg. Volker Schebesta CDU	85	Anlage 7 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information	111
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	86	Anlage 8 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl von Abgeordneten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses	112
Abg. Andreas Stoch SPD	87	Anlage 9 Wahlvorschlag der Rechtsanwaltskammern – Wahl von Vertretern der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied und zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses	113
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	88	Anlage 10 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	114
Ministerin Silke Krebs	89, 91	Anlage 11 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern	115
Abg. Peter Hauk CDU (Kurzintervention)	91	Anlage 12 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH	116
Beschluss	92	Anlage 13 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH	117
16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2011, Az.: 1 BvF 1/11 – Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag – Drucksache 15/28	92		
Beschluss	92		
Nächste Sitzung	93		
Anlage 1 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse	94		
Anlage 2 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses	106		
Anlage 3 Einsprüche gegen die Landtagswahl am 27. März 2011	107		
Anlage 4 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG	108		
Anlage 5 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG	109		

Protokoll

über die 5. Sitzung vom 26. Mai 2011

Beginn: 9:31 Uhr

Präsident Willi Stächele: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen im Landtag von Baden-Württemberg, und ich begrüße die Gäste. Ich eröffne die 5. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Aus dienstlichen Gründen hat sich für den heutigen Tag Herr Minister Untersteller entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist heute Herr Minister Friedrich.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung

Das Präsidium hat für die Aussprache freie Redezeit festgelegt.

Ich erteile Herrn Abg. Hauk das Wort. – Bitte schön.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann mit viel Lyrik und wenig Substanz gehört. Es gab wenig Konkretes.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mehr Substanz war nie, Herr Hauk!)

Es wurden keine konkreten Wege angesprochen, die über das hinausgehen, was im Koalitionsvertrag steht. Es wurde nichts zu Punkten gesagt, die im Koalitionsvertrag nicht erwähnt sind, aber vielleicht gleichermaßen bedeutsam sind. Für wesentliche zentrale Projekte des Landes wie Stuttgart 21 gab es gerade einmal drei Zeilen oder einen Absatz; auch dafür wurde keine Lösung aufgezeigt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Selbstverständlich gibt es eine Lösung!)

sondern es wurde nur eine Analyse oder eine Problembe-schreibung geboten, der zufolge man sich innerhalb der Koalition nicht einig ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, nach 58 Jahren unter der Führung der CDU als Regierungspartei –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: War es Zeit für einen Wechsel!)

und nicht etwa unter deren Herrschaft; Herr Kollege Kretschmann, da scheinen Sie ein wenig mit vordemokratischen Attributen gearbeitet zu haben –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Manchmal hat man diesen Eindruck schon gehabt, Herr Hauk!)

übergeben wir der neuen Regierung ein bestelltes Feld.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein gut bestelltes Feld!)

Die Abschlussbilanz kann sich sehen lassen.

(Lachen bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Baden-Württemberg ist zweifelsohne das erfolgreichste Land in Deutschland, in vielen Bereichen sogar in Europa.

Auf den ersten Blick gibt es in Ihren Ausführungen einige Punkte, bei denen wir zumindest eine gemeinsame Basis haben. Das trifft vor allem für die Zielsetzungen zu. Auch wir stehen für mehr Chancengleichheit, für Chancengerechtigkeit,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum habt ihr es dann nicht gemacht? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie hatten dafür bloß nicht genug Zeit!)

für soziale Gerechtigkeit und für Bildungsgerechtigkeit, für Nachhaltigkeit und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und für Windkraft!)

Gerade im Bereich der Kinderbetreuung – der Ganztagsbetreuung für Kinder – haben wir, wenn man so will, in den letzten fünf Jahren Siebenmeilenstiefel angehabt, und wir haben diesen Bereich erheblich ausgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wir sind für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Aha! – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

– vielen Dank – und für die Einhaltung der Klimaschutzziele. Die Ziele, meine Damen und Herren, sind vielfach dieselben, aber die Wege – soweit solche überhaupt aufgezeigt wurden – weisen in der Tat vielfach Unterschiede auf.

(Peter Hauk)

Ihre wohlgesetzten Worte von gestern haben leider, wie gesagt, wenig Konkretes dazu erkennen lassen, wie Sie denn im Detail vorgehen wollen. Wir hätten etwas weniger Hesse und etwas mehr Kretschmann erwartet.

(Beifall bei der CDU)

Wo Sie konkret wurden, haben Sie Punkte genannt, die nicht neu sind, sondern – das freut uns natürlich – auch aus der Feder der alten Regierung stammen. So haben Sie zahlreiche Ideen aus dem von der CDU und der FDP/DVP in Auftrag gegebenen McKinsey-Gutachten aufgenommen – in der Tat ein guter Ansatz.

(Vereinzelt Beifall)

Auch wenn Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer gestrigen Regierungserklärung eher den wohlklingenden philosophischen Ansatz gewählt haben, will ich als gelernter Förster und als Nachhaltigkeitspolitiker aus Überzeugung den Ausblick auf die kommenden Jahre und die Einschätzung der von Ihnen vorgelegten Pläne mehr aus der Faktensicht beleuchten.

(Zurufe von der SPD)

Baden-Württemberg war im Jahr 2010 die Wachstumslokomotive in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt, das Sie vor Kurzem als einen richtungslosen Parameter beschrieben haben, wuchs um 5,5 %. Auch im ersten Quartal 2011 legte die Wirtschaftsleistung wieder um 5,25 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Bei den Arbeitsmarktzahlen belegen wir Spitzenplätze. Im April 2011 lag die Arbeitslosenquote bei 4,2 %. Besonders erfreulich ist dabei aber auch der nicht nur im deutschen, sondern vor allem im europäischen Vergleich niedrigste Wert bei der Jugendarbeitslosigkeit: Dieser beträgt 2,6 %.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ein Hinweis auf eine soziale Schieflage? In Baden-Württemberg leben die wenigsten Hartz-IV-Empfänger in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Diese Zahlen sind nicht nur ein Beleg für die Stärke dieses Landes und dieses Wirtschaftsstandorts, sondern auch das Ergebnis einer erfolgreichen Bildungspolitik sowie einer erfolgreichen Integrations-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Wir haben erreicht, dass in Baden-Württemberg die Zahl der Schulabgänger, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss haben, deutschlandweit am niedrigsten ist. Mehr als jeder Zweite, der seine Schullaufbahn beendet, hat eine Studienberechtigung in der Tasche. Bei den Patentanmeldungen belegen wir Platz 1 in Deutschland. EU-Kommissionspräsident Barroso hat Baden-Württemberg als Musterregion für Europa bezeichnet, was die Haushaltslage angeht. Ich gehe nachher noch darauf ein. AAA ist meines Erachtens nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Leider steht zu befürchten, dass Baden-Württemberg durch den grün-roten Politikstil vom Global Player zur Provinzregion absteigen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Unsere Abschlussbilanz, Herr Ministerpräsident, ist gleichzeitig auch die Eröffnungsbilanz von Grün-Rot.

Ich habe deshalb diese Parameter und Zahlen genannt, weil wir Sie am Ende nicht an wohlfeilen Reden, sondern an harten Fakten messen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

Was der Regierungswechsel aber tatsächlich mit sich bringen wird, das haben wir in der gestrigen Regierungserklärung gehört und können es im Koalitionsvertrag nachlesen. Teilweise werden von zwei Regierungsfractionen, die sich gegenseitig offensichtlich weder richtig grün noch richtig rot sind, Luftschlösser gebaut.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Interessant dabei ist, dass nicht nur das Aussagekraft hat, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht oder was gestern zu hören war, sondern gleichermaßen auch das Aussagekraft hat, was gerade nicht darin steht. Davon werde ich später noch einiges ansprechen.

Im Zusammenhang mit der Ankündigung des Wechsels war noch die Rede von einer Liebesheirat voll trauter Harmonie. Doch schnell wurde bekannt, dass hinter verschlossenen Türen der Ton nicht immer ganz so liebevoll war, sodass schnell die Ergänzung „Eheglück mit getrennten Betten“ vorgenommen wurde.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Betten stehen aber wieder zusammen!)

Ich kann Ihnen auch sagen, warum: Zwei versuchen es miteinander, denen das Wichtigste für ein fruchtbares und harmonisches Miteinander fehlt, nämlich die Vertrauensbasis.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Daher wurden auch in zentralen Politikfeldern unterschiedliche Meinungen nicht ausdiskutiert und gemeinsame Ziele nicht so festgelegt, wie man es von Partnern auf Augenhöhe eigentlich hätte erwarten können. Vielmehr verschieben Sie strittige Themen wie Stuttgart 21 oder die konkrete Ausgestaltung erneuerbarer Energien in die Zukunft und lassen dann auch noch lieber andere entscheiden.

Im Koalitionsvertrag findet man insbesondere zu den interessanten und brisanten Themen nur wachsweiße Aussagen, und manchmal findet man auch gar nichts. Weil das Vertrauen zwischen den beiden Koalitionspartnern zu wenig ausgeprägt ist, wird es künftig nicht mehr nur eine Regierungszentrale geben, sondern gleich zwei: das Staatsministerium mit dem Ministerpräsidenten, einer Staatsministerin, einem Staatssekretär und deren Regierungssprechern auf der grünen Seite so-

(Peter Hauk)

wie auf der roten Seite das Finanz- und Wirtschaftsministerium mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister, mit voraussichtlich gleich zwei Ministerialdirektoren und einem eigenen Regierungssprecherteam.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Zuruf von der SPD: Das war auch schon vorher so!)

In der neuen Verbindung ist man sich wohl noch nicht so ganz einig, wer da eigentlich die Hosen anhat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, unter diesen wirklich nicht allzu rosigen Vorzeichen beginnt nun der Wechsel in unserem Land.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Lassen Sie mich auf drei oder vier Themen eingehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern wiederholt das Thema Nachhaltigkeit im Munde geführt, das von den Grünen so wieso gern wie eine leuchtende Laterne vor sich hergetragen wird.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und mit Leben gefüllt!)

– Aber anders, als von vielen gedacht. – Dieser Tage wurde bekannt, dass Baden-Württemberg Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 1 Milliarde € zu erwarten hat. Das ist das Ergebnis einer vorausschauenden und verantwortungsvollen Politik von CDU und FDP/DVP in Krisenzeiten und der hervorragenden Zusammenarbeit mit unserem leistungsstarken Unternehmertum, das im Übrigen nicht nur aus Daimler und Bosch besteht, sondern gleichermaßen aus Handwerkern, Mittelständlern, Dienstleistern oder Landwirten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Edith Sitzmann GRÜNE)

Allein diese Steuermehreinnahmen würden ausreichen, um bereits jetzt, im Jahr 2011, die Nullneuerschuldung herbeizuführen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

die wir als ambitioniertes, aber erreichbares Ziel für 2014 angestrebt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD)

Von einer Regierung, die sich das Thema Nachhaltigkeit auf die Fahnen schreibt und die stets die wahre Aussage propagiert, dass wir unsere Erde nur von unseren Kindern geliehen haben,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau so ist es!)

sollte man doch erwarten können, dass dieser Geldsegen für das Land jetzt nicht mit vollen Händen verprasst wird,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niemand verprasst das!)

sondern in erster Linie zur Haushaltssanierung und damit zur Entlastung der nächsten Generationen eingesetzt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stattdessen wollen Sie die Nullneuerschuldung bis zum Jahr 2019 hinausschieben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

also bis in die nächste Legislaturperiode – bei der Sie vielleicht insgeheim hoffen, dann nicht mehr Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

Die Grünen maßen sich an, uns eine Politik der Schuldenmacherei vorzuwerfen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das stimmt auch! – Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist schon starker Tobak. Wir fordern die neue Landesregierung und die neuen Regierungsfractionen deshalb auf: Werden Sie Ihrer Verantwortung *j e t z t* gerecht! Unter den neuen Gegebenheiten und angesichts der damit verbundenen massiven Steuermehreinnahmen muss die Neuverschuldung jetzt auf null zurückgeführt werden – im Jahr 2011 und nicht im Jahr 2019.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Und dann?)

Noch vor knapp einem Jahr hat uns der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen mit Blick auf die Haushaltssanierung vorgeworfen – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht erteilt!)

Mit Ihrer Politik des Abwartens und Verschiebens werden Sie den Zeitpunkt verpassen, bis zu dem noch zu verhindern ist, dass es einen Crash gibt, spätestens wenn die Schuldenbremse wirkt.

Das war in der Aussprache zur Regierungserklärung am 10. März 2010.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kretschmann, hatten wir uns klare Ziele gesetzt und eben keine Politik des Abwartens und Verschiebens vorgehabt. Unter den alten Bedingungen hätten wir im Jahr 2014 erneut einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

nach den Jahren 2008 und 2009.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Warum dies in diesem Jahr bei einer geplanten, von uns bereits abgesenkten Neuverschuldung im Jahr 2011 von 800 Millionen € und zu erwartenden Steuermehreinnahmen von 1 Milliarde € nicht klappen soll,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das verstehe, wer will!)

(Peter Hauk)

wobei Ihnen zudem die Zeit fehlt, für eigene Wünsche überhaupt noch groß Geld auszugeben, erschließt sich mir beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird deutlich: Grün-Rot bleibt hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Sie reden von soliden Haushalten und haben allein in der gestrigen Regierungserklärung Mehrausgaben von 1,6 Milliarden € aufgelistet:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

für beitragsfreie Kindergarten- und Kleinkindbetreuung rund 500 Millionen €, für Ganztagschulen im Schulgesetz als Konnexitätsfolge rund 500 Millionen €, für gleiche Ressourcenausstattung für berufliche Schulen wie für allgemeinbildende Schulen rund 460 Millionen €, für den Wegfall der Studiengebühren rund 140 Millionen € – um nur die wesentlichen Posten zu nennen.

Anstatt Ihr eigenes Feld zu bestellen, machten Sie in Ihrer gestrigen Regierungserklärung große Worte, dass Sie Ihre Regierungsarbeit mit einem umfassenden Kassensturz beginnen wollen – mit einem Finanz- bzw. Superminister in Teilzeit; dies sei nur nebenbei gesagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die von Ihnen dargestellte angebliche rechnerische Deckungslücke in der mittelfristigen Finanzplanung rührt daher, dass wir im Gegensatz zu Ihnen einen konsequenten Weg hin zur Nettonullverschuldung im Jahr 2014 bereits aufgezeigt haben.

(Lachen bei der SPD)

Der unionsgeführten Regierung ist es bisher noch jedes Mal gelungen, durch entsprechende Einsparungen bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs diese Lücke planmäßig zu schließen. Aber diese Tatsache haben Sie natürlich geschickt unter den Tisch fallen lassen. Von Einsparungen war von Ihnen gestern überhaupt nichts zu hören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Fakt ist: Anstelle eines Schuldenbergs hat Baden-Württemberg nach Sachsen und Bayern die niedrigste Verschuldung aller Länder. Bezieht man die Verschuldung auf kommunaler Ebene ein, sind wir sogar noch besser als Bayern. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, dass Baden-Württemberg das einzige Land ist, das immer in den Länderfinanzausgleich eingezahlt hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es! – Zuruf: Rot-grüne Bankrotteure!)

Interessanterweise hat die SPD noch gestern frenetisch Beifall geklatscht, als Sie angekündigt haben, zunächst einmal auf eine Klage zu verzichten. Wenn Sie jedoch ein wesentliches Einnahmefinstrument – Sie haben eines genannt: Thema Grunderwerbsteuer; dazu komme ich noch – verbessern können, ist es der Länderfinanzausgleich. Wer jetzt nicht klagt, sondern dies verschiebt, verzichtet auf Einnahmen dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das verstehe bei der SPD, wer will! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Kollege Schmiedel, ich hätte gute Lust, den am Ende der Legislaturperiode gemeinsam von CDU, FDP/DVP und SPD verabschiedeten Antrag wieder herauszuholen, was die Klage gegen den Länderfinanzausgleich angeht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sollte jetzt gegenstandslos sein!)

Wo sind Sie in dieser Regierung geblieben?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Hier!)

Die Sozialdemokraten haben sich zunächst einmal mit Posten versorgen lassen,

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

und von Inhalten ist nichts mehr zu spüren.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident ging in seiner gestrigen Regierungserklärung auch auf die Pensionsverpflichtungen ein, die er als besonders hohe Lasten dargestellt hat. Ich erlaube mir zu erwähnen, dass Baden-Württemberg neben der bundesgesetzlichen Pensionsrücklage einen weiteren Versorgungsfonds eingerichtet und mit einem Kapitalstock in Höhe von 500 Millionen €, der mittlerweile angewachsen ist, ausgestattet hat. Wenn es nach den alten Forderungen von Grün-Rot ginge, gäbe es heute eben nicht weniger, sondern deutlich mehr Beamte und damit noch wesentlich höhere Pensionsrückstellungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mir ist klar, dass das Wahrheiten sind, die Sie lieber verschweigen.

Dann komme ich noch zu Ihren Plänen, die Grunderwerbsteuer trotz der Mehreinnahmen um 1,5 Prozentpunkte zu erhöhen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das einzige Verbindliche, was wir gelesen haben!)

Das war eine der wenigen konkreten Maßnahmen. Konkret wird es, wenn es um Belastungen der Bürger sowie um Gebote und Verbote geht. Das wird gerade junge Familien, die sich Wohneigentum schaffen möchten, besonders hart treffen. Da nützt es auch nichts, dass die Steuermehreinnahmen zum Ausbau der Kleinkindbetreuung verwendet werden sollen. Ihr Argument, dass die Familien hiervon schließlich auch durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie profitieren würden, wodurch sich viele überhaupt erst Wohneigentum leisten könnten, ist doch irgendwie absurd.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Zynisch!)

Sie nehmen unseren jungen Familien im Land der Häuslebauer beim Grunderwerb, beim Wohnungserwerb das Geld aus der Tasche, um damit die Kinderbetreuung zu finanzieren, die

(Peter Hauk)

unter Umständen überhaupt erst notwendig wird, weil beide Elternteile, obwohl sie es vielleicht anders vorhätten, arbeiten müssen,

(Lebhafter Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

um sich überhaupt Wohneigentum leisten zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aus diesem Grund fordern wir die Regierungsfractionen hiermit auf: Nehmen Sie von Ihren Plänen Abstand, und verzichten Sie zum Wohl junger Familien auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Zwischendurch muss auch mal ein Lob sein: Die Zusammenführung der Energiepolitik durch die Einrichtung eines Umwelt- und Energieministeriums

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ist euch 58 Jahre lang nicht eingefallen!)

ist durchaus sinnvoll. Gerade in Anbetracht der anstehenden Projekte und künftigen Herausforderungen in Bezug auf den Umstieg von der Atomenergie auf erneuerbare Energien war dies eine gute Maßnahme. Auch die Bündelung von Naturschutz und Tourismus im Ministerium für Ländlichen Raum ist eine sinnvolle Entscheidung.

Dem Lob muss allerdings eine Einschränkung folgen: Es ist gut gemeint, aber im Gesamtergebnis leider nicht gut gemacht. Insgesamt wurden neue Ideen – die wenigen, die es gab – unseres Erachtens nicht verantwortungsvoll genug umgesetzt. Im Gegenteil, der Regierungsapparat wurde unnötig aufgebläht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie haben formal ein zusätzliches Ministerium geschaffen. Eigentlich sind es ja zwei Ministerien, da die Zusammenlegung des Wirtschafts- und des Finanzministeriums im Prinzip reine Kosmetik ist.

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein sinnvoller Umbau ist das!)

Das sind die Symbole der Haushaltskonsolidierung nach Grün-Rot, Herr Ministerpräsident. Noch im Jahr 2006 hatte die damalige Oppositionsführerin Ute Vogt

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer war das? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die kritisierte gerade die Bundesregierung!)

– daran werden Sie sich vielleicht nicht mehr gern erinnern, nicht nur wegen des Inhalts – Herrn Ministerpräsident Oettinger zur Streichung von zwei Ministerien aufgefordert.

(Abg. Andreas Stoch SPD: In dieser Regierung hätte man auch acht Ministerien streichen können!)

Ich zitiere die damalige Aussage von Frau Vogt:

In Bezug auf die Landesregierung wäre es ganz einfach gewesen, ein deutliches Signal zu setzen, Herr Ministerpräsident. Hätten Sie zwei Ministerien gestrichen ...

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dieser Aussage will ich mich nicht ganz uneingeschränkt anschließen. Ich habe die bisherige Größe der Regierung durchaus für angemessen gehalten. Aber wenn es einen neuen Konsolidierungsbeitrag geben soll – Politik lebt eben auch von Symbolen –, ist es schon starker Tobak, wenn man gleich die Landesregierung aufbläht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Da geht es um Posten! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Aufbläht“? Neuer Zuschnitt!)

Ihre „Koalition auf Augenhöhe“ ist eigentlich eine Koalition mit Versorgungsmentalität.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte! Da seid ihr doch die Spezialisten!)

Die neue Regierung startet mit einem klaren Signal: Nicht die Bürgerinnen und Bürger wurden gehört, sondern erst einmal das politische Umfeld, und damit wurden auch Wunschpositionen verteilt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Trotz der guten Vorzeichen ist natürlich Sparen angesagt. Die erste gute Möglichkeit hierfür wäre gewesen, auf Ihre neue Integrationsministerin zu verzichten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Thema passt euch nicht! Das ist mir schon klar! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist nur Schau!)

Das wird wohl auf einen Apparat von 40 bis 50 Personen in einem eigenständigen Ministerium hinauslaufen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sind die richtigen Symbole, Herr Kollege! Auf diese Symbole hat das Land gewartet!)

Von den Inhalten her ist dazu zu sagen: Baden-Württemberg hat den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund unter allen Flächenländern. Dennoch haben wir nirgendwo im Land Kreuzberger Verhältnisse. Die in Baden-Württemberg lebenden Migrantinnen und Migranten sind gut integriert –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlige Verkennerung der Aufgaben!)

nicht so gut, dass nicht noch etwas machbar wäre; das will ich gar nicht abstreiten, ganz im Gegenteil;

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da hatten Sie genügend Zeit!)

(Peter Hauk)

aber der bisherige Weg war erfolgreich. Bei einem Ausländeranteil von knapp 12 % hatte Baden-Württemberg im April 2011 eine Ausländerarbeitslosenquote von 9,5 %, während Berlin bei einem Ausländeranteil von knapp 14 % eine Ausländerarbeitslosenquote von 25,9 % aufweist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sind die Künast-Wähler!)

Die Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft gelingt in Baden-Württemberg somit deutlich besser als in anderen deutschen Ländern.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Daher muss man sich natürlich schon fragen, ob eine Ministerin aus Berlin hier wirklich die Idealbesetzung ist, zumal man sich eigentlich auch fragen muss, welche Bürger sie jetzt vertritt. Sind es die Berliner, oder sind es die Baden-Württemberger?

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf: Sie ist nicht da! – Abg. Thomas Blenke CDU: Landtags-sitzung in Berlin! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Teilzeitarbeiter und Doppelverdiener in der Regierung! – Weitere Zurufe)

Vermutlich ist sie gerade im Abgeordnetenhaus in Berlin. Deshalb, Frau Ministerin Öney, fordern wir Sie auf: Treten Sie sofort zurück!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie ist in zwei Parlamenten! Das ist nicht geschickt! – Zuruf von den Grünen)

Treten Sie zurück – in Berlin – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In zwei Parlamenten Mitglied! Sie ist Mitglied im Abgeordnetenhaus! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist doch lächerlich! Entschuldigung! – Lebhaftige Unruhe)

Frau Öney, treten Sie zurück – in Berlin, oder besser noch in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD)

Gespannt darf man darauf sein, wie sich der angekündigte Wechsel beim Thema „Nachhaltige Umweltpolitik und Klimaschutz“ gestaltet. Dies ist untrennbar mit der Energieversorgung verbunden. Auch im Bereich der Nachhaltigkeit werden Sie Ihren Ansprüchen keineswegs gerecht. Den Wechsel hin zu erneuerbaren Energien wollen wir ebenso wie Sie, und zwar nicht erst seit Fukushima. Kernenergie war für die CDU immer eine Brücke hin zu erneuerbaren Energien.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach ja? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Weiterschieben! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Unruhe)

Wahr ist allerdings – dazu bekenne ich mich ausdrücklich –, dass Fukushima in allen Teilen der Gesellschaft – auch in un-

serer Partei – ein Umdenken ausgelöst hat, was die Länge dieser Brücke angeht.

Am Ende gilt aber eines: Nicht der Tag des Ausstiegs ist entscheidend. Vielmehr kommt es darauf an, einerseits so schnell wie möglich auszusteigen und andererseits sicherzustellen, dass Energie für die Bürger und Unternehmen im Land sicher, bezahlbar und verlässlich bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Die Lösung kann nicht sein, dass wir in Deutschland die Kraftwerke abschalten und Atomstrom aus Frankreich importieren, wie es derzeit der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das ist völlig richtig!)

Meine Damen und Herren von den Grünen, auch Sie können physikalische Grundgesetze nicht außer Kraft setzen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was ist Ihr Vorschlag?)

Für einen sauberen Ausstieg brauchen wir saubere und konkrete Lösungen. Dabei sind wir uns bewusst, dass der Umstieg seinen Preis erfordert, und zwar nicht nur einen finanziellen.

Was in Ihrem Koalitionsvertrag zu Ihrem Kernthema Klimaschutz zu lesen ist, bleibt auffallend vage und wenig greifbar. Ich finde es doch sehr bemerkenswert, dass dies bei einer im Wesentlichen von den Grünen mitgetragenen Regierung in einem Kernbereich ihres Selbstverständnisses so ist.

Spannend ist hier deswegen nicht so sehr, was im Koalitionsvertrag zu lesen ist.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sondern was nicht darin steht!)

Vielmehr ist spannend, was gerade nicht darin steht.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja, genau!)

Wie halten Sie es mit dem Ausbau der Netze, auch der Niederspannungs- oder Mittelspannungsnetze? Wie halten Sie es damit?

(Zuruf des Ministers Alexander Bonde)

Wie halten Sie es mit dem Bau von Pumpspeicherkraftwerken wie dem in Atdorf? Wenn Energie verstärkt dezentral – egal, ob durch Windkraft oder Fotovoltaik – erzeugt wird, brauchen wir zwingend die derzeit größte Investition im Bereich der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg – mit 1 400 MW; das ist mehr, als jeder Kraftwerksblock in Baden-Württemberg erzeugt. Diese Investition haben Sie mit keinem Wort erwähnt.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wie halten Sie es denn mit der notwendigen Umgestaltung der Förderung nachwachsender Rohstoffe oder mit einer besseren Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung?

(Peter Hauk)

Die Landesregierung verfolgt zwar Ziele, die begrüßenswert sind, Ziele, über die sich alle einig sind, aber wenn es auf dem Weg zum Erreichen dieser Ziele konkret werden müsste, soll es in der Sache zunächst einmal wenig vorangehen. Dabei stand im Wahlprogramm der Grünen zu lesen – ich zitiere –:

Neben Druckluftspeichern stellen insbesondere Pumpspeicherwerke eine langjährig erprobte Technik dar, um größere Mengen an Strom kurzfristig zu speichern und bei Bedarf wieder ins Netz einzuspeisen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Erkenntnis! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Von einer Partei wie den Grünen, die sich seit Jahren die Energiewende auf die Fahne schreibt, hätte man mehr erwarten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: In der Tat!)

So viel muss sein: Wir haben bereits den Grundstein für einen erfolgreichen verantwortlichen Umstieg in der Klimaschutzpolitik und in der Energiepolitik gelegt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Noch in diesem Jahr haben wir ein Klimaschutzkonzept mit über 140 sehr konkreten Maßnahmen beschlossen. Wenn Sie die Antworten für den Bereich der Energie und des Klimaschutzes nicht kennen: Wir haben sie und sind gern bereit, Sie auf schnellem Weg

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oi, oi!)

beim Umstieg auf erneuerbare Energien zu unterstützen.

Die Beispiele, die Sie genannt haben und jetzt als große Innovation präsentieren, sind auch nicht gänzlich Ihrem Gedankengut entsprungen. Wir haben bereits in den vergangenen Jahren z. B. die Landesagentur für Elektromobilität gegründet. Besonders lohnend ist ein Blick in eine Regierungserklärung von Stefan Mappus vom vergangenen Jahr, speziell zum Thema Elektromobilität. Wenn Wikiplag den Scanner über diese Passagen Ihrer Regierungserklärung laufen ließe, würde sie wohl nicht wörtlich, aber inhaltlich weitgehend als Plagiat entlarvt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD)

Entscheidend ist doch am Ende ein Dreiklang aus einer möglichst kurzen weiteren Nutzung der Kernkraft als Brückentechnologie, Fortschritten im Bereich der Energieeffizienz und beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Stärkung der erneuerbaren Energien. Dabei haben wir in Baden-Württemberg viel erreicht, und da können Sie auch auf gute Grundlagen aufbauen. Die erneuerbaren Energien hatten im Jahr 2009 nach den letzten Zahlen des Statistischen Landesamts

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

einen Anteil von 15 % an der Bruttostromerzeugung im Land. Das bedeutet eine Verdopplung über den Zeitraum von zehn

Jahren seit 1999. Hinzu kommt: Schon jetzt ist der Primärenergieverbrauch vom Wirtschaftswachstum im Land entkoppelt. In der Ende 2010 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichten Ländervergleichsstudie zum Ausbau der erneuerbaren Energien in den Ländern belegt Baden-Württemberg einen hervorragenden dritten Gesamtplatz. Nach dieser Studie liegen wir bei den Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien sogar auf Platz 1.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Nur in Bayern werden, bezogen auf die Wohnfläche, mehr Pelletheizungen genutzt als in Baden-Württemberg. Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden waren und sind wir bundesweit Vorreiter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Das Klimaschutzkonzept 2020PLUS setzt ehrgeizige Ziele. Wir wollen die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 um 80 % senken. Ich gebe zu, Herr Ministerpräsident, Sie wollen in 40 Jahren dieses Ziel übertreffen und haben jetzt als Ziel eine Senkung um 90 % gesetzt. Ein innovativer Erfolg dieser Regierung.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das kommt vom Weltklimarat!)

Das Einzige, wo Sie konkret werden, ist der Ausbau der Windenergie. Dort wollen Sie einen Anteil von 10 % im Jahr 2020 erreichen. Darüber kann man streiten oder auch nicht. In solch einen Streit will ich gar nicht eintreten. Aber eines ist doch ganz klar, nämlich dass wir nicht nur mit Flaggschiffen und mit Symbolen arbeiten können,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das machen wir nicht!)

sondern dass wir dezentral überall unsere Reserven und Ressourcen im Bereich der erneuerbaren Energien nutzen müssen

(Beifall des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Unruhe bei der SPD)

und dabei nicht ideologisch vorgehen dürfen. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich.)

Ich sehe aber durchaus die Basis auch für einen gemeinsamen Konsens, wenn er denn gewollt ist – wenn er denn gewollt ist! Ich kann und will Ihnen in dieser Frage, weil sie für dieses Land als Wirtschaftsstandort und auch gesellschaftspolitisch relevant ist, auch ausdrücklich anbieten, einen Konsens zu suchen, wenn Sie darauf Wert legen. Ansonsten werden wir uns auch weiterhin strittig über diese Themen unterhalten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rösler?

Abg. Peter Hauk CDU: Aber gern, Herr Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Kollege Hauk, Sie haben die regenerativen Energien und auch die Windkraft angesprochen. Ist Ihnen bewusst, dass wir hier im Land bei einem Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung von 0,8 % liegen, während Rheinland-Pfalz bei knapp 7 % liegt?

(Unruhe bei der CDU)

Und erinnern Sie sich an die Ausführungen des sehr geschätzten Exkollegen Scheuermann in der letzten Legislaturperiode, der hier im Plenum mitteilte, er wisse wohl, dass die Bremser bei der Windkraft leider in den Reihen seiner eigenen Fraktion säßen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Rösler, ein Blick in den Windatlas schärft das Bewusstsein.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dann werden Sie sehr schnell feststellen: Die Windhöufigkeit in Rheinland-Pfalz ist aufgrund der Westausrichtung und der Westlage deutlich besser als bei uns.

(Unruhe)

Der neue Windatlas zeigt für uns in Baden-Württemberg im Südschwarzwald erhebliche neue Potenziale, und er zeigt vor allem im Nordosten des Landes von der Windhöufigkeit her neue Potenziale.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Aber wir sollten uns doch nicht dazu versteigen, aus Ideologie eine – eine! – Möglichkeit der regenerativen Stromerzeugung zu präferieren und andere Möglichkeiten dabei hintanzustellen oder gänzlich auszublenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen: Nachdem es jetzt diese Grundlagen gibt, sind auch die Regionalverbände und damit die Kommunen in der Verantwortung, von unten her mit den Bürgern zu sprechen. In kommunaler Verantwortung steht es jetzt an, gegebenenfalls auch neue Standorte auszuweisen. Vor allem in diesen drei genannten Regionen wird das besonders bedeutsam sein.

Meine Damen und Herren, der Regierungswechsel wird auch beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ spürbar werden. Bei Grün und Rot bedeutet soziale Gerechtigkeit nämlich, dass alle gleich sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wer es noch nicht ist, der wird gleichgemacht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Meine Güte! Das tut richtig weh! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Herr Kollege Sckerl, die alten sozialistischen Wurzeln der Sozialdemokraten und der Grünen kann man nicht gänzlich ausblenden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In der grün-roten Gedankenwelt tut es eine Einheitsschule,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

bei der dann im Endausbau das Gymnasium nach Klasse 10 als Aufsetzer obendrauf gesattelt werden kann. Die noch verbleibenden knappen Gymnasialplätze werden dann in Baden-Württemberg womöglich genauso wie schon heute in Berlin verlost.

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie sitzen einem Trugschluss auf, wenn Sie glauben, soziale Gerechtigkeit in unserem Land dadurch verbessern zu können, dass Sie in einem ersten Schritt die verbindliche Grundschulempfehlung zum übernächsten Schuljahr abschaffen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Die TIMSS-Studie sowie die Empfehlungen des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ weisen nämlich eindeutig nach, dass die soziale Selektion durch den Wegfall der Grundschulempfehlung nicht gemindert, sondern verstärkt wird.

(Beifall des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Unglaublich!)

Denn Eltern aus bildungsfernen Schichten werden ihr Kind erfahrungsgemäß vielfach eben nicht aufs Gymnasium oder auf die Realschule schicken – selbst wenn es die Voraussetzungen dafür mitbringt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da werden Sie sich noch wundern!)

Andere Eltern werden ihr Kind unter allen Umständen aufs Gymnasium oder auf die Realschule schicken wollen – auch dann, wenn es den dortigen Ansprüchen zu diesem Zeitpunkt vermutlich nicht gewachsen sein wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja!)

Daher ist es richtig, dass von Lehrerinnen und Lehrern neutral und sachlich beurteilt wird, ob ein Kind die eigenen Erwartungen erfüllen und den Einschätzungen der Eltern gerecht werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Denn die Grundschulempfehlung zeigt zudem stets nur den Weg auf, den ein Kind gehen kann. Mit der Grundschulempfehlung wird keine Aussage über die Art des möglichen späteren Abschlusses getroffen. Denn in Baden-Württemberg galt seit jeher: Kein Abschluss ohne Anschluss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn zukünftig jede Kommune autonom – oder, wie Sie es so schön sagen, „von unten“ – über ihre Schule entscheiden wird,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was auch wichtig ist!)

wird im Land am Ende ein bildungspolitischer Flickenteppich von ungeahntem Ausmaß entstehen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Individuell fördern!)

(Peter Hauk)

der die Durchlässigkeit des Schulsystems nahezu unmöglich macht,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sodass auch nicht mehr gewährleistet ist, dass man im Zweifelsfall von Biberach nach Mannheim oder von Wertheim nach Konstanz umziehen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP)

Aber auch „von unten“ ist nur ein verschleiern des Schlagwort. Denn Sie bauen tatsächlich von oben um. Gerade eine Woche im Amt, kündigten Sie am letzten Freitag den Einstieg in die Ausbildung des Einheitslehrers an

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Einheitslehrer?)

und schaffen so Fakten auf dem Weg hin zur Einheitsschule.

Meine Damen und Herren, Sie schaffen ein Bildungswirrwarr, Sie rufen Geister, die Sie dann irgendwann nicht mehr beherrschen können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie schon so oft!)

Das gleiche ideologische Verständnis von sozialer Gerechtigkeit spiegelt sich auch beim Thema Landeserziehungsgeld wider. Sie wollen das Landeserziehungsgeld abschaffen und dieses Geld zum Ausbau der Kleinkindbetreuung verwenden. Damit wird den Familien die Unterstützung genommen, die das Geld am dringendsten brauchen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

weil sie sich am unteren Ende der Einkommensskala befinden und damit zu den ganz Armen in dieser Gesellschaft gehören.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Winfried Mack und Helmut Walter Rüeck CDU)

Das ist dann die soziale Gerechtigkeit bei Grün-Rot.

Das Gleiche gilt bei Studiengebühren, die zum Sommersemester 2012 abgeschafft werden sollen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Früher! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die baden-württembergischen Studiengebühren sind sozialverträglich ausgestaltet. Das war für die CDU ein zentrales Element bei deren Einführung vor vier Jahren. Doch auch hier wird nun eindrucksvoll deutlich, was Grün-Rot unter sozialer Gerechtigkeit versteht: Künftig wird derjenige, der sich selbst keine Chefarztbehandlung leisten kann, für die Ausbildung eines zukünftigen Chefarztes bezahlen.

Niemand muss in Baden-Württemberg aus finanziellen Gründen auf die Aufnahme eines Studiums verzichten.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Der Beweis zeigt sich auch darin, dass die Studierendenzahlen trotz oder auch wegen der Studiengebühren und der damit

verbesserten Rahmenbedingungen in den vergangenen vier Jahren um 20 % gestiegen sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und die Qualität ist gestiegen!)

Sie argumentieren, in anderen Ländern würden auch keine Studiengebühren verlangt. Das ist der falsche Ansatz, Herr Kretschmann. Sie sollten sich nicht nach den Nachteilen und Versäumnissen der anderen strecken.

Unser Land ist heute bundesweit spitze, weil wir neue Wege gegangen sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber bitte nicht wegen der Studiengebühren!)

Wir haben aus den Fehlern anderer gelernt und haben sie nicht nachgemacht.

Wenn Sie sich an anderen Ländern orientieren, wird Baden-Württemberg beim Länderfinanzausgleich wohl bald zu den Nehmer- und nicht mehr zu den Geberländern gehören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Dr. Frank Mentrup SPD – Zuruf: Das wollten Sie doch immer!)

Meine Damen und Herren, die Freiheit und die Wahlfreiheit unserer Bürgerinnen und Bürger sind für die CDU-Fraktion ein hohes und schützenswertes Gut. Eine Zwangsbeglückung, wie Sie sie vorhaben, lehnen wir deshalb strikt ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Zwangsbeglückung“!)

Wir wollen, dass konkurrierende Ideen zu verschiedenen Angeboten führen, aus welchen jeder auch subjektiv das für ihn beste wählen kann. Für uns zählt Vielfalt statt Einfalt, Chancenreichtum statt Gleichmacherei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Denn der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns, und nicht eine Ideologie, die allen anderen übergestülpt werden soll.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

So fordern wir im Bildungswesen, wo Sie einen Weg für alle einführen möchten, den passgenauen Weg für jeden Einzelnen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Soziale Selektion! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje!)

Deshalb muss auch beim Ausbau der Ganztagschulen für die Eltern in unserem Land die Freiheit bestehen, ein Angebot zu wählen oder eben auch nicht zu wählen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ein Vater oder eine Mutter den Umfang einer Berufstätigkeit reduziert oder sie ganz aufgibt, um die Betreuung des

(Peter Hauk)

Kindes oder der Kinder zu übernehmen, dann soll er oder sie das tun können.

(Zuruf von der SPD)

Wer im Gegenzug sein Kind professionell betreuen lassen möchte, muss auch hierfür Angebote vorfinden.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Aber die fehlen!)

Die Aufgabe des Staates besteht eben darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer sich verschiedene Angebote ausbilden können, aus denen dann auch gewählt werden kann.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Aber genau das ist bisher nicht der Fall! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt wieder die Splett!)

Sie hingegen wollen eine Staatsvollversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger von der Wiege bis zur Bahre, für die Sie das Geld mit der Gießkanne ausschütten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Anstelle von Freiheit und Wahlfreiheit für mündige Bürger sagen Sie den Menschen, was sie nicht dürfen oder was sie tun müssen. Sie beginnen damit auch den Weg in eine Verbotsrepublik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt kommt der ganz schlechte Teil der haukschen Märchenstunde!)

Auch die Freiräume der Autofahrer sollen zukünftig massiv eingeschränkt werden. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich müssen alternative Antriebsformen weiter ausgebaut und vorangetrieben werden. Wir waren und sind Vorreiter gerade für die Elektromobilität. Dennoch gilt: Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen selbst entscheiden können, wo sie leben und arbeiten und wie sie morgens zur Arbeit kommen.

Das gilt vor allem auch für den ländlichen Raum, der gerade für Baden-Württemberg eine große Bedeutung hat. Durch Ihre Pläne, Herr Ministerpräsident, machen Sie den starken ländlichen Raum eher zu einer abgehängten Region.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn unabhängig von der Antriebsform werden Sie auch in der Zukunft Trassen brauchen, Straßen brauchen, wo genau diese Automobile – wie auch immer sie angetrieben werden – letztlich auch fahren.

Die gute Verzahnung von ländlichen Räumen und Ballungsräumen im Land findet auch in der wirtschaftlichen Lage ihren Ausdruck. Wir haben eben keine abgehängten ländlichen Räume mit hoher Arbeitslosigkeit und geringer Wertschöpfung. Ich nenne nur einmal Biberach, Ravensburg, Hohenlohe,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwäbisch Hall!)

Schwäbisch Hall, um darzustellen, welche Wirtschaftskraft hinter diesen Räumen steckt. Diese ländlichen Räume brauchen Mobilität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Mobilität ist der ganz entscheidende Punkt für dieses Flächenland, damit die Wirtschaftskraft erhalten bleibt, damit die Menschen weiterhin Arbeit finden und auch dort arbeiten können, wo sie leben. Vor allem darf es am Ende nicht zu einer Entvölkerung gerade in der Fläche kommen.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Aber zum Thema: Sie sprachen von neuen, verbesserten Mobilitätskonzepten, dem Erfolgsschlag des Landes Baden-Württemberg. So in etwa haben Sie sich gestern ausgedrückt. Verraten Sie doch einmal das Geheimnis! Sie wollen keinen Ausbau der Straßen, obwohl wir nicht erst in der Zukunft, sondern bereits heute Staus haben, obwohl wir bereits heute Lärmbelastigungen haben, gerade bei Bundesstraßen, die durch Orte hindurchführen. Sie wollen keine neuen Ortsumfahrungen. Sie verschließen sich einem Ausbau der Bahntrassen, jedenfalls der Schnellbahntrasse. Diese hat aber nicht nur die Funktion einer Hochgeschwindigkeitstrasse, sondern sie beschleunigt und verbessert vor allem auch die Regionalverkehre in diesem Land erheblich. Sie verschließen sich einem Ausbau des Neckars, was die Schleusenlänge betrifft, obwohl wir dort ein fünffaches Potenzial für den Gütertransport haben. Vom Luftverkehr wollen Sie am Ende auch nichts wissen.

Werden Sie doch konkret, Herr Ministerpräsident, und sagen Sie, wo diese neuen Mobilitätskonzepte liegen. Mit dem Fahrrad wird der Biberacher nicht nach Stuttgart kommen können, um hier zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie schaffen Rahmenbedingungen, die mit den Themen Freiheit und Wachstum nicht mehr allzu viel zu tun haben, wenn Sie sich dazu bekennen, Straßen nur noch zu erhalten und vielleicht noch zu sanieren, aber jeglichen Ausbau solcher Trassen rundherum ablehnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie setzen, schön verpackt, planwirtschaftliche Maßstäbe.

(Widerspruch bei der SPD)

Das war eigentlich ganz interessant. Ihnen geht es nicht um das, was der Weltmarkt will und braucht, sondern Ihnen geht es um das, was in Ihr ideologisches Wirtschaftskonzept à la Kretschmann passt. Sie zitieren Bosch und Daimler, verlieren aber kein Wort über den starken Mittelstand und das Handwerk im Ländle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie bezeichnen – nicht gestern, aber in einem Interview in den letzten Tagen – die Definition von Wachstum über das Bruttoinlandsprodukt als eine „richtungslose Beschreibung“.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

(Peter Hauk)

Herr Ministerpräsident, auch kraft Ihres Amtes werden Sie keine volkswirtschaftlichen Wahrheiten außer Kraft setzen können. Eines muss klar sein: Wachstum sichert Beschäftigung, sichert Arbeit für die Menschen. Wachstum garantiert unsere Wettbewerbsfähigkeit.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Ideologie!)

Nur mit Wachstum ist die Voraussetzung für das Grundrecht auf Arbeit überhaupt gegeben. Wachstum sichert Innovation. Sie können, um in Forschung zu investieren, nur vom Wachstum, auch vom Gewinnwachstum, entsprechend abzweigen. Wachstum sichert auch die Deckung externer Kosten. Man kann sich darüber unterhalten, wie hoch diese sind. Aber nur wenn Wachstum vorhanden ist, ist es überhaupt möglich, dass für Kosten, die betriebswirtschaftlich nicht eingepreist sind, am Ende über Steuern oder andere Rahmenbedingungen aufgekomen werden kann.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, brauchen wir nicht weniger, sondern wir brauchen im Verhältnis zu anderen Ländern mehr Wachstum, wenn wir all dies, was Sie – zum Teil zu Recht – bezüglich der umweltpolitischen Zielsetzungen gesagt haben, umsetzen und bezahlen wollen, wenn wir dabei nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel setzen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wer also mehr Umweltschutz, mehr Nachhaltigkeit, mehr Innovation, mehr Wettbewerbsfähigkeit will, wer mehr Staat zur Zahlung externer Kosten will – im Bereich des Umweltschutzes und anderswo –, der ist zweifelsohne auf höheres Wachstum angewiesen.

(Zuruf von den Grünen)

Meine Damen und Herren, nun spricht der Ministerpräsident von einer „neuen Gründerzeit“ und sagt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war gut, oder? – Heiterkeit)

die Menschen seien damals innovativ, kreativ und offen für Neues gewesen, hätten aber auch den Mut gehabt, unkonventionelle Wege zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: So sind wir! – Zuruf
von den Grünen: Das sind wir auch!)

Mit den Ideen, die Sie für unsere Wirtschaft ansetzen, hat dieser Gründergedanke nichts zu tun. Wodurch soll unsere Freiheit zukünftig noch beschnitten werden? Welchen Stellenwert hat unsere Wirtschaft für Grün-Rot wirklich? Hoch kann er nicht sein, wenn Sie sogar das Wirtschaftsministerium abschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie weiter mit Ideologie Politik betreiben, dann gibt es in Baden-Württemberg nicht nur einen Politikwechsel, sondern wohl auch einen Wohlstandswechsel.

(Zurufe von der SPD)

Ich kann mir nicht vorstellen – um beim Beispiel Automobil zu bleiben –, dass es die Chinesen sonderlich interessiert, welche Autos Sie, Herr Ministerpräsident, gern bauen würden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Doch, das wird kommen!)

Die neue Regierung scheint noch nicht in der globalen Welt einer sozialen und vernetzten Marktwirtschaft angekommen zu sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir bauen überhaupt keine Autos!)

Immerhin haben die Grünen der SPD den Erhalt des Landwirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Ländlichen Raum, abgetrotzt. Aber Sie haben auch gestern keine Signale in die Fläche Baden-Württembergs hinein gegeben. Sie sagen nichts zur Frage der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Sie sagen nichts dazu, wie topografisch und klimatisch bedingte Nachteile und wie Nachteile, die historisch und strukturell bedingt sind, in Zukunft ausgeglichen werden können. Sie sagen nichts dazu, was Sie zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit durch regionale Produkte tun wollen und welche Schwerpunkte Sie dabei setzen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Regionalvermarktung! Das kostet nichts!)

Ein einziges Stichwort ist dazu gefallen, nämlich „Stärkung der Regionalvermarktung“. Das ist aber auch nicht gerade besonders neu oder innovativ.

Sie sagen nichts dazu, welche Wege Ihre Regierung gerade in dem Bereich, der für die Landwirte im Hinblick auf das Jahr 2013 wichtig ist, nämlich die europäische Ebene, einschlagen will. Keine Antworten sind aber auch Antworten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es! Genau!)

Herr Ministerpräsident, Sie geben auch den Kommunen im ländlichen Raum keine Perspektiven.

(Lachen bei den Grünen)

Sie haben sich mit der Industrie und der Wirtschaft beschäftigt. Zur Infrastruktur kein Wort! Sie haben gesagt, Sie wollten ein partnerschaftliches Verhältnis mit den Kommunen eingehen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was ihr nicht wolltet!)

In Ordnung; das setzen wir voraus, und dabei werden wir Sie auch unterstützen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr schön!)

Aber wie Sie gerade die kleineren Städte und Gemeinden in unserem Land in der Zukunft angesichts der demografischen Herausforderungen perspektivisch weiterentwickeln wollen, wie Sie das Thema Pflege am Ende umsetzen wollen – und

(Peter Hauk)

zwar in einer Verbindung, wie wir sie uns vorstellen, zwischen Hauptamt, Nebenamt und Ehrenamt bzw. unter Einbeziehung des Ehrenamts, das in der Fläche deutlich stärker ausgeprägt ist als in den Ballungsräumen –, dazu sagten Sie kein Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiteres Themenfeld will ich noch ansprechen, nämlich das Thema Bürgerbeteiligung. Grün-Rot hat hier große Ankündigungen gemacht und große Erwartungen geweckt. Doch Ihnen sollte nach vielen Jahren in der Opposition eines klar sein: Regieren bedeutet eben auch, Verantwortung zu übernehmen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ehrlich?)

und diese Verantwortung nicht einfach auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen.

An dieser Stelle will ich auf die Antrittsrede unseres neuen Landtagspräsidenten Stächele verweisen, der hierzu treffend formuliert hat – ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sicherlich sehr gern!)

– das fand ich schon bemerkenswert –:

Die intensivste Form der Bürgerbeteiligung sind nach wie vor wir gewählten Abgeordneten mit unserer ständigen Präsenz vor Ort, mit unserer permanenten Ansprechbarkeit, mit dem, was wir an Informationen, an Informationsaustausch anbieten, mit unserer Funktion als Transmissionsriemen hierher nach Stuttgart, mit unserer ständigen Diskussionsbereitschaft, aber auch mit unserer Bereitschaft, uns immer wieder dem „TÜV“ der Wählerinnen und Wähler zu stellen. ... „Das Bürgerparlament ist schon da!“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Treffender hätte man es nicht formulieren können. Wir alle sind gewählt, um im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen zu treffen.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Das ist das Wesen einer repräsentativen Demokratie.

Aber schon vor der Wahl hat Herr Kollege Sckerl von der Fraktion GRÜNE unser bewährtes Demokratiemodell in Zweifel gezogen.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Herr Sckerl, Sie müssen es sich eben noch einmal anhören. Die Thesen, die man selbst formuliert hat, darf man sich auch noch einmal anhören.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich darf wiederum mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren:

Es hat keinen Sinn, zu glauben, die repräsentative Demokratie, die man mit der Gründung der Bundesrepublik oder des Landes Baden-Württemberg geschaffen hat, könne einfach immer völlig unverändert in die nächsten Jahre und Jahrzehnte überführt werden. Wir erleben es doch aktuell: Dieses Demokratiemodell hat sich restlos verbraucht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Widerspruch zu Kretschmann! – Weitere Zurufe)

Gestern haben Sie, Herr Kretschmann, in Ihrer Regierungserklärung gesagt:

Demokratie braucht selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, und Demokratie braucht eine selbstbewusste Kultur.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Sie haben damit vor allem die Einsprecher genannt, und Sie haben damit die Protestbürger gemeint.

(Zurufe von der CDU: Sitzblockade!)

Meine Damen und Herren, sind nur diejenigen gute Demokraten, die protestieren?

(Zuruf von den Grünen: Oh!)

Sind nicht auch diejenigen gute Demokraten, die man heute manchmal der schweigenden Mehrheit zurechnet?

Sind nicht auch diejenigen gute Demokraten, die für diese Gesellschaft die Verantwortung übernehmen, die sich in dieser Gesellschaft engagieren, die sich im Vereinswesen, in den Kirchen, auch in der Politik ehrenamtlich engagieren,

(Zuruf von der CDU: Auf Dauer! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dauerhaft!)

und zwar tagtäglich, auf Dauer und nicht just in time?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Wir brauchen beides, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was jetzt? Sag mal! Was denn jetzt? – Zuruf: Hört, hört!)

– Langsam! – Aber von denen, die protestieren, erwarte ich, dass sie sich im Rahmen dieses Rechtsstaats bewegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich erwarte von den Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, dass sie nicht außerparlamentarische Opposition spielen. Ich erwarte von dem Ministerpräsidenten Kretschmann, dass er sich von denen, die „Lügenpack“ gerufen haben, irgendwann einmal distanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

(Peter Hauk)

Das ist auch ein Teil der politischen Kultur in diesem Land, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb hätte ich auch erwartet, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung nicht nur die eine Seite der Demokraten ansprechen, die sich von Fall zu Fall engagieren, sondern auch diejenigen ansprechen, die sich tagtäglich engagieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Auch für den grünen Verkehrsminister scheint es mittlerweile schick zu sein, Verantwortung nur dann zu übernehmen, wenn Entscheidungen im eigenen Sinn ausfallen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist wenigstens ehrlich!)

Ansonsten wird die Zuständigkeit halt einmal schnell in ein anderes Ressort abgeschoben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielleicht ins Sozialministerium!)

Herr Verkehrsminister, was machen Sie denn, wenn am Ende gar nichts mehr übrig bleibt?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Ministeramt ist nicht dazu da, eigene Erwartungen in den Vordergrund zu stellen und sich persönliche Wünsche zu erfüllen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es liegt in der Verantwortung eines Ministers, die vorliegenden Argumente abzuwägen und dann im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf der Basis des Rechtsstaats die bestmögliche Entscheidung zu treffen.

(Zuruf von der CDU: Des Rechtsstaats!)

Die eigene Persönlichkeit, die eigenen Erwartungen müssen da hintanstehen. Aber das müssen Sie vielleicht erst noch lernen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alt genug ist er!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist ehrlich! Er will keine Straßenbauorgien!)

Allein Ihre Aussagen in der vergangenen Woche, Herr Minister Hermann, und das dabei entstandene Hin und Her zeigen, dass Ihnen – bisher jedenfalls – noch das nötige Verantwortungsbewusstsein für dieses Amt fehlt.

Doch damit haben die Grünen insgesamt ein großes Problem, wie sich an dem Beispiel Stuttgart 21 vielfach beeindruckend gezeigt hat. Ich wundere mich dabei auch über das Demokratieverständnis Ihrer Partei, denn Recht gilt für Sie so lange, solange die Entscheidungen nach Ihren Wünschen und Vorstellungen ausfallen. Widerspruch ist am Ende nicht gestattet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!)

Ich erinnere daran, dass wir eigentlich am heutigen Tag die Gesellschafterversammlung für die Universitätskliniken bestellen müssten. Dies beruht auf einem bestehenden, hier rechtlich sauber verabschiedeten Gesetz, das noch nicht geändert ist, dessen Änderung Sie angekündigt haben. Bei diesem Punkt haben Sie sich gewehrt, dass er überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Auch das ist ein Rechtsverständnis, mit dem wir nicht allzu viel anfangen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir respektieren die parlamentarischen Mehrheiten – wenn Sie es verändern wollen, auch zu dem Zeitpunkt, wenn Sie es verändert haben. Daran gibt es gar keine Zweifel.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist der Unterschied!)

Aber dass Sie im Vorgriff auf etwas, was Sie vielleicht vorhaben und vielleicht auch umsetzen, Recht verletzen und damit auch die Parlamentsrechte dieses Landtags ein Stück weit einschränken,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es wird kein Recht verletzt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kein einziges Recht verletzt!)

das ist starker Tobak.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nie da gewesen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Ohne Anhörung! Die Regierungsfractionen wissen auch schon ohne Anhörung, was herauskommt!)

Herr Kollege Sckerl, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das war bisher noch nicht da.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer am Parlament x-mal vorbeiregiert hat, der sollte sich mäßigen, Herr Hauk!)

– Nein, Sie haben doch manchmal ein etwas seltsames Verständnis. Dabei stellen Sie auch vieles infrage. Protestmassen werden mobilisiert, das Parlament wird entmündigt. Der Druck der Straße regiert.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer hat denn das Parlament entmündigt? Meine Güte!)

Gewählte Abgeordnete – die, die ganz vorn sitzen, sollten sich dabei zurückhalten – werden zu emotionalen Anheizern außerparlamentarischer Aktionen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es scheint mittlerweile der Eindruck vorzuherrschen, dass derjenige, der am lautesten schreit, recht bekommt – und Gesetz und Verfassung stehen am Ende hinten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

(Peter Hauk)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das Thema Stuttgart 21 deshalb ansprechen, weil es gestern nur eine Randpassage wert war und weil es eines der zentralen Projekte in Baden-Württemberg mit Auswirkungen auf das ganze Land darstellt. Die Stuttgarter selbst sollten nicht ganz der Hybris verfallen, dass sie der Nabel der Welt seien, aber es geht um unsere Landeshauptstadt. Der Tiefbahnhof hat eben gerade auch auf die Regionalverkehre und nicht nur auf den Fernverkehr erhebliche Auswirkungen.

Jetzt schien die Schlichtung für alle eine gute, demokratische Lösung gewesen zu sein. Doch auch nach diesem Prozess fallen die Grünen wieder in ihre bewährten Verhaltensmuster zurück.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil das Ergebnis nicht passt!)

Sie sind weiterhin dagegen, blockieren und verhindern,

(Zurufe von den Grünen)

obwohl alles ausgeräumt ist. Der Stresstest steht kurz vor dem erfolgreichen Ende, vermute ich,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wissen Sie das?)

und damit sind alle Hürden weg. Sie aber würden gern – wie bei allem – stets und ständig während des Spiels die Spielregeln verändern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, Sie plakatieren Volksabstimmungen und erwarten von uns, dass wir Ihnen zu Gefallen – Sie haben nicht einmal ein Angebot unterbreitet, Herr Ministerpräsident. Ein Angebot hätte Bürgerbeteiligung bedeutet, das heißt, ein Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei solchen Projekten oder Gesetzen nicht erst am Schlusspunkt, sondern bereits im Vorfeld. Das wäre ein Angebot gewesen, hier ein überzeugendes Konzept vorzulegen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Gesetz haben Sie doch abgelehnt! Sie haben das Gesetz im Dezember 2010 abgelehnt! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Sie haben unseres abgelehnt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu den Grünen: Sie haben es abgelehnt! – Unruhe)

Denn der Sinn dieses Engagements, dieser Bürgerbeteiligung, ist doch gerade, dass man eine Spaltung der Gesellschaft in Schwarz und Weiß verhindern will. Das ist doch der Sinn dieser Bürgerbeteiligung, aber nicht am Ende eine Absenkung des Quorums, damit man Schwarz oder Weiß bzw. mit Ja oder Nein stimmen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Bürgerbeteiligung soll doch eher dazu führen, dass Volksabstimmungen unter Umständen gar nicht notwendig werden. Dieses Konzept, Herr Kollege Kretschmann, hätte ich eigentlich erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage ausdrücklich dazu: Wir verschließen uns auch nicht Gesprächen über eine Verfassungsänderung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schön!)

Aber wir verschließen uns Gesprächen, die nur zum tagesaktuellen Anlass passieren sollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nach Lust und Laune!)

Wir sind gern bereit, uns mit Ihnen eingehend darüber zu unterhalten, wie wir unsere Bürgerinnen und Bürger stärker in Projekte oder in den Parlamentarismus generell mit einbeziehen wollen. Dann kann man am Ende eines solchen Prozesses auch darüber reden, ob man in dem einen oder anderen Fall eine Veränderung der Verfassung vornimmt – aber nicht am Anfang eines solchen Projekts. Das ist doch der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie führen sich bei Stuttgart 21 selbst ein Stück weit in die Sackgasse, weil Sie diese Blockadehaltung eben nicht aufgeben haben. Wenn der neue Verkehrsminister dann daherkommt und sagt: „Jetzt müssen wir eben einmal nach den Voraussetzungen für den Fahrplan etc. schauen und sehen, ob das bürgerfreundlich gestaltet ist“ –

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die NVBW hat etwa eineinhalb Jahre damit zugebracht, diesen Fahrplan gemeinsam mit den Verkehrsträgern zu erstellen.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann – Unruhe)

Sie müssen sich dann schon fragen lassen, Herr Hermann, wie Sie das innerhalb von vier Wochen machen wollen, wenn es etwas Ordentliches sein soll. Das zum einen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie müssen sich natürlich auch fragen lassen, wie der von Ihnen gewünschte sogenannte kundenfreundlichere Fahrplan dann im Jahr 2020 aus Haushaltssparmaßnahmen bezahlt werden soll. Ich weiß gar nicht, wie Sie bestellen wollen, wenn wir erst bis dann die Nullneuerschuldung erreicht haben. Nach Ihrem Konzept müssen wir sie schnell erreichen. Das wird erhebliche Einsparmaßnahmen bringen. Ich weiß gar nicht, wie die Bestellung dann aussehen soll. Aber egal.

Sie müssen sich natürlich auch fragen lassen, ob ein solcher Fahrplan dann auch für K 21 oder für den alten Kopfbahnhof tauglich wäre

(Zuruf von der Grünen: Ja klar!)

und wo die Engpässe wirklich sind. Liegen sie unten, oder liegen sie an den Zuführungsstrecken?

Insofern: Spielregeln nachträglich zu verändern scheint das Spielfeld zu sein, mit dem Sie die Menschen derzeit in Verwirrung bringen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Der Spieler will nur gewinnen!)

(Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, Stuttgart-21-Gegner haben im Schlossgarten ein Aktionscamp eingerichtet. Am Wochenende wurde der zivile Widerstand geprobt. Am Anfang dieser Woche konnte das Gelernte dann bei einer Blockade der Baustelle zum Grundwassermanagement umgesetzt werden. Lieber Herr Hermann, es wäre gescheiter gewesen, Sie hätten auf den Antrittsbesuch bei den von Ihnen so geschätzten Parkschützern

(Zuruf von der CDU: Parkbeschmutzer!)

verzichtet und den Innenminister mitgenommen, um einen Antrittsbesuch bei der Polizei zu machen, die diesen Rechtsstaat und auch das Recht der Parkschützer vertritt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig!)

Aufgerufen wurde zur Beteiligung, nämlich zur Blockade der Baustelle, durch den Politikwissenschaftler Peter Grottian

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Grobian“!)

mit den Worten: „Nicht Wahlen entscheiden, sondern wenn der Souverän den Aufstand probt.“

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Weiter rief er die Bevölkerung laut „Stuttgarter Zeitung“ dazu auf, das Projekt Stuttgart 21 „selbstermächtigend, bürgermächtig und mobilisierungsträchtig“ zu verhindern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das haben wir schon einmal gehabt! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das erinnert an dunkle Zeiten unserer Geschichte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Hier entwickelt sich eine Politik – die ich Ihnen persönlich gar nicht unterstelle –, die mit dem bisherigen demokratischen Parlamentarismus nichts mehr zu tun hat, frei nach Goethes Zauberlehrling: „Die Geister, die ich rief, werd’ ich nicht mehr los.“

Die Grünen haben zur Hochprotestzeit nichts getan, um zur Befriedung beizutragen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihre Antwort war die des 30. September! Unsere Antwort ist die des Dialogs! Das ist der große Unterschied! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Aber nur, wenn er so aussieht, wie ihr wollt!)

Auch jetzt unterstützen Sie durch Akzeptanz eher die außerparlamentarische Demokratie – eine Gruppe, die die Regierung, gewählte Abgeordnete, auch unbescholtene Bürger, all diejenigen, die anderer Meinung waren, lautstark als „Lügenpack“ beschimpft hat.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Parteien, die eigentlich für Stuttgart 21 sind, sind plötzlich nicht mehr so sicher, wo sie stehen. Der Druck der Straße sowie die bevorstehenden Wahlen brachten gewählte SPD-Abgeordnete ins Wanken.

Diese beiden sind nun in einer Koalition und müssen Lösungen finden. Die einen sind eigentlich dafür, die anderen dagegen, und der Minister lässt als zentraler Kopf der Gegen-Stuttgart-21-Bewegung nichts aus, um sein neues Amt dafür zu nutzen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zu missbrauchen!)

sein Ziel zu erreichen und Stuttgart 21 zu verhindern. Dafür werden zum Wohl des eigenen Egos Schadensersatzzahlungen für das Land in Milliardenhöhe in Kauf genommen, Mehrkosten infolge eines Baustopps nicht aus eigener Tasche bezahlt, sondern auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In Baden-Württemberg!)

Herr Schmid und Herr Schmiedel, Sie müssen sich schon ernsthaft fragen lassen, warum Sie sich zum Erfüllungsgehilfen grüner Spielchen machen

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und ob Sie das letzte Fünkchen an Glaubwürdigkeit und Ehre verloren haben, nur um als kleines Schwesterchen der Grünen mit am Kabinetttisch sitzen zu dürfen.

(Lachen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat gestern dargestellt, dass er ein intelligentes Mobilitätskonzept entwickeln will.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Guter Mann!)

Das ist in Ordnung. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass die Antwort darauf ist: weniger Autos, mehr Verkehr auf der Straße – nein, auf der Schiene.

(Heiterkeit bei den Grünen)

– Das ist das, was Sie wollen. Aber dafür muss man auch etwas tun. Denn mehr Verkehr heißt eben auch ein klares Ja zu S 21.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eine menschenfreundliche Verkehrspolitik heißt weniger Lärm und eine geringere Belastung der Menschen mit Schadstoffen, aber auch mehr Tunnel, nicht nur in Offenburg – auch und gerade in Offenburg –, sondern auch in Stuttgart.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Am Ende muss man Sie fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wollen Sie neue, intelligente Mobilität, die aber faktisch Stillstand bedeutet?

(Zurufe von den Grünen: Was?)

Wollen Sie Nostalgie oder Moderne, Vergangenheit oder Zukunft?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat er nicht verstanden!)

(Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, der Wechsel beginnt, ein Wechsel, der dieses Land nicht nur wegen S 21 noch teuer zu stehen kommen kann. Wenn Ministerpräsident Kretschmann in einem „Spiegel“-Interview vom 16. Mai sagte, dass unser Wohlstand geliehen sei, und beim Wachstum von positiven und negativen Effekten sprach, so müssen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Selbstständigen, den Unternehmern in diesem Land die Ohren klingen.

Im „Bild“-Interview vom 24. April haben Sie Ihre Ideologie ausgelebt mit Ihrer Aussage – Zitat –: „Weniger Autos sind natürlich besser als mehr.“ Hier wird auf Planwirtschaft gesetzt und nicht auf bewährte soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Platt, polemisch, peinlich! – Zuruf von den Grünen: Der reinste Ladenhüter! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Selbst das SPD-Mitglied Uwe Hück sagt dazu: „Herr Kretschmann spielt leichtsinnig mit den Ängsten der Mitarbeiter.“

Wenn die Politik des Gehörtwerdens darin besteht, nur denen zuzuhören, die Applaus spenden, kommen auf die Menschen in diesem Land schwere Zeiten zu.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Anstatt die Gesellschaft zusammenzuführen, legen Sie derzeit eher die Spaltaxt an. Anstatt den Bürger wirklich einzubinden, setzen Sie eigentlich nur – jedenfalls ist bisher nur das erkennbar – auf lautstarke Minderheiten.

Was dieses Land wirklich braucht, ist eine Politik des Ausgleichs und des richtigen Maßes. Herr Ministerpräsident, Sie stehen am Anfang Ihrer Regierungszeit und haben noch die Chance, dieses richtige Maß und den Ausgleich zu finden.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Nicht diejenigen, die am lautesten demonstrieren, müssen am Ende recht bekommen, sondern diejenigen mit den besten Argumenten.

Die CDU hat immer darauf geachtet, dass es eine kluge Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialen Anliegen, zwischen dem Umweltschutz und den Erfordernissen der Arbeitsplätze im Land

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das haben wir gesehen!)

und auch einen Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Räumen gab.

Baden-Württemberg war bis jetzt auf Erfolgskurs. Wir stehen auch bereit, um mit Ihren Ideen und Konzepten – Entschuldigung: um mit unseren Ideen und Konzepten dazu beizutragen,

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war schon der richtige Versprecher!)

dass dieser Erfolgskurs fortgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich habe immer gesagt: Wir werden hier keine Fundamentalopposition betreiben.

(Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So wie heute!)

Vielmehr werden wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Sache orientieren – das habe ich vorhin zu dem Thema Energie bereits erwähnt – und uns gern mit Ihnen austauschen, aber auch im Streit um die besten Konzepte ringen; beides wird der Fall sein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann müsst ihr einmal Konzepte vorlegen!)

Wir wussten, was wir in den nächsten fünf Jahren tun wollten.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD)

Die Maßstäbe, an denen wir Sie messen werden, habe ich vorhin genannt.

Nachhaltigkeit ist für uns kein Schlagwort, sondern ein Auftrag zur konkreten Politikgestaltung. Das gilt für die Haushaltspolitik, aber auch für andere Politikbereiche. Dort, wo Sie mehr auf Verbote und Regulierung setzen, würden wir Anreize schaffen.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Die Menschen mitzunehmen heißt auch, sie ernst zu nehmen und sich entfalten zu lassen, Unternehmen ihre Entscheidungen selbst zu überlassen, und zwar nach ihren Bedürfnissen und ihren Erfahrungen auf den Weltmärkten. Wir sind nicht der Meinung, die besseren Unternehmer, die besseren Zukunftsvorausschaer, die besseren Bürgermeister oder auch die besseren Verbraucher zu sein. Wir würden den Menschen ihre Freiräume zur Entscheidung lassen.

Bürgerbeteiligung heißt deshalb für uns, Entscheidungen vorzubereiten, über Konzepte zu diskutieren, Alternativen herauszufiltern, Argumente einander gegenüberzustellen, und dies auch mit neuen Formen, die wir gemeinsam besprechen können,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist neu! Darauf haben wir viele Jahre gewartet, als Sie regiert haben, Herr Hauk!)

auch mit neuen rechtlichen Gegebenheiten; auch das gehört dazu.

Es geht aber eben nicht nur um Meinungen von Widerständlern, sondern es geht auch um die Meinung der Mitmacher in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es geht auch um die Meinung derjenigen, die diese Gesellschaft zusammenhalten, um die Mitmacher, die bereits heute engagiert sind, die sich in diese Gesellschaft mit einbringen. Deren Rat und Meinung ist mindestens genauso gefragt wie die Meinung aller anderen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat bei euch doch nie eine Rolle gespielt!)

(Peter Hauk)

Herr Ministerpräsident, wir werden Sie am Ende Ihrer Regierungszeit – wann auch immer dies sein wird –

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Das dauert noch!)

nicht an wohlfeilen Reden messen, sondern an harten Parametern. Wir werden Sie an der Höhe der Arbeitslosigkeit, an der Zahl der Schulabbrecher, an der Frage des weiteren Gelingens von Integration messen. Wir werden Sie daran messen, wie sich die Arbeitsentwicklung darstellt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein weiter Weg in die Opposition!)

und daran, ob die notwendigen Rahmenbedingungen in Forschung und Technologie, in der Wissenschaftsförderung und in der Hochschulpolitik so gestaltet werden, dass wir auf einem innovativen, aber vor allem auch auf einem wettbewerbsfähigen Weg bleiben. Das sind die harten Parameter, an denen Sie gemessen werden. Dabei werden wir Sie auch konstruktiv begleiten.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE legt einen Anti-Atomkraft-Aufkleber auf die Abgeordnetenbank des Abg. Peter Hauk CDU.)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Worterteilung vornehme, noch eine ganz allgemeine Bemerkung. Sie gestatten mir das. Ich will nicht kleinlich sein, aber Sie wissen, was „parlamentarische Debatte“ bedeutet: Das Niveau einer solchen Debatte spiegelt sich noch immer in der Aufmerksamkeit gegenüber dem Redner wider. Intelligente Zwischenrufe sind immer gefragt,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

aber eine Dauerbelärmung sollte man im Interesse derer, die zuhören wollen, unterlassen. Zwischenrufe von der Regierungsbank sollte es nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, wenn sie intelligente Zwischenrufe einbringen wollen, ihren Parlamentssitz einzunehmen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist keine Kinderstube!)

Ich erteile Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Einige Abgeordnete der CDU verlassen den Plenarsaal. – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt gehen sie alle!)

Werter Kollege Hauk, am Ende Ihrer Rede haben Sie gesagt, Sie wollten keine Fundamentalopposition betreiben. Dennoch haben Sie in weiten Teilen Ihrer Rede das Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ verfolgt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was?)

Allerdings muss ich Ihnen sagen: Diese neue grün-rote Landesregierung ist seit exakt zwei Wochen im Amt. Ihre Partei, die CDU, war 58 Jahre an der Regierung. Ihre Angriffe fallen auf Sie selbst zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das hat dem Land nicht geschadet! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie müssen es akzeptieren!)

Sie haben sich mit dem Koalitionsvertrag der grün-roten Regierung beschäftigt. Den haben Sie schon kritisiert, bevor Sie ihn überhaupt gelesen haben konnten. In weiten Teilen Ihrer Rede musste ich heute feststellen, dass Sie ihn anscheinend noch immer nicht gelesen haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Haben Sie ihn denn schon gelesen? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen werde ich Ihnen im Anschluss an meine Ausführungen gern ein Exemplar als Wochenendlektüre überreichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist nicht das Niveau, das wir von Ihnen erwartet hätten! – Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie noch ein Exemplar für Herrn Hermann?)

Sie werden feststellen, dass dieser Koalitionsvertrag ein sehr guter, ein zukunftsweisender und in vielen Punkten sehr konkreter Koalitionsvertrag ist. Sie werden dies insbesondere dann feststellen, wenn Sie ihn mit Ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung für den Zeitraum von 2006 bis 2011 vergleichen. Diese ist im Vergleich doch recht mager, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind gern bereit, mit Ihnen über gute Konzepte zu streiten. Wir haben sie heute allerdings vermisst. Sie haben die Bildungspolitik kritisiert, die wir hier in Baden-Württemberg für eine zukunftsfähige Gesellschaft, für eine soziale Gesellschaft auf den Weg bringen wollen. Mittlerweile stehen Sie damit recht allein da. Es gibt eine CDU-Kommission, die sich ausführlich mit Bildungsfragen beschäftigt hat. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht werden müsse.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Richtig!)

Deshalb sollten Haupt- und Realschulen fusioniert werden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist mit dem Gymnasium?)

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat es so kommentiert: „Endlich bewegt sich was in der Bildungspolitik der CDU.“

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist jetzt nicht Grundlage Ihres Koalitionsvertrags!)

Ich hoffe, werte Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist gerade nicht das Ziel Ihres Koalitionsvertrags!)

(Edith Sitzmann)

Herr Schebesta, dass diese Bewegung endlich auch bei der CDU in Baden-Württemberg stattfindet.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das heißt aber nicht Einheitsschule!)

Sie haben über Finanzpolitik gesprochen, und ich kann nur sagen: Das, was Sie uns hinterlassen haben, ist eine schwere Bürde und Herausforderung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: So schwer, dass die Steuermehreinnahmen ausreichen, um die Nullneuerschuldung schon 2011 zu erreichen! So schwer ist die Bürde!)

Sie haben hier versucht, diese Politik der Luftbuchungen zu verteidigen. Aber wir haben in diesem Haushalt 45 Milliarden € Schulden. Sie haben von Rückstellungen für Pensionen gesprochen. Da fehlen 70 Milliarden € für Verpflichtungen, die wir bereits heute haben. Sie haben einen milliardenschweren Sanierungs- und Investitionsstau hinterlassen, werte Kolleginnen und Kollegen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und können die Nullneuerschuldung im Jahr 2011 erreichen! Was sagen Sie dazu?)

und in der mittelfristigen Finanzplanung für den Zeitraum von 2012 bis 2014 – in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung – fehlen pro Jahr 3 Milliarden €.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Volker Schebesta CDU: Abzüglich Steuermehreinnahmen!)

Sich dann hier hinstellen und die seriöse grün-rote Finanzpolitik zu kritisieren

(Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Das werden wir noch sehen!)

– das werden Sie noch sehen – ist doch ein starkes Stück, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein starkes Stück!)

Ich kann Ihnen sagen: Wir werden auf der einen Seite den Haushalt konsolidieren und auf der anderen Seite in den Wandel investieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mehr Geld ausgeben!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die finanzielle Lage – die Verschuldung des Landes Baden-Württemberg, aber auch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte insgesamt – ist eine große Herausforderung.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor weiteren gewaltigen Herausforderungen. Die Ereignisse in Japan haben gezeigt, dass es auch in einem hoch technologisierten Industrieland keine hundertprozentige Sicherheit geben kann und dass wir deshalb eine Energieversorgung brauchen, die als unumstößliche Leitlinie die Sicherheit hat. Die alleinige Hoffnung auf Sicherheit reicht bei Weitem nicht aus.

Wir brauchen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz. Das ist zugleich eine ökologische wie auch eine ökonomische und soziale Frage.

Wir erkennen in zunehmendem Maß die Auswirkungen des Klimawandels. Wir beobachten eine rasche Ausweitung des Ozonlochs. Es hat sich inzwischen bis nach Nordeuropa ausgedehnt. Das bedeutet, dass wir unsere Lebens- und Wirtschaftsweise zukünftig ändern müssen. Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

Wir werden ferner den demografischen Herausforderungen gegenüberstehen – in Baden-Württemberg wie in China. Das betrifft die Altersversorgung, die Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung. Wir werden uns endlich vom Jugendkult verabschieden und wieder zu einer Wertschätzung des Alters kommen müssen.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

Denn es kann nicht sein, dass über 50-Jährige heute bereits zum alten Eisen zählen und Schwierigkeiten haben, eine neue Arbeitsstelle zu finden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Da haben Sie recht!)

Um auch zukünftig für den globalen Wettbewerb gerüstet zu sein, müssen wir uns diesen Herausforderungen stellen. Das, meine Damen und Herren, werden Grüne und SPD in den kommenden fünf Jahren tun.

Nun kann aber niemand glauben, dass wir hier die Probleme, von denen ich gesprochen habe, allein lösen könnten. Wir werden sie nur mit einer Politik im Dialog lösen können, bei der wir gemeinsam Lösungsvorschläge entwickeln, die auf Akzeptanz stoßen. Dafür werden wir ganz dringend die Kompetenzen und Erfahrungen aller gesellschaftlichen Akteure und unserer Bürgerinnen und Bürger brauchen; denn Politik im Wandel braucht eine aktive und engagierte Bürgergesellschaft.

Als Land haben wir auch eine Verantwortung in der Welt. Wir sind zwar keine Weltmacht, aber wir können in der Welt viel bewirken. Wir können dann viel bewirken, wenn wir hier beispielhafte Lösungen entwickeln. Baden-Württemberg ist Exportweltmeister. Wir haben ein weltweites Netz von Geschäftsbeziehungen. Unsere Unternehmen genießen weltweit Vertrauen in ihre Innovationen und Produkte. Unser Land ist in aller Welt präsent und aktiv. Das soll auch in Zukunft so sein, Herr Kollege Hauk.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Na, wir werden sehen!)

Wenn es um das Thema Wachstum geht, wird der Maßstab sein – Sie haben sich auch als Hüter der Nachhaltigkeit präsentiert –, ob wir es schaffen, ein Wachstum zu erreichen, das auch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen Ausgleich berücksichtigt. Ich glaube, wenn wir das hinbekommen, dann werden „Made in Germany“ und „Made in Baden-Württemberg“ noch einmal einen ganz anderen Sound bekommen.

(Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

(Edith Sitzmann)

Der Regierungswechsel in Baden-Württemberg ist ein gutes Signal, um zukünftig Ökonomie und Ökologie sinnvoll und erfolgreich miteinander zu verbinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Klar ist natürlich: In einer globalen Welt muss sich diese wirtschaftliche Weitläufigkeit auch mit einer kulturellen Weltoffenheit im Inneren verbinden. Das heißt, Menschen aus anderen Kulturkreisen sind ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Wir sichern ihnen unsere Unterstützung zu.

Bei der Integration haben wir großen Nachholbedarf. In Sachen Integration, Anerkennung und Wertschätzung ist viel zu wenig passiert. Deshalb ist die Einrichtung des Integrationsministeriums ein richtiger und wichtiger Schritt und ein gutes Signal für unser Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unnötig!)

Ein unverzichtbarer Partner bei der Gestaltung des Wandels, meine Damen und Herren, sind für uns die Kommunen. Sie gestalten die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Sie sind die Ebene, auf der direkte Beteiligung am weitesten gediehen ist. Die Kommunen sind die ersten Ansprechpartner, wenn es darum geht, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Sie stehen in der Kritik, wenn das Betreuungsangebot für unter Dreijährige nicht ausreichend ist. Von ihnen wird gefordert, dass es mehr Ganztagschulen und mehr Schulsozialarbeit gibt. Von den Kommunen wird erwartet, dass ihre Krankenhäuser die Gesundheitsversorgung sicherstellen. Sie tragen Verantwortung für die Eingliederung von Behinderten und für die Jugendhilfe – um nur einige Beispiele zu nennen.

Klar ist: Damit die Kommunen all diese Aufträge erfüllen können, müssen wir sie finanziell entsprechend ausstatten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Kommunen dürfen nicht zu einer Entsorgungsanlage für gesellschaftliche Probleme von Bund und Ländern werden. Deshalb werden wir zur Art und Weise der Aufgabenerfüllung im Dialog mit den Kommunen, mit den kommunalen Landesverbänden gemeinsam einen guten Weg finden. Das gilt für den Orientierungsplan ebenso wie für andere Bereiche. Das Konnexitätsprinzip ist dabei für uns die Grundlage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei der Politik für die Kommunen haben wir die großen Städte und Hochschulstandorte ebenso im Blick wie die ländlichen Gemeinden. In den großen Städten wächst der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Wir werden daher die Fehler von CDU und FDP/DVP korrigieren, die die soziale Wohnraumförderung jahrelang vernachlässigt haben. Wir werden 80 % der Fördermittel auf diese besonderen Bedarfslagen konzentrieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Auf die Ballungsräume konzentrieren!)

Wir werden die Kommunen bei ihren Konzepten zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz unterstützen. Da gibt es

noch erhebliche Einsparpotenziale, die auch bei den Bewirtschaftungskosten zu einer Entlastung führen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion bringt eine breite kommunale Kompetenz mit. 29 der 36 Mitglieder haben oder hatten ein kommunalpolitisches Mandat. Das heißt, wir sind vor Ort verankert, wir sind gut vernetzt, und bei uns sind die Anliegen der Kommunen im Land gut aufgehoben. Das gilt sowohl für die Universitätsstädte wie für die kleinen Landgemeinden, meine Damen und Herren.

Der ländliche Raum umfasst 70 % der Landesfläche; 30 % der Bevölkerung leben dort. Angesichts des demografischen Wandels brauchen wir auch in der Fläche attraktive Infrastrukturen, Angebote bei der Gesundheitsversorgung, bei der Kinderbetreuung, bei den Schulen und beim öffentlichen Nahverkehr, damit ländliche Räume ihre Vorzüge zum Tragen bringen können.

Wir werden die ländlichen Räume unterstützen, wir werden sie stärken. Wir wollen Wertschöpfung und Arbeitsplätze durch regionale landwirtschaftliche Produkte, durch gesunde Ernährung und umweltverträglichen Tourismus stärken und damit neue Wertschöpfungsketten erschließen.

Meine Damen und Herren, wir werden die Schule im Dorf lassen. Denn sie ist Lern- und Lebensort und ein wichtiger Standortfaktor.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Allerdings brauchen die Kommunen eine Schule mit Zukunft, die sie mitgestalten können. Das ist nachhaltige Politik in Zeiten des Wandels, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Bedeutung der Bildung ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sie ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Sie ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Sie ist ein Knappheitsfaktor für die Wirtschaft, und sie ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Konsensfindung in einer komplexer werdenden Welt.

Deshalb: Wir werden alle mitnehmen, die lernen wollen, und wir werden Rahmenbedingungen schaffen, damit alle, egal welcher Herkunft, auch lernen können. Wir werden diejenigen motivieren und ihnen attraktive Angebote machen, die es auf den alten Wegen bisher nicht geschafft haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein guter Start – hierin sind wir uns einig – ist die beste Voraussetzung für eine gelingende Berufslaufbahn.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das gilt auch für Regierungen!)

Deshalb werden wir die Kommunen bei dem Ausbau frühkindlicher Bildung und Betreuung unterstützen. Das ist wichtig im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist ein Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels.

(Edith Sitzmann)

Herr Kollege Hauk, Ihre Kritik an der Finanzierung kann ich nicht nachvollziehen. Denn die frühkindliche Bildung ist die beste Zukunftsinvestition für unsere Kinder. Besser angelegtes Steuergeld kann man sich gar nicht vorstellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei der Qualität der Kinderbetreuung haben wir eine klare Zielsetzung: Jedes Kind steht im Mittelpunkt, jedes Kind soll die bestmögliche individuelle Förderung erhalten. Das brauchen wir für eine nachhaltige Politik in Zeiten des Wandels.

Im Schulbereich stehen bei der neuen Regierung die Zeichen auf Öffnung und Wandel, aber eben nicht von oben verordnet, sondern partnerschaftlich gestaltet – mit Eltern, Lehrern, Schulträgern. Es gibt zahlreiche Gemeinden, die gute Ideen für die Entwicklung ihrer Schule eingebracht haben, die die Einrichtung von Modellschulen beantragt haben. Dort, wo Sie als ehemalige Landesregierung Wege blockiert haben, wollen wir Wege und Möglichkeiten öffnen. Anträge auf Einrichtung von Modellschulen sind für uns ein positives Signal dafür, dass Gemeinden und Städte ihre Schulen selbst gestalten und verantworten wollen. Das werden wir unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir setzen auf den Ausbau von Ganztagschulen. Sie bieten kindgerechte und ganzheitliche Bildung. Sie können mit Vereinen, Unternehmen, kulturellen, kommunalen, sportlichen Einrichtungen kooperieren. So schaffen sie Zugang zu einem vielfältigen Bildungsangebot und die Chance zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Es ist höchste Zeit und überfällig, dass Ganztagschulen endlich im Schulgesetz verankert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Freie Schulen sehen wir als gleichrangige, gleichberechtigte Form der schulischen Bildung. Sie haben oftmals neue Formen und Wege erschlossen und erprobt, insbesondere was das Engagement und die Einbindung der Eltern betrifft. Wir werden dafür sorgen, dass auch die freien Schulen eine gerechte Finanzausstattung erhalten. So haben wir es im grün-roten Koalitionsvertrag festgelegt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie sind hinter dem Landtagsbeschluss zurückgeblieben!)

Darauf können sich die freien Schulen verlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Die Stärkung der beruflichen Bildung entlang der Empfehlungen der Enquetekommission der vergangenen Legislaturperiode ist für uns Verpflichtung. Jeder Jugendliche hat das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss.

Das duale System spielt hier eine wichtige Rolle. Wir werden es stärken. Wir werden das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen abbauen und den Englischunterricht in der dualen Ausbildung einführen.

Dass Erwachsene, die einen Schulabschluss nachholen wollen, in Baden-Württemberg als einzigem Bundesland noch immer zur Kasse gebeten werden, ist ein Anachronismus. Auch

für den zweiten Bildungsweg gilt: Wir wollen all jenen, die lernen wollen, keine Steine in den Weg legen, sondern wir werden sie motivieren und unterstützen.

Zur Weiterbildung und zum lebenslangen Lernen leisten die vielen Einrichtungen der Erwachsenenbildung einen wichtigen Beitrag. Es wird höchste Zeit, dass wir die Grundförderung des Landes stufenweise auf die im Bundesdurchschnitt üblichen Sätze anheben. Bildungsferne Zielgruppen werden bei uns besondere Berücksichtigung finden. Das ist entscheidend für eine nachhaltige Politik in Zeiten des Wandels.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württembergs Hochschulen sind stark. Sie bieten exzellente Forschung ebenso wie ein vielfältiges Lernangebot, das Studierende aus aller Welt anspricht. Wir wollen allen, die studieren wollen, ein Studium ermöglichen, denn junge wissensdurstige Menschen sind unser wichtigstes Kapital, und deshalb sind abschreckende finanzielle Hürden wie Studiengebühren das falsche Signal, Herr Kollege Hauk. Wir werden die Studiengebühren deshalb abschaffen und den Hochschulen den Mittelausfall kompensieren. Das ist zugegebenermaßen eine finanzpolitische Anstrengung, aber es ist eine Investition, die sich lohnt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass trotz doppelten Abiturjahrgangs und der Abschaffung des Zivildienstes ausreichend Studienplätze für diejenigen zur Verfügung stehen, die studieren wollen. Wir werden die Defizite in der studentischen Mitbestimmung angehen und eine neue Beteiligungskultur etablieren, die Studierende und Mittelbau stärker an der Hochschulplanung teilhaben lässt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Zeiten des Wandels sind Zeiten, in denen wir uns fragen, wie wir zukünftig leben wollen. Diese Frage ist immer auch eine Frage der Kultur. Kunst und Kultur konfrontieren uns mit existenziellen Fragen, und sie geben Orientierung. Baden-Württemberg verfügt über eine bunte, breite, vielfältige und renommierte Kulturlandschaft. Diese wollen wir erhalten, stärken und befördern. Grundlage ist dabei die Kunstkonzeption „Kultur 2020“, die wir im Dialog mit den Kulturschaffenden umsetzen wollen.

Kulturförderung ist für die grün-rote Regierungskoalition eine wichtige Aufgabe. Deshalb wollen wir mit einem Zukunftspakt für die kulturellen Einrichtungen Planungssicherheit schaffen. Wir setzen uns für nachhaltige Kulturpolitik ein, die die kulturelle Vielfalt widerspiegelt und Wert auf eine aktive Teilhabe der Bevölkerung legt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dabei haben wir in unserem Koalitionsvertrag den interkulturellen Austausch und die interkulturelle Kulturarbeit zum Förderschwerpunkt erklärt. Dieser Austausch bereichert. Er schafft Verständnis, wo Vorurteile herrschten, und ist die Grundlage für ein respektvolles Miteinander und damit für Integration. Auch das ist nachhaltige Politik in Zeiten des Wandels.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Für nachhaltige Politik sind Frauen unverzichtbar. Wir können uns freuen, denn Frauen holen auf. Ein Drittel der im letzten Jahr in Baden-Württemberg habilitierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind Frauen.

(Zuruf aus der CDU: Hört, hört!)

Die neue grün-rote Landesregierung ist da noch etwas weiter. Fast die Hälfte – sieben von 15 Regierungsgliedern – ist weiblich, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass kompetente Frauen auch in der Landesverwaltung, in landeseigenen Unternehmen, in Aufsichtsräten, Beiräten und Gremien stärker als bislang vertreten sind.

Dass im jetzigen Landtag nur noch 18 % der Abgeordneten weiblich sind – in der letzten Legislaturperiode waren es immerhin 24 % –, ist wenig erfreulich. Frauen sind damit deutlich unterrepräsentiert. Deshalb werden wir mit einer Änderung des Landtagswahlrechts dafür sorgen, dass sich in Zukunft auch die Wählerinnen angemessen im Landtag vertreten fühlen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist gut gelaunt. Es geht voran. Die Unternehmen verdienen gutes Geld. Die Arbeitslosigkeit – Kollege Hauk hat es gesagt – ist zurückgegangen. Aber trotz der Konjunktursonne gibt es Menschen, die im Schatten des Wohlstands leben und die den Glauben an die eigene Zukunft verloren haben. Ich spreche von denjenigen, die lange oder gar auf Dauer vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind. Im reichen Baden-Württemberg gab es im vergangenen April immerhin 70 000 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt; dabei liegt der Frauenanteil bei über 50 %, obwohl der Frauenanteil bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter 40 % liegt.

All das muss uns nachdenklich stimmen, werte Kolleginnen und Kollegen. Die Landespolitik hat also allen Grund, sich wieder aktiv in die Arbeitsmarktpolitik einzumischen. Es kann nicht sein, dass Langzeitarbeitslosigkeit allein ein Thema von gemeinnützigen Organisationen oder Beschäftigungsgesellschaften bleibt. Auch wir sind hier in der Pflicht, Brücken und Wege in den Arbeitsmarkt zu bauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident gestern von der Solidarität mit den Schwächeren gesprochen hat. Dies war ein gutes und wichtiges Signal, und es wird auch zukünftig unsere Arbeit in der Koalition prägen.

Wir wollen ein Landesarbeitsmarktprogramm auflegen, um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Wir wollen zur Finanzierung zielgruppenspezifischer Programme beitragen und unabhängige Beratungsstellen für Arbeitslose unterstützen. Hierbei haben wir Frauen und Alleinerziehende besonders im Blick.

Unser Ziel ist klar: Wir werden alles tun, um die Zahl der Menschen, die über lange Zeit vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, deutlich zu senken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Politik des Dialogs wird auf kommunaler Ebene häufig praktiziert. Wir wollen diese Politik des Dialogs auch in das Landesparlament, in die Landesverwaltung tragen, und wir wollen die Rolle der Bürgerschaft stärken.

Ich will ein paar konkrete Beispiele nennen:

Ein wichtiger Punkt ist der Zugang zu Informationen. Mit einem Informationsfreiheitsgesetz werden wir dem Beispiel anderer Bundesländer folgen. Sie von CDU und FDP/DVP haben leider jahrelang das Anliegen blockiert, allen Bürgern garantierten Zugang zu amtlichen Informationen zu gewähren. Wir werden das umsetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen das Petitionswesen um die Möglichkeit der Onlinepetition erweitern, und wir werden uns Impulse und Möglichkeiten überlegen, wie wir das Berichterstatterwesen in den Ausschüssen neu beleben können. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von uns, vom Landtag, von den gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, gut vertreten fühlen. Denn eine starke Bürgergesellschaft braucht auch ein starkes Parlament.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Deshalb wollen wir ein Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse etablieren. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass in den Ausschüssen nicht nur über Menschen, sondern auch mit den jeweils betroffenen Menschen gesprochen wird. Das war bislang leider nicht der Fall, und das ist ein wichtiger Schritt für unsere parlamentarische Stärkung.

Wir wollen aber auch Bürgerbeteiligung erleichtern. Herr Kollege Hauk, Sie haben das Thema angesprochen. Wir haben schon vor Jahren Anträge eingebracht, um die direkte Demokratie auch in Baden-Württemberg zu stärken und mehr Möglichkeiten zu schaffen. Wir finden, dass es unabhängig von den jeweiligen Themen allerhöchste Zeit wird, dass Volksabstimmungen auch in Baden-Württemberg möglich werden

(Abg. Winfried Mack CDU: Die sind möglich!)

und dass damit auch die direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger bei einzelnen entscheidenden Themen möglich wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ihr Generalsekretär und designierter Landesvorsitzender Strobl hat kürzlich auch einige Punkte in die offene Debatte eingebracht, wie sich die CDU weiterentwickeln soll. Ein Punkt war: Er hat gefordert, die CDU müsse bei gesellschaftlichen Änderungen mitgehen. Ich finde, mehr Demokratie zu ermöglichen wäre ein Punkt, bei dem Sie genau das unter Beweis stellen könnten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Klar ist für uns: Einmischung ist ausdrücklich erwünscht. Verbesserungsvorschläge begrüßen wir. Deshalb freuen wir uns, dass es eine Staatsrätin für Zivilcourage und Bürgerbeteiligung gibt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden sie bei ihrer Aufgabe unterstützen, diese neue Beteiligungskultur auf den Weg zu bringen. Ich lade Sie alle ein, meine Damen und Herren, dies auch zu tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Landesverwaltung ist ein Dienstleistungsunternehmen, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser wichtigstes Kapital. Wir wollen allen Beschäftigten des Landes, Beamten wie Angestellten, ein verlässlicher Partner sein. Wir haben daher im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Personalplanung 2020 zu entwickeln, die nicht nur die finanzielle Projektion für den Haushalt bildet, sondern auch eine klare Orientierung über berufliche Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Das werden wir zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten entwickeln. Ich möchte, dass wir auf unsere Landesverwaltung zählen können, dass aber auch die Landesverwaltung auf uns zählen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf das Thema Finanzen zurückkommen. Finanzpolitik bzw. die Verabschiedung des Haushalts ist das Königsrecht des Parlaments. Wir haben deshalb das Recht, aber auch die Pflicht, die Finanzen des Landes so in Ordnung zu halten, dass wir sie guten Gewissens zukünftigen Generationen übergeben können. Wir treten seit Langem für eine nachhaltige Finanzpolitik ein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und tun das Gegenteil!)

Aber das Problem, das wir heute haben, ist, dass Ihre finanzpolitische Bilanz, Herr Kollege Hauk, die finanzpolitische Bilanz von CDU und FDP/DVP,

(Abg. Winfried Mack CDU: Besser ist als in allen rot-grün regierten Ländern!)

eine Bilanz der Defizite ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: AAA!)

Wir haben ein strukturelles Defizit im Haushalt. Das heißt, tendenziell geben wir jedes Jahr mehr aus, als wir einnehmen: zwischen 1,3 und 1,5 Milliarden €.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wird jetzt besser, wenn Sie mehr Leute einstellen!)

Es kommt natürlich auch darauf an, ob wir gerade in einer Phase der Krise oder in einer Phase des konjunkturellen Hochs sind.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo sind wir gerade?)

Aber grundsätzlich gilt tendenziell über die Jahre hinweg, dass mehr ausgegeben als eingenommen wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben ja nicht einmal das Lebensarbeitszeitkonto eingeführt, das ein Instrument gewesen wäre!)

Deshalb ist klar, dass der Schlüssel zur Nachhaltigkeit darin liegt, dass wir dieses strukturelle Defizit, diese Lücke werden ausgleichen müssen. Aber das geht eben nicht mit dem schnellen Rotstift, sondern mit strukturellen Maßnahmen, mit Aufgabenkritik, mit Entbürokratisierung, mit der Anpassung von Standards.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mehr Minister, mehr Ministerialdirektoren! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber welche, sagen Sie nicht! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

So steht es in unserem grün-roten Koalitionsvertrag, Herr Kollege Hauk, den ich Ihnen gleich zum Nachlesen mitgeben werde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Die Weltmeister im Aufblähen wart ihr doch immer!)

CDU und FDP/DVP hatten eine Haushaltsstrukturkommission. Sie hat getagt und getagt und getagt und sich in ganz kleinen Karos verzettelt. Wir wollen eine strategische Haushaltssteuerung einführen, die von einem Kabinettsausschuss gesteuert wird und die ganz konkrete Maßnahmen mit dem Horizont 2020 umsetzen wird.

(Zuruf von der CDU: Warum nicht 2011?)

Mancher, der bisher nach dem Motto „Das haben wir schon immer so gemacht“ handelte, wird sich neu orientieren müssen. Alle, die Vorschläge für Strukturverbesserungen machen, sind herzlich willkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In der Vergangenheit haben Sie viele Lasten unter den Teppich gekehrt, Daueraufgaben in Schattenhaushalte verlagert, die Vermögenssubstanz des Landes heruntergewirtschaftet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Konkret! Konkret?)

Jeder Häuslebauer, der so handeln würde, wäre wahrscheinlich schon längst depressiv.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Alles leere Sprüche! – Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die SPD tut sich deutlich schwer mit dem Applaus!)

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir uns auf den Weg machen und als Erstes einen Kassensturz vornehmen, um all das, was Sie unter den Teppich gekehrt haben – und dieser Teppich ist groß –, endlich ans Tageslicht zu bringen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nehmen Sie die Steuermehreinnahmen und machen als Erstes die Nullverschuldung im Jahr 2011, dann brauchen Sie nicht viel zu stürzen!)

(Edith Sitzmann)

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu wissen, wie die finanzielle Situation dieses Landes aussieht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Da braucht man nur die mittelfristige Finanzplanung zu lesen!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss – wenn Sie wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe Ihnen dargelegt, wie wir in Zeiten des Wandels eine nachhaltige und verlässliche Politik gestalten wollen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Herr Präsident braucht eine neue Glocke!)

Wir, Grüne und SPD, haben uns im Koalitionsvertrag auf eine gemeinsame Politik für die nächsten fünf Jahre verständigt. Wir werden die Herausforderungen und die Chancen, die vor uns liegen, gemeinsam annehmen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir werden diese Politik im Interesse des Landes betreiben. Wir werden sie in fairer Partnerschaft mit den Kommunen und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie allen gesellschaftlichen Akteuren vorantreiben.

Zentral sind für uns eine ökologische und soziale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Schaffung bester Bildungschancen für alle, die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts und mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich mit einem chinesischen Sprichwort schließen: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“ Wir werden Windräder bauen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle darf ich einen Willkommensgruß aussprechen. Unter den Gästen auf der Besuchertribüne befinden sich Freunde aus Vorarlberg. Ich begrüße ganz herzlich das Erweiterte Präsidium des Vorarlberger Landtags, an der Spitze Frau Landtagspräsidentin Dr. Bernadette Mennel. Ein herzliches Willkommen Ihnen und Ihrer Delegation!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es eine besondere Beziehung ist, die wir zwischen Vorarlberg und Baden-Württemberg pflegen. Schon im Jahr 1973 besuchte uns die erste Vorarlberger Parlamentsdelegation, und es gab seitdem immer wieder Kontakte und Besuche.

Ich wünsche Ihnen auch heute einen guten Informations- und Gedankenaustausch. Sie haben im Laufe des Tages Gelegen-

heit, mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag zusammenzutreffen. Einen guten Aufenthalt in Baden-Württemberg!

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, fahren wir mit unserer Debatte fort. Das Wort hat der Redner der SPD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Abg. Schmiedel, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich mit dem härtesten Vorwurf beginnen, der vom Kollegen Hauk vorgebracht wurde. Der härteste Vorwurf war, dieser Koalition liege keine innige Liebesbeziehung zugrunde.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was? – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Ihre Interpretation! – Unruhe)

Man muss einfach einmal sagen, Herr Kollege Hauk, wie das auf dem Heiratsmarkt ist.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wer will Sie denn noch? Sie sind schon längst vergeben! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man muss nehmen, was da ist! – Unruhe)

Man schaut sich einfach um: Was ist da im Angebot? Da ist es einfach so, dass man sich in diese hübsche grüne Braut verlieben muss.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das heißt, man muss sie sich schöntrinken! – Zuruf von der CDU: Aber der Heiratsantrag ist nicht von euch gekommen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war eine arrangierte Ehe! – Unruhe)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat seine Regierungserklärung, zu der ich ihm im Namen der SPD-Fraktion gratuliere, begonnen mit einer Besinnung auf das, was das Land Baden-Württemberg stark und wohlhabend gemacht hat: mit der Erinnerung an die Gründerjahre – so lange gibt es die CDU noch gar nicht; damals gab es schon die SPD, aber die CDU gab es noch nicht –,

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf – Heiterkeit bei der SPD)

in denen ein vormals armes Land, aus dem die Menschen auswandern mussten, weil sie hungerten, zu einem starken Industrieland wurde. Die Grundlage dieses industriellen Wachstums waren Ideen, technologische Revolutionen, aber auch ein Arbeitskräftepotenzial, das in der Landwirtschaft nicht mehr benötigt wurde, in die Städte zog und als Arbeitnehmerschaft zur Verfügung stand.

Eine weitere Grundlage für den Wohlstand in Baden-Württemberg hat Ferdinand von Steinbeis gelegt – wir würden heute sagen: Wirtschaftsminister im Königreich Württemberg –,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da gab es das Ministerium noch!)

der als einer der Ersten erkannt hat, dass man gelernte, qualifizierte Fachkräfte braucht, um gute Produkte liefern und im

(Claus Schmiedel)

internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Er hat die Grundlage für die berufliche Ausbildung gelegt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Stimmt!)

Deshalb heißen viele berufliche Schulen Steinbeisschulen.

Es ist wichtig, dass wir uns darauf besinnen. Denn wenn wir jetzt die Frage stellen: „Wie geht es im zweiten Jahrzehnt dieses neuen Jahrhunderts weiter?“ und schauen, was die heutige Stärke Baden-Württembergs ausmacht, sehen wir: Das ist nach wie vor die industrielle Produktion, ergänzt durch Dienstleistungen für die industrielle Produktion. Wenn weitere Beschäftigungspotenziale hinzukommen, beispielsweise im Bereich der Pflege, so muss der Gegenwert der entsprechenden Kosten erst erwirtschaftet werden, um in der Pflege Arbeit bezahlen zu können. Also: Die industrielle Produktion, das Thema „Ideen und technologische Revolutionen“ sowie das Thema „Arbeitskräfte und Fachkräfte“ sind das Wichtige.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: In beidem stehen wir exzellent da!)

Jetzt frage ich Sie: Wie steht das Land Baden-Württemberg am Beginn dieses zweiten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts beim Thema Fachkräfte da?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! Exzellent! – Zuruf von der CDU: Es kann nur schlechter werden! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Da habt ihr etwas verpasst!)

Wir haben damit zu rechnen, dass wir am Ende der ersten fünf Jahre, also bis 2016 – von 2011 aus gerechnet –, etwa 120 000 Schüler weniger haben werden. Das heißt, ein Zehntel der Schüler fallen weg. Das bedeutet, ein Zehntel neuer junger Fachkräfte wird schon in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts fehlen. Umso wichtiger wäre es doch, diejenigen, die die Schulen verlassen, so fit zu machen, dass sie wirklich qualifizierte Fachkräfte werden können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

– Jetzt sagen Sie: „So ist es.“ – Ich will jetzt nicht mit PISA kommen – auch ich kann das langsam nicht mehr hören –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

sondern ich lese Ihnen einmal etwas anderes vor:

Rund 40 % aller Neuzugänge in das Ausbildungsgeschehen münden – in der Regel nach erfolglosen Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz – in Bildungsgänge des sogenannten Übergangssystems ein, die zu keinen beruflichen Abschlüssen führen.

Erste Frage: Von welchem Land ist die Rede?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Berlin! Sagt Berlin! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Es ist Baden-Württemberg.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es geht wie folgt wörtlich weiter im Text:

Diese Quote liegt über dem Durchschnitt fast aller Bundesländer.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So! – Abg. Volker Schebesta CDU: Weil wir so viele berufliche Schulen haben! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Natürlich! Das ist so! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Peinlich!)

Jetzt sagen Sie: Das sind berufliche Schulen, und die Schüler erhalten da alle eine berufliche Bildung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja!)

Jetzt geht es im Text wie folgt weiter: Aus diesen 40 % bildet sich – wörtlich –

der Kern einer Risikogruppe ohne abgeschlossene Berufsausbildung,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind eben nicht die!)

zu der nach den Befunden des Mikrozensus fast ein Fünftel jedes Altersjahrgangs zu rechnen ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zur CDU: Das sind nicht die, die ihr meint!)

Fast ein Fünftel! Wer hat das festgestellt? Es war der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“. Wer hat das verkündet? Es war die alte Landesregierung nach der Landtagswahl,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Frau Schick!)

sozusagen als Abschlussbilanz einer 57 Jahre währenden Verantwortung für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gescheitert! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

20 %! Das sind zwei von zehn.

Wenn Sie, Herr Kollege Hauk, von Wachstum und Wohlstand reden, dann ist im Hinblick auf die Gründerzeit, im Hinblick auf die Aufbruchzeit, die wir jetzt haben, eines von elementarer Bedeutung, nämlich dass wir alle Potenziale ausschöpfen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! Deshalb haben wir eine so geringe Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg!)

Doch Ihre Abschlussbilanz heißt: Zwei von zehn jungen Menschen in Baden-Württemberg wurden von Ihnen ohne berufliche Ausbildung ins Berufsleben geschickt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Von denen sind so viele in Arbeit wie nirgendwo anders! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben die jetzt Arbeit, oder haben sie keine? Selbstverständlich haben sie Arbeit! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Angelernte!)

(Claus Schmiedel)

Deshalb sind alle Maßnahmen richtig, die der Herr Ministerpräsident gestern angekündigt hat, um im vorschulischen Bereich aufzurüsten und in den Schulen Veränderungen herbeizuführen, um dieses schlechte Ergebnis – es ist schlechter als in fast allen anderen Bundesländern – zu verbessern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klar!)

Wir werden die Kultusministerin Gabriele Waschinski-Leitheuser – –

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt bitte noch einmal in Zeitlupe! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir passen gut auf!)

– Wir machen das jetzt so: Es gab schon einmal einen Kultusminister, der einen ähnlich komplizierten Namen hatte. Wir nennen sie jetzt GWL.

Wir werden die Kultusministerin bei allen Anstrengungen, die notwendig sind, unterstützen. Wir werden uns da nicht von Ihnen irritieren lassen.

Wenn Sie sich über Schlagzeilen wie „Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem“ aufregen und hier dicke Backen machen,

(Zuruf von der SPD zur CDU: So ein Quatsch!)

dann würde ich Ihnen raten: Beschäftigen Sie sich einmal mit sich selbst. In der Zeitung „Die Welt“ vom vergangenen Montag heißt es in einer Artikelüberschrift: „Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem“ und darunter: „Jetzt will auch die CDU Haupt- und Realschulen vereinen“.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir nicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen die Hauptschule stärken!)

Da ist man doch überrascht und fragt sich, wer das denn ist. Es ist ein Ausschuss, den die Bundes-CDU eingesetzt hat. Wer sitzt diesem Ausschuss vor? Unsere alte Freundin Schavan.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Das Letzte! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Dietrich Birk: Wie war das gerade mit dem Heiratsmarkt? Der kommt gefährlich nahe! – Heiterkeit bei der CDU)

Da würde ich sagen: Jetzt sollten Sie erst einmal parteiintern in die Diskussion gehen und klärende Gespräche führen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dringender Klärungsbedarf!)

Dann wird sich das alles relativieren. Dann kommen wir vielleicht auch in eine Phase – die wir uns auch wünschen –, bei der wir hier einen konstruktiven Dialog führen und wirklich darüber diskutieren, wie wir die Bildungserfolge in Baden-Württemberg voranbringen, und keine Gespensterdiskussion mehr führen. Der Wahlkampf ist vorbei, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann haben Sie gesagt – das hat uns nun doch überrascht –, Sie seien für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft. Da ist man natürlich erst einmal verwundert und hört genauer hin. Dann hat sich diese Aussage wieder relativiert. Die Frage ist, was „schnellstmöglich“ bedeutet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Darum geht es!)

Bedeutet schnellstmöglich das Festsetzen einer konkreten Jahreszahl, oder bedeutet schnellstmöglich – wie es der CDU-Wirtschaftsrat verkündet hat – die Festlegung auf den Zeitpunkt, zu dem Alternativen vollständig zur Verfügung stehen? Das würde bedeuten, abzuwarten, bis Alternativen zur Verfügung stehen, und erst dann über einen Ausstieg reden zu wollen.

Sie müssen sich entscheiden, wofür Sie sind. Der Umweltminister hat angekündigt, er peile das Jahr 2020 für das endgültige Abschalten der Atomkraftwerke in Baden-Württemberg an. Ich teile für die SPD-Fraktion mit: Er hat unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die der Grünen hat er natürlich auch. Er hat die Unterstützung der Koalition.

Ich sage Ihnen auch, warum: Wenn der Ausstieg aus der Atomkraft davon abhängig gemacht würde – wie es z. B. der frühere Ministerpräsident und jetzige EU-Kommissar tut –, dass zuerst die Nordsee mit Windrädern vollgepflanzt sein muss, danach die Trassen gelegt sein müssen und im Süden und vielleicht in der Sahara große Fotovoltaikanlagen oder Sonnenkraftwerke aufgebaut werden, wenn also gesagt würde, erst wenn all dies stehe, könne auf die Atomkraftwerke verzichtet werden, dann wäre das eine ganz gefährliche Diskussion. Denn im Kern bedeutet das:

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Atomstrom importieren!)

Die Wende in der Energiewirtschaft findet nicht bei uns, sondern sie findet im Norden, auf hoher See, und im Süden Europas statt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Oder bei den Pumpspeichern, zu denen Sie nichts sagen!)

und wir, die wir zwischendrin liegen, gehen leer aus. Das Ziel unserer Energiewende ist jedoch, Wachstum und Wertschöpfung hier im Land zu halten und die Potenziale, die hier vorhanden sind, auszuschöpfen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: In Ordnung, das ist richtig! Kein Widerspruch!)

Worum geht es dabei? Wenn wir uns darin einig sind, dass Neckarwestheim I und Philippsburg 1 nicht mehr ans Netz gehen, dann reden wir von 25 % der baden-württembergischen Stromproduktion durch die zwei verbleibenden Kernkraftwerke, die bis 2020 ersetzt werden müssen.

(Claus Schmiedel)

Ich lasse nun einmal Einsparpotenziale, die es durchaus gibt, beiseite und sage: Diese 25 % des Stroms durch erneuerbare Energien in Baden-Württemberg zu erzeugen ist möglich. Das werden wir realisieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie müssen von 50 % ausgehen! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Viel Vergnügen!)

Allein 10 % des Stroms werden künftig durch Windkraft erzeugt. Dazu kommt natürlich noch die Stromerzeugung durch Fotovoltaik. Sie sind ja ein ganz großer Verfechter aller regenerativen Energien geworden. Tolle Sache! Dann lassen Sie uns dabei gemeinsam vorgehen. Wir werden vorschlagen, dass die Kommunen, die Klimaschutzziele haben, die energiewirtschaftliche Konzepte haben – mit dem Ziel, den Ausbau der regenerativen Energien vor Ort möglichst voranzutreiben, Einsparpotenziale zu realisieren, die Kraft-Wärme-Kopplung voranzubringen –, bei der Zuteilung von Städtebaufördermitteln belohnt werden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

Das ist ein ganz konkreter Vorschlag.

(Abg. Peter Hauk CDU: In Ordnung!)

Sie wollten es doch konkret. Wir wissen, dass wir bei diesem Geschäft die Kommunen als Partner brauchen. Es wäre ein tolles Signal, wenn auch CDU und FDP/DVP mitmachen würden und sagten: Okay, lasst uns diesen Anreiz setzen, damit es wirklich einen Aufbruch vor Ort, in den Kommunen gibt; mit Mitteln der Städtebauförderung wird dort überdurchschnittlich unterstützt, wo Klimaschutzziele realisiert werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist das erste Mal, dass wir überhaupt einen Vorschlag hören! Großes Lob, Herr Schmiedel! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das steht bislang nirgendwo drin! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kam in der Regierungserklärung nicht vor!)

Momentan haben wir im Durchschnitt Ausgaben für Energie in Höhe von etwa 3 000 € jährlich pro Kopf; da sind natürlich Wirtschaft, öffentliche Hand, Verkehr mit eingerechnet. Das ist ein ganz großer Wirtschaftsfaktor. Wenn es uns gelingt, bis zum Jahr 2020 20 % davon einzusparen, nicht mehr für Energie ausgeben zu müssen, dann ist das ein großes Potenzial, das der öffentlichen Hand für Kultur, für Investitionen, für Bildung zur Verfügung steht und das auch dem Konsum zugutekommen kann. Das lohnt die Anstrengung. Wenn es zusätzlich gelingt, bis dahin 20 % der gesamten Energie regenerativ vor Ort zu erzeugen, dann nützt das dem Handwerk, den Ingenieuren, den Stadtwerken. Dann bleibt die Wertschöpfung vor Ort, dann haben junge Menschen eine Perspektive.

Wenn wir uns über diese Zielsetzung einig sind, dann wäre das ein Riesenfortschritt gegenüber der letzten Wahlperiode. Dann schauen wir auch nicht mehr zurück, sondern dann schauen wir gemeinsam nach vorn.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann haben Sie gesagt – man besetzt ja immer irgendwelche Begriffe und meint, sie seien gut –, Sie hätten uns ein bestelltes Haus überlassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein gut bestelltes!)

– Ein gut bestelltes Haus. –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Darum beneiden Sie alle! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine Liebesgabe sozusagen!)

Dann haben Sie darauf hingewiesen, wie gut Sie finanziell gewirtschaftet hätten, und darauf verwiesen, dass Sie ja bereits in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen gehabt hätten, im Jahr 2014 die Nettonull zu erreichen, also einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

während wir nur angekündigt hätten – Stichwort Schuldenbremse –, dies im Laufe dieses Jahrzehnts zu realisieren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Jetzt ist aber die Ankündigung nur das eine; deshalb prüfen wir das immer nach. Deshalb habe ich einmal den mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2010 bis 2014 mitgebracht. Schauen wir hinein. Nettokreditaufnahme/Tilgung: Im Jahr 2014 null. Aha.

Gehen wir weiter hinunter zur Ziffer 2.4. Dort steht: Bei der Planaufstellung noch zu schließende Deckungslücke: 2,986 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD: 3 Milliarden €!)

Das ist ein Kunststück.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie schreiben oben hinein: Nettonull. Und unten schreiben Sie hinein: 3 Milliarden € fehlen. Das ist der dickste Hund.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber Sie schließen doch nicht! Herr Kollege, Sie wollen die Deckungslücke sogar verlängern bis über das Jahr 2014 hinaus! – Gegenrufe von der SPD: Nein!)

– Nein. Ich sage Ihnen, was wir bis 2014 machen: Wir schreiben möglicherweise – da müssen wir die Haushaltsentwicklung abwarten – dort oben hinein: Nettokreditaufnahme 1,5 Milliarden €, aber dafür schreiben wir unten hinein: null.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Dann ist die Geschichte halbiert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ihr müsst doch zugeben: So richtig seriös ist die Nummer nicht.

(Widerspruch des Abg. Winfried Mack CDU)

(Claus Schmiedel)

Sie schreiben hinein: Nettonull. Und unten schreiben Sie hinein: 3 Milliarden € fehlen noch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber die Lücke schließen wir noch über zusätzliche Steuereinnahmen! –
Unruhe bei der SPD)

– Okay.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:
Natürlich! Sie sind doch jetzt da! Ihr verschuldet euch
jetzt zusätzlich!)

– Herr Kollege Birk, ganz ruhig! Ich komme jetzt zu den zusätzlichen Steuereinnahmen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie können halt nicht rechnen! – Heiterkeit)

– Okay. Das zu beurteilen überlasse ich jetzt einmal den Zuhörern.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie machen Kosmetik!)

Jetzt kommen wir zu den Steuermehreinnahmen. Ihr Argument lautet: In diesem Jahr haben wir aber noch so viele Steuermehreinnahmen, dass man die Verschuldung, die in Höhe von rund 800 Millionen € im Haushalt vorgesehen ist, auf null bringen kann. Das ist Ihr Argument. Deshalb könnte schon jetzt die Nettonull erreicht werden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Richtig! Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Sie haben es begriffen!)

Schauen wir auch da einmal genauer hin. Wie kommen denn diese 800 Millionen € zustande? Sie kommen u. a. deshalb zustande, weil Sie beschlossen haben, Einnahmen, die erst im Jahr 2012 anfallen, z. B. bei Garantiegebühren aus der Risikoabschirmung der LBBW, im Jahr 2011 einzubuchen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig! Genau! So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die sind doch noch gar nicht da! Ihr trickst!)

Das kommt erst im Jahr 2012, wird aber bei 2011 eingebucht. Sie haben z. B. verlangt und durchgesetzt, dass man aus dem Grundkapital der Landesförderbank 130 Millionen € in den Landeshaushalt überweisen lässt. Was ist denn das für ein Sparen? Sie erschweren es der Landesförderbank – weil ihr Grundkapital eingeschränkt ist –, Gewinne zu machen, weil Sie den Haushalt schönen. Was Sie uns hier präsentiert haben – – Das Schöne ist: Wir haben jetzt eine Taskforce „Schwindeloperationen“ eingerichtet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wird aber gefährlich für euch selbst!)

Sie glauben nicht, aus wie vielen Referaten etwas dazu geliefert wird.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Deshalb kommt – richtig angekündigt – der Kassensturz, bei dem alles auf den Tisch muss. Denn wir werden diese Trickserien beenden und sagen: Das, was im Jahr 2012 eingeht, wird auch erst im Jahr 2012 gebucht. Dann sind da schon einmal 90 Millionen € weg. Die L-Bank bekommt ihr Kapital zurück, damit sie anständig wirtschaften kann. Dann sind 130 Millionen € weg. Nach dem Kassensturz wird man sehen, was dann noch für die Konsolidierung übrig bleibt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da sind wir gespannt!)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Eine Zeitung hat es kürzlich mit „Löcher im Haushalt – Löcher in den Straßen“ betitelt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

In dieser Betrachtung hat sie völlig recht. Denn das eine, das Sie uns hinterlassen, sind die monetären Schulden, Geldschulden. Das andere, das Sie uns hinterlassen, sind unterlassene Erhaltungsinvestitionen, ist Vermögensverzehr in einem ganz erheblichen Umfang.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das sind wieder nicht wir, die das ausgerechnet haben. Der Rechnungshof hat ausgerechnet:

(Abg. Peter Hauk CDU: Wenn Sie alles schon wissen, warum brauchen Sie dann einen Kassensturz? – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Allein an den Universitäten des Landes fehlen 3 Milliarden €, müssen 3 Milliarden € investiert werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wissen anscheinend schon alles!)

Sie wissen doch: Wenn Sie Universitäten besuchen, dann fahren Sie nicht nur auf Straßen dorthin, in denen Löcher sind, sondern Sie gehen dort in Gebäude hinein, deren Dächer Löcher haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wertvolle Geräte werden im Haus noch einmal „eingehaust“, weil von oben ein Bach kommt, wenn es regnet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Badewannen werden aufgestellt! – Gegenrufe der Abg. Dr. Dietrich Birk und Helmut Walter Rüeck CDU)

Das heißt, wir können das gar nicht länger vor uns herschieben; wir müssen es tun. Deshalb müssen wir natürlich einen Plan haben, wie wir im Laufe der Zeit das in Ordnung bringen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann bin ich einmal gespannt! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

was Sie uns hier an Erblast hinterlassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Eine Erblast, die Sie uns ebenfalls hinterlassen, sind übrigens – wenn wir schon bei den Hochschulen sind – hohe Abbrecherquoten. Mich würde wirklich einmal interessieren, war-

(Claus Schmiedel)

um das die alte Regierung nicht interessiert hat. Das eine Thema sind die hohen Abbrecherquoten bei angehenden Ingenieuren. Das zweite Thema ist der Fachkräftemangel. Facharbeiter sind das eine, Ingenieure das andere.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das wird jetzt ohne Studiengebühr besser?)

Wir haben Studiengänge, die sich am Studienbeginn aufblähen, weil nach der Zahl der Erstzulassungen bezahlt wird und entsprechend ausgestattet wird. Die Studiengänge blähen sich mit 900 zugelassenen Erstsemestern auf. Wenn man jedoch nach dem vierten Semester nachzählt, sieht man, dass dort noch 70 Studierende sind. Alle anderen wurden zwischenzeitlich herausgeprüft.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das muss man sich vorstellen! Unglaublich!)

Das ist eine Vergeudung von Ressourcen. Bevor Sie sich über das Thema Studiengebühren aufregen, bevor Sie über deren Abschaffung schimpfen, müssten Sie sich über das aufregen, was Sie uns hinterlassen. Ich bin der Wissenschaftsministerin Bauer sehr dankbar dafür, dass das eines der ersten Themen war, die sie angesprochen hat, und dass sie mit den Hochschulen, den Universitäten ins Gespräch geht, um Anreize zu setzen, dass dieser Missstand beendet wird. Es wird geaast mit der Lebenszeit der jungen Leute, und es ist eine Ressourcenverschwendung ohne Ende.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Da sind wir bei einem Thema, das man nicht so einfach verordnen kann. Das wollen wir auch nicht. Wir achten die Autonomie der Hochschulen. Aber man muss in Gespräche eintreten. Man muss dann Zielvereinbarungen treffen und darüber reden, mit welchen Anreizsystemen diese Zielvereinbarungen erreicht werden sollen. Das ist einerseits die Politik des Gehörtwerdens, und andererseits geht es auch darum, die Möglichkeit zu schaffen, vereinbarte Ziele dezentral zu erreichen.

Sie haben auf die Bedeutung des Mittelstands bei uns hingewiesen. Weshalb sind denn kleine und mittlere Unternehmen bei uns so erfolgreich? Weil sie im Gegensatz zu großen Konzernen in der Lage sind, sich schnell und spezifisch auf die Rahmenbedingungen einzustellen, die sich ja auch verändern. Große Konzerne, große Einheiten sind wie schwere Tanker; sie können nur in großen Formaten denken. Es ist überall mehr oder weniger dasselbe, egal, ob das Schulen, Polizeidirektionen oder untere Verwaltungsbehörden sind: Wenn man sie zentral steuert, geht es immer in dieselbe Richtung. Das sind alles die gleichen Vorgaben.

Deshalb werden wir mit dem Denken brechen, dass das Land Baden-Württemberg von oben nach unten immer einheitlich durchregiert wird. Wir wollen die Partnerschaft mit den Beteiligten vor Ort. Wir wollen Dialog, dezentrale Steuerung. Das schafft die Ressourcen, die wir brauchen, um in Baden-Württemberg voranzukommen, Motivation zu schaffen, aber auch spezifische Lösungen vor Ort treffen zu können. Das wird eine herausragende Politik des Verwaltungshandelns in Baden-Württemberg werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Da geht es natürlich darum, auch dem gerecht zu werden, was Sie gesagt haben: Städte sind das eine, der ländliche Raum ist das andere. Man muss nur aufpassen, dass man nicht Gefahr läuft, zu sagen: Außerhalb der Stadt Stuttgart ist alles ländlicher Raum.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Eine Stadt wie Biberach oder Schwäbisch Hall

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Esslingen!)

wird sich nicht unbedingt als „Dorf“ apostrophieren lassen.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Esslingen auch nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mannheim auch nicht!)

– Esslingen auch nicht.

Aber wenn Sie schon darauf hinweisen, dass Mobilität gerade für den ländlichen Raum ein wichtiger Faktor sei, und in diesem Zusammenhang Schwäbisch Hall erwähnen, dann empfehle ich Ihnen, morgens einmal mit dem Kollegen Sakellariou in den Bahnhof Hesselental zu gehen, in diesem heruntergekommenen Bahnhof auf einen Ratterzug zu warten,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Elf Jahre Tiefensee & Co.! Eigentum des Bundes!)

in dem man im Sommer schwitzt und im Winter friert.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Das, was Sie uns an Mobilität im ländlichen Raum hinterlassen, spottet zum Teil aller Beschreibung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Tiefensee, SPD! Keine Ahnung!)

Es wird eine der ersten Maßnahmen sein, die wir ergreifen, diese unhaltbare Situation zu verbessern.

(Zuruf von der CDU: Eigentum des Bundes!)

– Wir sind zuständig für die Bestellung der Züge.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn Sie altes Gelumpe bestellen, fährt eben altes Gelumpe. Solange da altes Gelumpe fährt, macht die Bahn auch nichts beim Bahnhof. Da entspricht der Bahnhof dem Zug.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wie der Zug, so der Bahnhof.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Zugig ist der Bahnhof!)

Das ist die Regel bei der Bahn.

Sie haben darauf hingewiesen: Für viele Kommunen im ländlichen Raum sind die Bundesstraßen das Verkehrsnetz, auf dem sich Wirtschaft und Arbeitnehmer bewegen können müs-

(Claus Schmiedel)

sen. Jetzt sollten Sie den Koalitionsvertrag einmal genau studieren. Darin heißt es nämlich, dass sich die grün-rote Regierungskoalition in Berlin dafür einsetzt, dass das Land Baden-Württemberg, was den Bundesfernstraßenbau anbelangt, endlich bedarfsgerecht ausgestattet wird – endlich!

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Sehr richtig!)

Über Jahrzehnte ist das Land nicht bedarfsgerecht ausgestattet worden, weil – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich sage nur: Tiefensee! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rot-Grün in Berlin! Sieben Jahre Stillstand!)

– Da brauchen Sie nicht auf Rot-Grün zu verweisen. So kommen wir nie in einen konstruktiven Dialog.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach, Sie wollen konstruktiv sein?)

Unter Rot-Grün, Herr Kollege Rülke, ist nämlich etwas Interessantes passiert. Ich muss es andersherum formulieren: Hier stand der Kollege Oettinger. Er sagte, er hätte sich das nie träumen lassen: In Berlin gibt es einen Regierungswechsel – Grün geht raus, Schwarz kommt rein –, und es gibt weniger für den Fernstraßenbau.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: So ist es! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer war immer dabei? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Elf Jahre SPD!)

Da war er noch Ministerpräsident und wusste, wovon er redete.

Jetzt können Sie sich ausklinken, oder Sie können mitmachen

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

bei der Umsetzung eines Konzepts, das lautet: Nach der Verkehrsprognose, die die Verkehrsminister aller Länder akzeptiert haben, findet der Zuwachs auf den Straßen im Süden und im Westen statt. Im Norden stagniert der Verkehr, im Osten nimmt er ab. Wenn man sich auf eine solche Prognose verständigt, wäre es doch nur angemessen, zu sagen: Wir verteilen die Mittel, die der Bund für den Bundesfernstraßenbau gibt, nicht mehr nach einer festen Länderquote – egal, ob der Verkehr in einem Land zunimmt oder nicht –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Seit 20 Jahren bekannt!)

sondern wir verteilen die Mittel dorthin, wo der Bedarf am größten ist, und das ist im Südwesten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Peter Hauk CDU)

Jetzt laden wir Sie ein: Machen Sie mit, helfen Sie im Interesse des Landes mit,

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir sind doch dabei! Aber Sie wollen doch gar nicht!)

dass diese Regierung erfolgreich ist und wir endlich die angemessenen Mittel für den Bundesfernstraßenbau nach Baden-Württemberg bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Machen Sie doch mit!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Ihre schöne Braut will doch gar keine Straßen mehr bauen! – Zurufe von der CDU)

– Sie können weiter Gerüchte verbreiten.

Erstens: Vor dem Hintergrund unserer Aktion „Holterdiepolder“, bei der herauskam, dass die Hälfte aller Landesstraßen in sehr schlechtem oder schlechtem Zustand sind und die alte Landesregierung, die altbürgerlichen Parteien, die Landesstraßen über Jahre hinweg unterfinanziert haben – 50 Millionen € haben sie gegeben, 100 Millionen € wären notwendig gewesen –,

(Zuruf von SPD: Verrottet!)

hat diese grün-rote Koalition beschlossen: Wir erhöhen die Mittel. Wir erhöhen die Sanierungsmittel,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

damit die Löcher in den Straßen gestopft werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben sehr Konkretes zu sagen!)

Dann haben wir als Zweites gesagt: Sie haben auf der einen Seite die Sanierung unterlassen und dafür an einigen Stellen Neubauten begonnen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Spatenstiche, überall!)

– Spatenstiche. – Aber wir haben gesagt: Wir können den Bürgern nicht zumuten, dass da aufgehört wird. Wir bringen all diese Projekte zu einem Ende. Wir bringen alle Projekte zu einem Ende, auch wenn sie teuer sind und ganz viel Geld binden. Wir bringen sie zu Ende.

Und drittens: Während wir diese Projekte zu Ende bringen, werden wir mit der Bürgergesellschaft diskutieren, wo Ergänzungen notwendig sind, wo Entlastungen notwendig sind, und neue Maßnahmen in Angriff nehmen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ortsumfahrung Bebenhausen!)

Das wird nur wenig sein können, weil wir nicht viel Geld haben. Aber warum nicht im Taubertal, in Königshofen, die Umfahrung mit einer Bundesstraße realisieren

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine Bundesstraße! Bei Landesstraßen ist das nie ein Problem, Herr Schmiedel!)

und an anderer Stelle mit Landesstraßen?

(Abg. Peter Hauk CDU: Da gibt es Riesenprobleme, Herr Schmiedel, weil Sie die nicht wollen!)

(Claus Schmiedel)

Aber Sie sollten eben konstruktiv mitmachen und nicht immer nur Schwarzer Peter spielen.

Damit komme ich jetzt zum Thema Atdorf. Eines geht nicht, nämlich dass Sie sich hier hinstellen und sagen: „Wir sind für ein Pumpspeicherkraftwerk Atdorf; dazu muss man sich bekennen“, und dann fahren Ihre Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten als Gruppe dorthin und bekunden kräftig Solidarität mit der dortigen Bürgerinitiative.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Dass da auch ein paar Grüne dabei waren, um sich das anzuschauen, das will ich jetzt einmal nicht zu hoch hängen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie waren auch dabei!
– Heiterkeit bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

aber dass Sie das in Schwarz-Weiß malen, sollte nicht sein.

(Zuruf von der CDU: Blödsinn!)

Es ist doch logisch: Wir sind dafür; wir brauchen Speicherkapazität, aber es muss ein fairer und transparenter Prozess sein, und der ist im Gang. Dabei wird sich zeigen, ob das Vorhaben realisiert werden kann, ob es zumutbar ist oder nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was machen Sie, wenn es nicht zumutbar ist?)

In diesem Prozess sollten wir möglichst Vorfestlegungen weglassen; denn die schaden der Akzeptanz vor Ort.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was ist denn die Alternative, wenn es nicht zumutbar ist? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das in Göppingen machen! Hohenstaufen!)

– Wir reden jetzt nicht über Alternativen, sondern wir reden über diesen Prozess.

Zum Schluss sage ich Folgendes an die Adresse der Regierung: Wir haben ein gutes Koalitionsprogramm, wir haben eine starke Regierung,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bloß der Schmiedel fehlt!)

wir haben gute Grüne und gute Rote. Wir erwarten ein gutes Jahrzehnt für Baden-Württemberg. Glück auf!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Seite 22 des grün-roten Koalitionsvertrags findet sich der Satz:

Baden-Württemberg ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen in Europa.

Das ist auf jeden Fall einer der Sätze in diesem Koalitionsvertrag, die zutreffen. Es ist eine zutreffende Beschreibung des-

sen, was wir Ihnen, der neuen Landesregierung, jetzt übergeben.

Baden-Württemberg ist nicht nur eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas, sondern auch ein Land, das für das Jahr 2010 das höchste Wirtschaftswachstum aufweist, das die besten Arbeitsmarktdaten hat, insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit. Es ist ein Land mit einem nachweislich exzellenten Bildungsstand. Schlicht: Das Land Baden-Württemberg ist ein Land mit einem extrem hohen Wohlstand, und es ist noch dazu ein Land, in dem die innere Sicherheit gewährleistet ist.

Herr Kollege Kretschmann, als neuer Ministerpräsident erhalten Sie von uns keinen Sanierungsfall, sondern Sie erhalten das Bundesland,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nummer 1!
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mit der höchsten Verschuldung!)

das das Bundesland Nummer 1 in Deutschland ist. Sie erhalten – Kollege Hauk hat völlig recht – ein bestelltes Haus, ein bestelltes Feld. Wir hoffen sehr, dass Sie etwas daraus machen.

Sie erhalten jetzt ein Übergabeprotokoll.

(Der Redner überreicht Ministerpräsident Winfried Kretschmann ein Dokument. – Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, aus landespolitischen Gründen haben Sie diese Wahl nicht gewonnen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sondern weshalb?)

Wir wissen, welche Gründe für den Ausgang dieser Landtagswahl maßgeblich gewesen sind. Sie haben vielleicht die Chance, irgendwann zu einer Bürgerregierung zu werden. Sie sind es am Eingang Ihrer Regierungszeit jedoch nicht; denn wenn ich mir das Ergebnis dieser Landtagswahl anschau, dann sind Sie zunächst bestenfalls eine „Wutbürgerregierung“.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist unglaublich!)

Zur Bürgerregierung müssen Sie erst noch werden. Wir, meine Damen und Herren, kündigen an: Wir werden eine Bürgeropposition sein. Wir werden eine konstruktive und kritische Bürgeropposition sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die Wähler passen Ihnen wohl nicht? – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wählen Sie sich doch ein neues Wahlvolk!)

Es wird in fünf Jahren darum gehen, zu sehen: Wo steht Baden-Württemberg jetzt? Daran werden Sie gemessen.

Wir von der FDP/DVP-Fraktion sind durchaus bereit, Ihnen an der einen oder anderen Stelle konstruktiv zu helfen, nämlich dort, wo wir in Ihrer Regierungserklärung oder in Ihrem Koalitionsvertrag Punkte gefunden haben, die auf unsere Zustimmung treffen. Wenn Sie die Direktwahl der Landräte

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

durchsetzen wollen, werden Sie die FDP/DVP-Fraktion an Ihrer Seite haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr gut!)

Wenn Sie ein Informationsfreiheitsgesetz vorschlagen, werden wir zustimmen. Wir wollten ein solches Informationsfreiheitsgesetz schon lange. Wir konnten uns in der Koalition mit der Union an dieser Stelle nicht durchsetzen. Das haben Koalitionen so an sich. Das merkt man auch bei Ihnen schon. Aber wir sind durchaus gesprächsbereit, was ein Informationsfreiheitsgesetz anbelangt.

Wir sind durchaus auch bereit, Sie zu unterstützen, wenn es um die Besserstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften geht, und wir sind bereit, mitzuwirken, wenn es um die Verbesserung der Diamorphinbehandlung von schwer Drogenabhängigen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr gut!)

Es gilt auch unser Angebot und unser Versprechen, uns zu beteiligen, wenn es darum geht, das in der Landesverfassung festgelegte Quorum abzusenken, damit mehr Bürgerbeteiligung möglich wird und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass eine Volksabstimmung auf Landesebene gelingt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die derzeitigen 20 % gelten, meine Damen und Herren; sie gelten auch unabhängig vom Zeitpunkt, zu dem Sie einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag von Baden-Württemberg einbringen.

Ich sage aber auch sehr deutlich: Was wir nicht wollen, ist eine „Lex Stuttgart 21“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Es kann nicht darum gehen, dass Sie Ihren „Ehrestreit“ um Stuttgart 21 dadurch entschärfen, dass Sie das Quorum in der Landesverfassung nur mit Blick auf Stuttgart 21 absenken.

(Abg. Winfried Mack CDU: Genau!)

Ehrlicher wäre es, für Stuttgart 21 eine vernünftige Lösung zu finden und dann – und zwar ganz grundsätzlich – über dieses Quorum in der Landesverfassung zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu konstruktiver Zusammenarbeit aufgefordert. Sie haben dazu aufgefordert, man möge die Gräben des Wahlkampfes überwinden, man möge sich doch jetzt im Landtag von Baden-Württemberg „wieder lieb haben“. Wir sind zu dieser konstruktiven Zusammenarbeit bereit. Aber das muss dann auch für die Regierungserklärung gelten. Doch wenn man sich all die Polemiken dieser Regierungserklärung anschaut, insbesondere was die Haushaltspolitik anlangt, Herr Ministerpräsident, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass Sie von uns etwas erwarten, was Sie selbst nicht zu leisten bereit sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Schwarzmalerei der finanziellen Lage des Landes ist keineswegs konstruktiv, sondern offensichtlich der Versuch, die Latte für die eigene Finanzpolitik so tief zu legen, dass man selbst noch im Kriechgang hinüberkommt. Das ist offensichtlich das, was Sie vorhaben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn nun die Behauptung aufgestellt wird, Baden-Württemberg sei, wenn man genau nachrechnet, bei der Verschuldung, bei der finanziellen Lage bundesweit das letzte, das schlechteste Bundesland, sage ich:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Miesmacher!)

Verehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, derjenige, der Ihnen das im Staatsministerium ausgerechnet hat, hat wahrscheinlich Mathematik schon in der Einheitsschule gelernt, die Sie vorhaben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war Herr Stratthaus, als er Finanzminister war!)

Ich wundere mich auch darüber, dass der Kollege Finanzminister Schmid nun in einem Interview sagt, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich werde keinen Erfolg haben, das taue alles nichts. Herr Kollege Schmiedel, warum hat dann Ihre Fraktion im Februar 2011 gemeinsam mit der Union und mit unserer Fraktion dem Entschließungsantrag zugestimmt, wenn Sie das so sehen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Andreas Deuschle CDU: Es gilt das gebrochene Wort!)

Die Regierungsverantwortung scheint also im Sinne des geflügelten Wortes, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt, das Bewusstsein der SPD verändert zu haben.

Wenn ich mir anschau, welche Versprechungen Sie in die Welt gesetzt haben – Ausbau der Kleinkindbetreuung, Umsetzung des Orientierungsplans, Mittagessen in Ganztagschulen –, dann muss ich sagen: Das alles sind hehre Ziele. Das alles sind Ziele, die auch wir haben, aber das sind Ziele, die finanziert werden müssen. Wenn man das alles zusammenzählt, haben Sie bereits über 1 Milliarde € an neuen Ausgaben, die zusätzlichen Versprechungen zur Schulsozialarbeit noch gar nicht eingerechnet. Unklar bleibt weiter, wie Sie Ihre Ankündigung finanzieren wollen, das Landeskrankenhausprogramm deutlich besser auszustatten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Gesetz!)

Herr Kollege Schmiedel, Sie haben ausgiebig über „Löcher“ gesprochen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht im Gesetz drin!)

– Es steht nicht im Gesetz, welchen Umfang das haben soll.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch, das sind Investitionen!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie wollen das deutlich ausweiten, aber Sie sagen nicht, wie Sie es finanzieren wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warten Sie doch ab!)

Sie sagen auch nicht, wie Sie die zusätzlichen Ausgaben für die Landesstraßen finanzieren wollen. Das sind Milliarden an zusätzlichen Ausgaben, und gleichzeitig kündigen Sie an, eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts vornehmen zu wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Dann müssen Sie auch sagen, wo Sie sparen. Das steht weder im Koalitionsvertrag, noch hat der Kollege Kretschmann, noch hat die Kollegin Sitzmann, noch haben Sie bis zum heutigen Tag auch nur ein Wort zum Thema Sparen verloren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Ihr Koalitionsvertrag strotzt nur so vor kostenträchtigen Versprechungen. Alles, was Sie bisher zur Gegenfinanzierung in die Welt gesetzt haben, ist die Grunderwerbsteuer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das einzig Verlässliche! Steuererhöhung! – Gegenruf von der SPD: Das war Ihr Vorschlag!)

Es stand im grünen Wahlprogramm, man wolle sie von 3,5 auf 4,5 % erhöhen. Von der SPD hat man zu Beginn der Koalitionsverhandlungen gehört: Das wollen wir nicht; man sollte nicht mit einer Steuererhöhung in eine Koalition starten. Der Kompromiss, den Sie dann gefunden haben, sind 5 %. Auf 5 % Erhöhung haben Sie sich geeinigt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Merkel-Steuer lässt grüßen! Das war doch auch so!)

Das sind insgesamt 300 Millionen €. Davon fließt vermutlich die Hälfte den Kommunen zu.

Diese Gegenfinanzierung erinnert an Ihre frühere Argumentation mit der Landesstiftung, bevor einer der Ihren dort die Geschäftsführung übernommen hat. Immer wenn gefragt wurde, wie man etwas finanzieren solle, hieß es: Auflösung der Landesstiftung. Diese Landesstiftung haben Sie bestimmt 20-mal aufgelöst, um irgendwelche Finanzierungsvorschläge zu machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Rothaus!)

So ähnlich ist es jetzt mit diesen 150 oder 300 Millionen € bei der Grunderwerbsteuer.

Es ist schon bemerkenswert, welchen Bären der Ministerpräsident uns gestern in diesem Zusammenhang hat aufbinden wollen. In der Regierungserklärung stand, er wolle die Grunderwerbsteuer erhöhen, damit junge Familien mehr Eigenheime bauten. Mit Verlaub, Herr Ministerpräsident – ich sage das in großer Demut als Vertreter der Altparteien und in großer Demut auch als Vertreter der FDP/DVP –: Die nächste Erfahrung, die Sie machen werden – die auch andere schon gemacht haben –, wird sein: Wenn man sich an die Bevölkerung wendet, ist es wesentlich einfacher, aus der Opposition heraus und im Wahlkampf die Leute für dumm zu verkaufen, als es das

aus der Regierungsverantwortung heraus ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: Haben Sie Erfahrung, Herr Rülke? – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Schnell gelernt!)

– Ich habe ja gesagt: Ich sage das in aller Demut. Die Erfahrung ist auch bei der SPD schon vorhanden. Die Erfahrungen bei den Grünen sind vielleicht etwas geringer. Aber das ist ein Ansatzpunkt,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Für Ihren Politikstil! Super!)

bei dem Sie diese Erfahrung ziemlich schnell machen werden.

Die ab den Jahren 2019/2020 geplante Nullneuerschuldung, meine Damen und Herren – statt 2014 –, wäre schon 2011 möglich, wenn man hinreichend ehrgeizig wäre. Es ist auch interessant und bemerkenswert,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

was zu den zusätzlichen Steuereinnahmen gesagt wird. Es wird nicht gesagt, man wolle diese zusätzlichen Steuereinnahmen insgesamt und vollständig zur Bekämpfung der Neuverschuldung nutzen, sondern „überwiegend“, ein bisschen. Man lässt sich Spielraum. Wir wissen genau, was Sie vorhaben, meine Damen und Herren.

(Zuruf von den Grünen: Oh! – Zuruf von der SPD: Aha!)

Sie wollen die Verschuldung nur teilweise bekämpfen und stille Reserven im Haushalt verstecken, damit Sie nachher das eine oder andere ambitionierte Programm, das Sie bis jetzt im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung nur andeuten, umsetzen können. Wir werden den Haushalt sehr genau abklopfen, denn diese „Tricks“, die Sie uns unterstellen, Herr Kollege Schmiedel, führen Sie selbst im Schilde.

(Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler und Claus Schmiedel SPD)

Aber wir werden Ihnen schon auf die Schliche kommen.

Wenn man sich die Finanzpolitik insgesamt anschaut, meine Damen und Herren, kann man nur eines sagen. In der Regierungserklärung findet sich der Satz – ich zitiere –:

Unser Koalitionsvertrag wurde weitgehend positiv aufgenommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stimmt!)

Ja, meine Damen und Herren, aber weitgehend von denjenigen, die ihn nicht gelesen haben.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bürgerbeschimpfung!)

Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

– Das ist meine Interpretation. So ist es. Es ist auch meine Interpretation, dass es im Land Baden-Württemberg nicht be-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sonders gut angekommen ist, als der Ministerpräsident erklärt hat, es solle künftig weniger Autos in Baden-Württemberg geben, es sollten künftig weniger Autos produziert werden.

Meine Damen und Herren, im Land Baden-Württemberg sind 200 000 Beschäftigte in der Automobilindustrie tätig, wobei nicht einmal alle Zulieferer mitgerechnet sind. In dieser Industrie werden 70 Milliarden € Umsatz gemacht. Es gibt eine starke Exportorientierung. Große Automobile, Herr Ministerpräsident, werden übrigens häufig auch auf den amerikanischen Markt exportiert. Das ist typisch für die Wertschöpfung in Baden-Württemberg und garantiert letztlich auch den Wohlstand des deutschen Südwestens. Daran sollte man nicht die Axt anlegen. Es hilft auch nicht, wenn man dann in der Regierungserklärung versucht, aus Carl Benz sozusagen den ersten Grünen zu machen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/
DVP und der CDU)

Auch das technische Verständnis in dieser Passage der Regierungserklärung ist etwa in dieser Zeit stehen geblieben, wenn man noch viele Jahre nach dem Dreiwegekat vom Vergaser redet, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/
DVP)

Der Staat solle nicht bestimmte Technologien fördern, steht in diesem Koalitionsvertrag. Der Staat solle nicht bestimmte Technologien fördern, haben Sie, Herr Ministerpräsident, gestern gesagt. Gleichzeitig aber erklären Sie, er solle stimulierende Rahmenbedingungen setzen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Richtig!)

Was sind denn „stimulierende Rahmenbedingungen“? Das kann doch nur heißen, dass man bestimmte Technologien oder bestimmte Produkte fördern will, damit sie sich am Markt durchsetzen, obwohl sie sich sonst nicht durchsetzen würden. Sie versuchen, auf der einen Seite zu erklären, dass Sie Marktwirtschaftler seien. Auf der anderen Seite weisen Sie die Fährte in die Staatswirtschaft. Das wurde in der Regierungserklärung an dieser Stelle formuliert.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Peter Hauk
CDU)

Angeblich stehe diese Regierungskoalition für eine neue Gründerzeit, meine Damen und Herren. Sie führen dann auch die Kronzeugen der ersten Gründerzeit auf: Daimler, Benz, Bosch, BASF – im Wesentlichen Unternehmerpersönlichkeiten. Dann aber wollen Sie uns deutlich machen, jetzt komme eine zweite Gründerzeit, und die Protagonisten dieser zweiten Gründerzeit seien politische Parteien, nämlich Grün und Rot. So wird diese Gründerzeit nicht funktionieren, meine Damen und Herren, und auf diesem Weg, den Sie in Ihrer Regierungserklärung vage angedeutet haben, schon gar nicht.

Auch bei der Straßeninfrastruktur wundert man sich über das, was einerseits kommuniziert wird und was andererseits im Koalitionsvertrag steht. Auf Seite 28 lesen wir: Sie wollen Straßeninfrastruktur erhalten und ausbauen. Das haben Sie oder die Grünen wahrscheinlich bei der Endredaktion überse-

hen. Denn soweit ich gehört habe, wollen die Grünen keine neuen Straßen bauen. Sie sollten sich schon einmal darauf verständigen, was Sie unter Infrastruktur verstehen. Sie sollten sich auch darüber verständigen, wie Sie generell zur Automobilwirtschaft stehen. Sie sollten sich darüber verständigen, wie Sie zum Automobil insgesamt stehen. Man hört aus Ihren Reihen sehr Unterschiedliches. Die SPD hat Benzin im Blut, die Grünen haben die Sonne im Herzen. Dem Land Baden-Württemberg ist zu wünschen, dass auch einer dabei ist, der etwas im Hirn hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der
CDU – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel
GRÜNE: Unverschämt!)

Bemerkenswert sind auch die Aussagen, die in diesem Koalitionsvertrag über die Schieneninfrastruktur zu lesen sind. Plötzlich sind die Grünen für die Rheintalstrecke.

(Zuruf: Sehr gut! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:
Das waren wir die ganze Zeit!)

Sie sind auch dafür, sich am Lärmschutz zu beteiligen. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir im vergangenen November im Landtag von Baden-Württemberg darüber abgestimmt haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die haben es ab-
gelehnt!)

CDU, FDP/DVP und SPD waren der Meinung, das sollte man tun. Sie als Grüne haben als Einzige dagegen gestimmt, weil Sie sich mit einem Gutachten, das Sie zu Stuttgart 21 eingeholt hatten und das Ihnen dann bei der Rheintalbahn auf die Füße gefallen ist, selbst ausgetrickst hatten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Dagegen-
Partei“ waren sie damals noch!)

Es wäre ein Beleg der Offenheit und Ehrlichkeit, Sie würden das zugeben und würden der Bevölkerung auch erklären, warum Sie damals so abgestimmt haben und jetzt im Regierungsprogramm etwas anderes steht.

Mehr oder weniger elegant umschiff, Herr Ministerpräsident, haben Sie das Thema Stuttgart 21. In Ihrer Regierungserklärung sagten Sie: „Stuttgart 21 bleibt kontrovers.“ Viel mehr hatten Sie zu diesem Thema nicht zu sagen. Ich erinnere daran, dass all die Diskussionen über Stresstests, Volksabstimmung und darüber, wie man dieses Projekt nach Möglichkeit zu Fall bringen kann, nicht gerade besonders stimulierend auf Investoren wirken,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

die sich überlegen, ob sie in Baden-Württemberg eine Investitionsentscheidung vornehmen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass das in nächster Zeit im Bereich des Verkehrs und der Infrastruktur mit dem neuen Verkehrsminister besser wird, der möglicherweise – ich darf Sie zitieren, Herr Kollege Schmiedel – „Minister für Spekulationen“ wird

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Dr.
Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Spekulationsmi-
nister!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und sogar Spekulationen verbreitet, die einander ausschließen. Mit Verlaub, bisher war der Begriff des Fehlstarts in der deutschen Bevölkerung mit dem Zehnkämpfer Jürgen Hingsen verbunden; künftig wird es Winne Hermann sein,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn er alles abgegeben hat, hat er keinen Geschäftsbereich mehr!)

an den jeder denkt, wenn er von Fehlstart hört.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Es ist bemerkenswert: Die SPD redet über „Fehlstart-Hermann“ und die Grünen über „Beton-Schmiedel“. So viel zur Liebesheirat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Herr Hermann meint es wirklich so! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Claus will immer bauen!)

– Er meint es wirklich so, möglicherweise.

Ihre Liebesheirat, Herr Kollege Schmiedel, erinnert fatal an die zahlreichen Eheschließungen von Elizabeth Taylor und Richard Burton.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben besser ausgesehen als Sie!)

– Ja.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Heiterkeit)

– Herr Kollege Drexler, ich gehöre zwar der FDP/DVP an, aber ich würde Sie nie heiraten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts gegen Herrn Westerwelle!)

An Ihrem Traualtar führte noch Rosamunde Pilcher Regie, drei Wochen später heißt es schon: Wer hat Angst vor Virginia Woolf?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit)

Der gemeinsame Sound, den Sie versprochen haben, ist eine Dissonanz. Wenn ich mir so anschau, was der neue Verkehrsminister zum Besten gibt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist ehrlich!)

meine ich, da könnte man ihm die berühmte Blume schenken. Einmal sagt er: „Wir beteiligen uns an den Baustoppkosten.“ Dann sagt er plötzlich: „Wir beteiligen uns nicht an den Baustoppkosten.“ Dasselbe gilt für den eigenen Fahrplan zum Stresstest. Einmal sagt er: „Wir haben einen eigenen Fahrplan.“ Dann sagt er: „Wir haben keinen eigenen Fahrplan.“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist schon sehr bemerkenswert.

Dann stellt sich natürlich auch die Frage, wer für Stuttgart 21 zuständig ist, wenn Sie diese Zuständigkeit an die SPD abgeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Sozialministerin!)

Vielleicht ist es die Integrationsministerin. Oder wer soll das zukünftig machen?

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Gibt dann Herr Schmid auch die Zuständigkeit für den Haushalt ab, wenn Ihnen die Schulden über den Kopf wachsen?

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Ihre Vorstellungen sind also schon sehr zuversichtlich angesichts dessen, was mit dieser Landesregierung auf das Land Baden-Württemberg zukommt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ich wundere mich auch über Ihre Haltung zur Neubaustrecke Ulm–Wendlingen. Mitte 2010 haben Sie bei einem großen öffentlichen Auftritt noch wortreich verkündet: „Ulm–Wendlingen ist uns jetzt zu teuer. Wir rücken von Ulm–Wendlingen ab.“ Wenn man aber den Koalitionsvertrag liest, reibt man sich die Augen. Da heißt es nämlich: „Wir sind uns einig: Ulm–Wendlingen wird gebaut.“

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gut so! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist das in Koalitionen! – Abg. Martin Rivoir SPD: Koalitionen kennen Sie ja!)

Auch ein Wort der Erklärung der Grünen zu Positionen, die in der Opposition gelten, in der Regierung dann aber offensichtlich nicht mehr, wäre hilfreich.

Meine Damen und Herren, deutlich wird, dass die Wirtschaftspolitik insgesamt ein Stiefkind dieser Landesregierung ist. Sie haben das Wirtschaftsministerium ausgeweidet. Sie haben es zerschlagen, und in Ihrem Koalitionsvertrag und auch in der Regierungserklärung finden sich dazu keine neuen Ideen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Die Zukunftsfelder der Innovationspolitik haben Sie bei uns abgeschrieben,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

ebenso wie das Thema Innovationsgutscheine. Das ist alter Wein in neuen Schläuchen.

Auch zur Wohnungsbaupolitik ist nichts Neues zu lesen und zu hören. Innenentwicklung vor Außenentwicklung – so waren unsere Programme schon vor Jahren gestrickt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bloß ist nichts passiert!)

Wenn Sie jetzt zur Wohnraumförderung ankündigen, ein Verhältnis von Mietwohnraumförderung zu Eigenheimförderung von 4 : 1 anzustreben, kann ich Ihnen nur sagen: Da werden

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie scheitern, weil es sich angesichts der Bundesgesetzgebung nicht wirklich lohnt, in diesem Umfang in die Mietwohnraumförderung zu investieren.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Soziale Wohnraumförderung! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Versagt habt ihr!)

Die Belastung der Wirtschaft durch Bildungsfreistellungen ist das nächste Thema.

Interessant ist auch, in der Regierungserklärung des Kollegen Kretschmann sinngemäß zu lesen: „Wir werden in Baden-Württemberg neue Wege entwickeln, um den Langzeitarbeitslosen zu helfen.“ Das ist hochinteressant. Aber man hätte sich gewünscht, zu erfahren, wie diese Wege aussehen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Lesen!)

Es sind immer nur Ankündigungen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bla, bla, bla!)

und Lyrik, die sich wohlklingend anhört.

(Zuruf von der FDP/DVP: Und schöne Zitate!)

Aber wenn es konkret wird, wird gekniffen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bla, bla!)

Der Mittelstand, die Familienunternehmen, das Rückgrat unserer Wirtschaft – Herr Schmiedel, Sie sind vorhin darauf zu sprechen gekommen –, dies alles sucht man in der Regierungserklärung vergeblich. Da wird nur über ein paar Großunternehmen gesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber es wird eben nicht deutlich, wie wichtig der Mittelstand und die Familienunternehmen gerade für die Wirtschaft in Baden-Württemberg sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Herr Kollege Hauk hat es angesprochen: Der ländliche Raum kommt ebenfalls zu kurz. Aber wegen all diesem sind Sie ja nicht gewählt worden. Worüber wir zu reden haben, ist natürlich die Energiewende.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich finde es auch bemerkenswert, zu hören, was der neue Ministerpräsident zum Thema Energiepolitik zu sagen hat. Er kündigt an: Es darf keinen Stromimport geben. Ich kann nur sagen: Einverstanden. Er kündigt an: Es darf keine Preisexplosion geben. Ich kann nur sagen: Einverstanden. Er kann auch mit unserem Einverständnis rechnen, wenn er sagt: Es darf keinen Ausbau des Einsatzes fossiler Energieträger geben.

Nur stellt sich die Frage, wie Sie dann diesen beschleunigten Ausstieg schaffen wollen. Dazu hätten wir gern ein Konzept. Ihr Weg zur Energiewende, meine Damen und Herren, bleibt

unklar. Ein Anteil der Windkraft von 10 % an der Stromerzeugung – das haben wir schon lange gehört – ist ein ambitioniertes Ziel. Dieses Ziel vertritt der Windkraftverband schon seit Jahren. Wir haben uns mit der alten Landesregierung darum bemüht, die Windkraftnutzung auszubauen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Behindert!)

Sie mögen sagen, das sei nicht weit genug geschehen. Ich bin durchaus bereit, dies einzuräumen. Wir sind beim Thema Windkraft nicht so weit gekommen, wie wir es uns vorgestellt hatten. Gern einigen wir uns auf diese 10 %. Aber dann müssen Sie noch immer mitteilen, woher die anderen 90 % des Stroms kommen sollen. Dazu schweigt sich der Koalitionsvertrag völlig aus.

Der Ministerpräsident ist gestern in seiner Regierungserklärung etwas konkreter geworden. Er hat nämlich das revolutionäre Angebot unterbreitet, Solaranlagen auf landeseigenen Dachflächen anzubringen. Das Dach der Villa Reitzenstein könnte sozusagen der Ausgangspunkt der Energiewende in Baden-Württemberg sein. Wir würden uns dazu schon noch ein paar konkretere Vorschläge wünschen.

Herr Ministerpräsident, Sie setzen immer wieder in die Welt, Sie könnten sich auch ein Endlager in Baden-Württemberg vorstellen. Sie sollten konkret sagen, wo dieses Endlager sein soll. Welche Gesteinsschichten und welche Regionen des Landes kommen infrage? Erklären Sie nicht nur immer, Sie könnten sich Baden-Württemberg als möglichen Ort für ein Endlager vorstellen. Wir würden gern den Ort wissen.

Der Umweltminister ist zwar heute nicht da, aber vielleicht können Sie es ihm ausrichten; oder vielleicht können wir auch noch heute darüber reden, wenn es um die Geschäftsbereiche der Ministerien geht: Ich finde es bemerkenswert, dass im Umweltministerium künftig nicht nur die Atomaufsicht, sondern auch die Landesregulierungsbehörde angesiedelt werden soll. Dann wird von einem Ministerium aus in beide Richtungen kontrolliert.

Seien Sie einmal ehrlich, meine Damen und Herren von Grün-Rot: Was hätten Sie gesagt, wenn wir in der letzten Legislaturperiode die Atomaufsicht ins Wirtschaftsministerium geholt hätten?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ausgelost!)

Was Sie vorhaben, ist schon bedenklich. Dasselbe gilt für das operative Eingreifen bei der EnBW, was Sie im Grunde auch angekündigt haben. Ich gehe davon aus, dass auch der Vorstandsvorsitzende der EnBW, Herr Villis, mittlerweile etwas mit dem Begriff „Beton-Schmiedel“ anfangen kann.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hoffentlich!)

Abschließend noch zum Thema „Herkunft und Bildung“. Sie tragen immer als Monstranz vor sich her, dass Sie die Bildung in Baden-Württemberg gerechter gestalten wollen. Dies wird immer wieder mit der Behauptung versehen, in Baden-Württemberg sei die Herkunft der Menschen wesentlich für den Bildungserfolg verantwortlich. Auch da frisieren Sie die Statistiken. Schauen Sie sich einmal den Bildungserfolg der Menschen in Baden-Württemberg an. In der Tat haben Kinder und

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Jugendliche ohne Migrationshintergrund einen besseren Bildungserfolg als diejenigen mit Migrationshintergrund. In anderen Bundesländern ist dies jedoch genauso.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Viel schlimmer!)

Ich füge hinzu: Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben in Baden-Württemberg noch immer einen größeren Erfolg als diejenigen ohne Migrationshintergrund in Bremen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Das ist es!)

Sie unterschlagen in diesem Zusammenhang immer wieder die Erfolge des beruflichen Bildungswesens und die Durchlässigkeit dieses Systems.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es!
Jeder hat seine Chance in Baden-Württemberg!)

Das bleibt bei Ihnen stets ausgeklammert, um Ihre ideologische Bildungsposition durchsetzen zu können. Sie werden feststellen, dass all das, was Sie vorhaben, nicht zu größerer, sondern zu geringerer Bildungsgerechtigkeit führt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Im Werkrealschulbereich wollen Sie beispielsweise gegen das ausdrückliche Votum des Handwerkstags die Kooperation mit den Berufsfachschulen kippen. Sie erklären, der Zugang zur akademischen Bildung dürfe nicht an finanziellen Hürden scheitern; trotzdem verweigern Sie sich nachlaufenden Studiengebühren. Sie vergrößern die Bürokratie im Hochschulbereich, beispielsweise durch dieses seltsame bundesweite Serviceverfahren, das zur „Studentenlandverschickung“ angekündigt wurde.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben die Abschaffung von Obergrenzen bei Master- und Bachelorstudiengängen vor, was dazu führt, dass wir in Baden-Württemberg wieder mehr Langzeitstudenten bekommen. Sie werden eine Verwirrung zwischen G 8 und G 9 schaffen, wenn ein Gymnasium einen G-8- und einen G-9-Bildungsgang vorhalten soll, was organisatorisch zu einer Katastrophe wird und zu einer Zweiklassengesellschaft an den Gymnasien führen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie die „Zwangsganztagsschule“ und die Einheitsschule einführen, dann werden Sie in diesem Land nicht mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen, sondern dann werden diejenigen, die es sich leisten können, ihre Kinder auf die Privatschulen schicken, und dann haben Sie genau diese Bildungsungleichheit und die Zweiklassengesellschaft, die Sie angeblich verhindern wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann haben Sie alle möglichen Schulmodelle, alle möglichen Schultypen nebeneinander. Es wurde schon auf die Gefahr eines Flickenteppichs aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass man, wenn man innerhalb Baden-Württembergs umzieht

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Innerhalb der Gemeinde!)

– möglicherweise innerhalb der Gemeinde –, Schwierigkeiten bekommen kann, einen vernünftigen Schultyp für die Kinder zu finden. Das alles ist unausgegoren. Ich kann Ihnen nur sagen: Lassen Sie ab von diesen Bildungsplänen!

(Zuruf: Teufelszeug!)

Schließen Sie sich an das an, was in Baden-Württemberg über Jahrzehnte erfolgreich gewesen ist, nämlich das gegliederte Schulsystem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Abschließend kann man zu diesem Koalitionsvertrag, kann man zu dieser Regierungserklärung nur sagen: Als Oppositionspolitiker kann man sich freuen. Sie liefern eine Steilvorlage nach der anderen.

(Zuruf: Aber Sie nutzen sie nicht!)

Wer sich aber nicht darüber freuen kann, meine Damen und Herren, das sind die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Ich hoffe sehr, dass diese Regierung besser wird als die Regierungserklärung und besser wird als Ihr Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erhält nun Herr Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Entschuldigung: Frau Präsidentin.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich danke dem Hohen Haus für die lebendige und muntere Debatte zur Regierungserklärung: den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung, den Oppositionsfraktionen für die kritische Würdigung.

Herr Kollege Hauk, Sie haben gesagt, eigentlich bestehe in den Zielen Einigkeit: nachhaltige Politik, Chancengerechtigkeit, Haushaltssanierung. Über die Wege müssen wir dann differenziert diskutieren. Ich finde, das ist eine ganz gute Grundlage, um im Spiel von Regierung, Regierungskoalition und Oppositionsfraktionen gemeinsam produktiv in die Zukunft zu wirken. Ich kann mir auf dieser Grundlage eigentlich eine gute Auseinandersetzung vorstellen. Das hat mir gut gefallen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir sind jetzt 14 Tage an der Regierung. Da kann noch nicht alles rundlaufen. Das ist ein harter Job; das merken wir. Aber auch Sie haben sicher gemerkt: Auch das Opponieren ist nicht so einfach, wie man denkt.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte Ihnen da jetzt keine großen Ratschläge erteilen.

(Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bloß nicht! – Zurufe von der CDU)

Jeder macht Opposition so, wie er es für richtig hält. Ich kann nur sagen: Davon, es so zu machen, wie Sie es heute gemacht haben, habe ich meiner Fraktion, solange ich noch in der Opposition war, abgeraten.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber irgendwie ist die Fraktion nicht gefolgt!)

Immer nur ein bisschen herumzumäkeln und herumzubohren, das kann man schon machen, aber dafür ist noch lange Zeit. In den Zielen haben Sie aber im Großen und Ganzen Einigkeit mit uns bestätigt, und das habe ich in der Regierungserklärung auch formuliert.

(Unruhe)

Aber ich habe eigentlich nicht erkannt, welche anderen Wege Sie gehen wollen. Sie haben jetzt zwar unseren Weg im Detail kritisiert, aber ich habe nicht erkennen können, was Ihr anderer Weg ist, den Sie gehen wollen, um dieses Land zum Erfolg zu führen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte einfach noch einmal sagen: Das wünsche ich mir. Es tut diesem Parlament und dem Land gut, wenn wir uns über unterschiedliche Wege streiten. Ich hoffe, dass dies in der Zukunft noch etwas klarer und präziser wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir auch!)

Lassen Sie mich zu ein paar Dingen etwas bemerken. Sie müssen erst einmal sehen: Wir nehmen die Frage, ob unser Wirtschaftsmodell und unsere Wirtschaftspolitik mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen vereinbar sind, ernst.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Sie rückt mit dieser Regierung in den Mittelpunkt des Regierungshandelns. Von dieser Politik der Nachhaltigkeit werden wir uns von niemandem abbringen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In der Tat halte ich ein Wirtschaftsmodell, das z. B. die Atmosphäre als kostenlose Deponie für CO₂ betrachtet – mit den gravierenden Folgen, die das für unseren Planeten hat –, für einen geliebten Wohlstand. Daran halte ich in der Tat fest. Davon werde ich mich auch nicht abbringen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist keine grüne Spielwiese. Es ist eine Verpflichtung für uns alle, und es ist eine Jahrhundertaufgabe. Wir werden uns ihr stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind glücklicherweise dazu in der Lage, weil wir jetzt in der Tat – da haben Sie völlig recht – ein starkes Bundesland regieren, ein Bundesland mit einer starken Wirtschaft,

(Abg. Joachim Kößler CDU: Prima!)

mit einem starken Mittelstand

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

und einem guten Handwerk.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind lernfähig!)

Das wissen wir. Weil wir das wissen, haben wir die Chance,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wollt ihr das ändern?)

Ökologie und Ökonomie auf einen gemeinsamen Weg zu bringen. Wir können zeigen, dass das auch möglich ist. Wir werden uns mit aller Energie und aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, daranmachen. Da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich habe gestern noch einmal gesagt: Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Verpflichtung in der Wirtschaft. Es ist die große Zukunftschance. In Zukunft wird unsere Wirtschaft, werden Mittelstand und Handwerk ihre Wettbewerbschance auf den Weltmärkten mit nachhaltigen Produktlinien, mit energie- und ressourcensparenden Produktlinien nutzen. Das ist die Chance, die wir haben. Wir werden sie zusammen mit der Wirtschaft entschlossen angehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Erfreuliche ist: Was wir wollen, wird überall schon gemacht, zumindest in den Anfängen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, das durch einen klaren ordnungspolitischen Rahmen zu bestärken und zu beschleunigen. Denn wir wissen: Das Zeitfenster zum Klimawandel ist sehr viel kleiner und enger, als wir noch vor einiger Zeit dachten. Deswegen ist es die Aufgabe, unsere Wirtschaft in Qualität und Breite so aufzustellen, dass sie diesen Weg erfolgreich nehmen kann, zu Hause und auf den Weltmärkten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Und wie? Was, Herr Ministerpräsident, wollen Sie machen?)

Herr Kollege Hauk, das hat natürlich nichts mit Planwirtschaft zu tun, sondern es ist eine Rahmensezung, in der sich sozial-ökologische Marktwirtschaft überhaupt erst entfalten kann. Das ist der Weg. Wir sind in der Tat und ich bin tatsächlich ein großer Anhänger der sozialökologischen Marktwirtschaft, aber Gegner eines blinden Kapitalismus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Tanja Gönner und Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Zuruf von der CDU: Das ist ein schöner Allgemeinplatz!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir haben deswegen die Möglichkeit, mit unserer Wirtschaft, die hervorragende Forschungs- und Entwicklungsabteilungen hat, und mit einer gut aufgestellten Hochschul- und Forschungslandschaft – da haben Sie wirklich Gutes bewirkt; um das auch einmal zu sagen –

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

diesen Weg konsequent und erfolgreich zu gehen und die Chancen, die darin liegen, zu nutzen. Deswegen braucht niemand im Land Angst davor zu haben. Denn darin liegen wirklich sehr große Chancen für alle, auch für die Betriebe und die Belegschaften in diesen Betrieben. Dort werden die guten Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen und gesichert. Das werden wir unterstützen. Das ist unser Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Aber wir wissen natürlich, dass wir dies nicht allein machen können. Vielmehr werden wir auf der europäischen und der Bundesebene immer darauf hinwirken, dass wir solche Rahmenbedingungen schaffen, die Druck machen, die beschleunigen, die aber so bemessen sind, dass sie den Unternehmen keine Schwierigkeiten bereiten und sie nicht aus dem Markt drängen, sondern sie im Markt stärken.

Weil unsere Unternehmen so gut aufgestellt sind, können sie ihre Innovationsvorsprünge, die sie sich erarbeiten, durch solche Rahmenbedingungen auf den Märkten realisieren. Darum sind klare, berechenbare Bedingungen der richtige Ordnungsrahmen, den die Unternehmen brauchen, um auf den Märkten erfolgreich zu sein. Deswegen bin ich sicher: Wir werden auf diesem Gebiet gut und hervorragend mit unserer mittelständischen Wirtschaft zusammenarbeiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Selbstverständlich braucht die Wirtschaft dafür die nötigen Infrastrukturen. Aber die Infrastrukturen sind, was die Hardware betrifft, bei uns schon gut ausgebaut.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir können sie verbessern, indem wir für eine intelligente Mobilität sorgen. Aber um das, was Sie wollen – dass wir den Staus einfach hinterherbauen –, umzusetzen, reichen schon die finanziellen Mittel nicht. So einfach ist da die Rechnung.

Deswegen setzen wir auf etwas anderes. Wir setzen auf eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger. Das meine ich, wenn ich sage: Weniger Autos sind besser als mehr.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Jede S-Bahn, die wir bauen, hat doch wohl den Sinn, dass Leute vom Auto in die S-Bahn umsteigen. Andernfalls brauchen wir sie gar nicht zu bauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

Wenn wir solche Dinge machen – das haben wir vor; so steht es richtigerweise im Koalitionsvertrag –, wird letztlich weniger Auto gefahren. Es wird intelligenter Auto gefahren. Die Leute benutzen verstärkt auch andere Verkehrsmittel. Dann gibt es in der Summe wahrscheinlich auch weniger Autos. So

einfach ist die Rechnung. Darüber braucht sich niemand wirklich aufzuregen. Das ist ganz vernünftig und natürlich. Glauben Sie es mir.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte, Herr Kollege Müller.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Ministerpräsident, Sie sprechen davon, man solle den Staus nicht hinterherbauen. Gleichzeitig installieren Sie eine Staatssekretärin für Lärmschutz. Wären Sie mit mir der Auffassung, dass einer der Beiträge zum Lärmschutz darin bestünde, Ortsumgehungen zu bauen, und dass sich Frau Splett deswegen in Zukunft für mehr Straßenbau einsetzen sollte?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abg. Müller, wir verschließen uns dem Bau von Umgehungsstraßen im Einzelfall überhaupt nicht. Das sollten Sie bemerkt haben. Das ist überhaupt nicht der Fall.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schön zu hören!
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Rösler ist dagegen!
– Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Vielmehr stellt sich in erster Linie die Frage, ob wir überhaupt die Mittel dafür haben. Aber Ihr Konzept, von dem Sie glauben, man könne den Verkehr damit so belassen und den Staus einfach hinterherbauen, ist weder ökologisch wünschenswert noch ökonomisch vernünftig, noch bezahlbar. Wir müssen schon zu anderen Lösungen kommen. Das machen und betreiben wir. Glauben Sie es mir.

(Beifall der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Kommen Sie einfach einmal von der Behauptung weg, wir seien gegen jede Straße. Das ist überhaupt nicht der Fall. Kollege Schmiedel hat es gerade ausgeführt. Mit den Mitteln, die wir haben, führen wir begonnene Projekte zu Ende. Wenn Sie nicht eine Politik gemacht hätten, die uns so viel Sanierungsrückstau bei den Landesstraßen überlassen hat, dann könnten wir vielleicht sogar die eine oder andere Umgehungsstraße mehr bauen. So ist es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Insgesamt sollte das Konzept nicht vorsehen, mehr Straßen zu bauen – wir haben schon das dichteste Straßennetz neben den Niederlanden –, sondern eine intelligente Mobilität zu kreieren und daran weiterzuarbeiten. Das ist unser Weg und unser Konzept. Wir gehen eben mehr in die Software und nicht nur in die Hardware.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Intelligente Konzepte sind viel besser und auch kostengünstiger. Darum gehen wir diesen Weg. Das ist der richtige Weg, schon aus ökologischen Gründen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ausführen. Er betrifft die Integrationspolitik. Herr Kollege Hauk, ich finde es schon etwas schräg, wenn Sie schon nach einer Woche den Rücktritt einer Ministerin fordern, nur weil sie aus Berlin kommt

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Peter Hauk CDU:
Nein! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil sie im
Abgeordnetenhaus ist!)

und jetzt noch einige Tage lang aus Gründen, die Sie gar nicht kennen, ihr dortiges Abgeordnetenmandat wahrnimmt. Auch Kollegen aus dem Bundestag haben ihr Mandat noch einige Tage lang wahrgenommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie lange soll das
gehen?)

Ich weiß gar nicht, wo das Problem liegen soll, Herr Hauk. Wir sind ein selbstbewusstes Bundesland, aber wir leben hier nicht im Krähwinkel. Es können auch Ministerinnen aus Berlin gute Arbeit leisten, glauben sie mir das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker
Schebesta CDU: Aber nur, wenn sie da sind!)

Sie sollten jetzt nicht den Eindruck von Kleinkariertheit erwecken. Auch mein Vorgänger Mappus hat aus Bayern eine Kultusministerin geholt. Dagegen war nichts zu sagen.

(Lachen bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Aber die hat nicht doppelt verdient! – Zuruf
von der CDU: Aber die war gleich da! – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Ist sie noch Abgeordnete im
Abgeordnetenhaus oder nicht?)

Jetzt behaupten Sie, wir hätten gar keine Probleme bei der Integrationspolitik. Wir haben weniger Probleme mit der Integrationspolitik als andere, weil wir das Glück hatten, dass unsere Migranten auf lange Zeit sehr gut bei unseren mittelständischen und großen Unternehmen untergekommen sind. Es ist in erster Linie deren Verdienst, dass es möglich war, sie gut in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das wollen wir einmal festhalten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und die Politik hat
nicht geschadet! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:
So ist es! Da braucht man gute Politik!)

Wenn wir aber bei diesem hohen Migrantenanteil heute feststellen, dass wir z. B. im öffentlichen Dienst noch immer unter 1 % Migrantenanteil unter Lehrern oder Polizisten haben, dann stimmt in diesem Land etwas nicht. Deshalb ist es richtig, dass wir ein Integrationsministerium eingerichtet haben, damit wir das ändern und zeigen, dass es auch anders geht. Das werden wir machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des
Abg. Karl Zimmermann CDU)

Lassen Sie mich zu einem dritten Punkt kommen: zur Energiepolitik. Herr Hauk, es gibt schon im grünen Parteiprogramm, aber auch im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu Pumpspeicherkraftwerken. Das haben Sie wohl überlesen. Frau Kollegin Sitzmann hat Ihnen schon gesagt, dass Sie das vielleicht nachlesen sollten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

Im Kern geht es aber darum, dass wir jetzt mit der Bundesregierung und dem Bundestag vor Verhandlungen über die Frage des Ausstiegs aus der Atomenergie stehen. Gern nehme ich Ihr Angebot einer Konsensfindung an. Dazu sind wir selbstverständlich bereit. Mit dieser Haltung werden wir auch in die Verhandlungen mit der Bundesregierung und dem Bundestag gehen, um einen tragfähigen Konsens hinzubekommen, der gewährleistet, dass das Atomzeitalter in Deutschland – dann allerdings unumkehrbar – beendet wird, jedenfalls was die Erzeugung von Atomstrom betrifft. Mit dieser Haltung gehen wir in die Gespräche.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für jede Unterstützung, die uns auf dem Weg zu einem vernünftigen Ziel zuteil wird, sind wir dankbar und werden diese annehmen. Ich warte auf Ihre konkreten Vorschläge.

Es ist klar: Wir wollen schnellstmöglich aus der Atomkraft aussteigen, weil wir gesehen haben, dass wir das Wort Restrisiko aus unserem Vokabular streichen müssen. Das sogenannte Restrisiko hat sich in Fukushima, in Japan – einem Hochtechnologieland –, leider als echtes Risiko erwiesen. Deswegen müssen wir schnellstmöglich aussteigen. Das ist eine Verpflichtung, die wir schon lange gesehen haben – wir haben sie sehr viel früher gesehen als Sie, nämlich schon nach Harrisburg und endgültig nach Tschernobyl. Aber jetzt haben es offensichtlich alle begriffen. Das ist auch gut so.

Ob der Konsens zum Ausstieg gelingt, hängt meiner Ansicht nach in der Tat von drei Randbedingungen ab – grundsätzlich ist es aber wichtig, dass der Ausstieg möglichst schnell erfolgt; denn nur dadurch können wir Risiken überhaupt vermeiden –: Erstens dürfen wir Atomstrom nicht dauerhaft aus anderen Ländern importieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Davon habe ich gesprochen, nicht von Stromimporten allgemein. Ich habe ausdrücklich von Atomstromimporten gesprochen. Selbstverständlich werden wir auch in Zukunft Strom importieren. Wenn beispielsweise ein Projekt wie DESERTEC Wirklichkeit wird oder wenn wir große Trassen nach Norwegen bekommen, spricht überhaupt nichts dagegen, dass wir innerhalb der großen europäischen Netze auch regenerativ erzeugten Strom aus anderen Ländern importieren. Es ging darum, dass wir Atomstrom nicht dauerhaft importieren dürfen. Das würde in der Tat keinen Sinn machen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Zweitens dürfen wir nicht zugunsten der Ausstiegsgeschwindigkeit in eine stärkere Klimagefährdung gehen, und drittens dürfen die Strompreise nicht explodieren. Die Preise werden steigen; auch bislang sind sie schon gestiegen. Aber der Preisanstieg muss moderat erfolgen, sodass er für Verbraucher und Wirtschaft erträglich ist. So werden wir es machen.

Das sind die Randbedingungen. Ich habe den Eindruck, dass hierüber eigentlich Konsens besteht. Also setzen wir diesen Konsens mit den geschilderten Randbedingungen doch gemeinsam um. Im Einzelnen müssen wir darüber verhandeln und auch streiten; das ist klar. Aber ich denke, dass wir dabei zu einem Konsens kommen werden.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wichtig ist für uns jedenfalls, dass die alten Atommeiler sowie das Atomkraftwerk Krümmel dauerhaft abgeschaltet bleiben, also nicht mehr ans Netz gehen. Das heißt, dass bei uns Philippsburg 1 und Neckarwestheim I nicht wieder ans Netz gehen dürfen. Das ist eine klare Bedingung, mit der wir in die Verhandlungen gehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich schließlich noch etwas zur Haushaltskonsolidierung sagen. Wir haben Folgendes beschlossen: Wir werden einen Kassensturz machen, und das Ergebnis dieses Kassensturzes werden wir dem Parlament förmlich zuleiten, entweder in Form einer Regierungserklärung oder auf andere geeignete Weise. Das heißt, das Hohe Haus wird in den nächsten Wochen die Gelegenheit haben, zahlenscharf über das Thema zu debattieren. Auf diese Weise können wir eine seriöse Debatte führen. Glauben Sie mir: Dann werden Polemiken nichts mehr nützen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau! Ihre Polemiken!)

Franz Josef Strauß hat einmal sehr schön gesagt: Man kann Generäle anschreien, Zahlen aber nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Auch die Summe der Steuermehreinnahmen nicht!)

Wir werden alles auf den Tisch legen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Vor allem die Steuermehreinnahmen!)

Folgendes ist jedoch völlig klar: Wir haben bei dem, was wir von Ihnen übernommen haben, in der mittelfristigen Finanzplanung Deckungslücken von rund 3 Milliarden € jährlich.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Abzüglich der Steuermehreinnahmen!)

– Selbst wenn wir die Steuermehreinnahmen nur zur Deckung verwenden würden, wären wir noch immer nicht bei null.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Für 2011 schon! 2011 wären wir bei null! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir hätten das geschafft!)

Das heißt, eine Nullneuerschuldung ist selbst unter Berücksichtigung der Steuermehreinnahmen nicht möglich.

(Widerspruch bei der CDU)

Ihre einfachen Rechnungen zur Nullverschuldung sagen aber nicht, wie man die Deckungslücken füllt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: 2011 haben Sie gar keine Deckungslücke mehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das sind sehr billige Tricks.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt 2011 keine Deckungslücke!)

Ich will das jetzt gar nicht vertiefen.

(Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie weichen aus!)

In vier Wochen werden wir das vorlegen. Das wird hier im Plenum aufgerufen. Dann können wir anhand der Vorlagen des Finanzministeriums sehr konkret diskutieren,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist doch Theaterdonner, sonst nichts!)

und dann wird die Debatte etwas präziser.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kommt wieder eine Erklärung?)

Wir nehmen es sehr ernst, eine Bürgerregierung sein zu wollen. Ich würde Ihnen raten, das auch etwas ernst zu nehmen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir waren schon immer eine Bürgerregierung!)

und die Polemiken etwas zurückzufahren, die Sie auf Lager hatten und die nicht sehr überzeugend waren. Es muss doch uns alle besorgen, meine Damen und Herren, dass laut Umfragen 80 % der Bevölkerung das Vertrauen in die demokratischen Institutionen verloren haben. Es ist Anliegen und Aufgabe dieser Regierung und der sie tragenden Koalition, aber auch von Ihnen, der Opposition,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Baden-Württemberg ist größer als der Schlossgarten!)

sich zu überlegen, was wir dagegen tun können, dass dieser Vertrauensverlust immer weiter wächst, dass dieser Graben zwischen der Bürgerschaft und den Institutionen immer tiefer wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, siehe Stuttgart 21!)

Wir können in ganz Europa sehen, wie überall populistische Bewegungen an Einfluss gewinnen

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: Jawohl!
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das haben wir gemerkt! Aber Baden-Württemberg ist größer als der Schlossgarten!)

und sogar Einfluss auf das Regierungshandeln gewinnen. Das muss uns besorgen. Deswegen sind wir alle aufgefordert, uns neue Formate der Bürgerbeteiligung zu überlegen.

Wir müssen dabei zunächst etwas ganz Einfaches im Auge haben: Wenigstens den Zugang, den starke Interessen- und Lobbygruppen schon heute zu den Institutionen haben, müssen wir auch der Zivilgesellschaft verschaffen. Darum geht es zunächst einmal. Das ist eine ganz einfache und klare Ansage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das nehmen wir ernst, und das werden wir umsetzen. Ich habe dazu eine Staatsrätin mit dem Titel „Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ berufen.

Herr Kollege Hauk, es ist nicht das Ansinnen dieser Regierung, die traditionelle Bürgergesellschaft, wie sie z. B. in Vereinen in diesem Land organisiert ist, gegen eine Bürgergesellschaft auszuspielen, wie sie jetzt in Protesten ihre Anliegen

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

vorbringt. Das ist nicht unsere Absicht, sondern wir schätzen alle Formen der Bürgerbeteiligung:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das haben wir halt gestern vermisst!)

die alten, gewachsenen und die neuen Formen der Bürgerbeteiligung, wie sie sich besonders durch die neuen Medien hervortun. Beides brauchen wir, auf beides sind wir angewiesen, und beide Gruppen haben ein Anrecht darauf, ernst genommen zu werden und an den politischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Das ist unsere Linie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schön, dass wir jetzt die Erklärung zur Regierungserklärung bekommen!)

Es gibt da für uns keine Gruppen erster und zweiter Klasse.

Aber Sie müssten vielleicht schon einmal darüber nachdenken, was Sie mit Ihrer Aussage über „Dagegen-Bürger“ oder „Dagegen-Parteien“ eigentlich angerichtet haben. Selbstverständlich haben wir in diesem Land viele Konflikte.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Sie schüren die!)

Wir müssen mit diesen Konflikten umgehen. Auch in diesen Konflikten – das hat Stuttgart 21 nun klassisch gezeigt – sind Bürgerinnen und Bürger nicht nur gegen etwas, sondern sie bringen ihre Alternativen vor. Das müssen Sie einmal wahrnehmen,

(Abg. Tanja Gönner CDU: Es gibt auch Bürger, die dafür sind!)

und damit muss man umgehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich lade alle dazu ein, sich auch den Kopf darüber zu zerbrechen, wie wir diese Gräben wieder schließen können und wie wir das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wiederherstellen können.

(Unruhe)

Dazu gehört natürlich auch die direkte Demokratie,

(Zuruf von der CDU: Ojemine!)

und zwar so, dass sie wirklich wahrgenommen werden kann und nicht nur ein Angebot der Verfassung ist, das wir aber nicht umsetzen können, weil die Hürden zu hoch sind. Wir müssen die Hürden so senken, dass die Bürgerinnen und Bürger das auch wirklich wahrnehmen können. Auf Gemeindeebene haben wir damit doch beste Erfahrungen gemacht.

Ich bin überzeugt: Wenn wir das tun, wird es die repräsentative Demokratie nicht schwächen, sondern es wird sie stärken und die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt verbessern, weil die Bürgerschaft in solchen Prozessen selbst sieht, wie schwierig es tatsächlich ist, zu Lösungen zu kommen, die nicht spalten, sondern zusammenführen. Diese Erfahrung macht die Bürgerschaft bei solchen Entscheidungen dann selbst. Deshalb ist das ein guter Weg.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe nach dieser Debatte den Eindruck, dass die Regierung mit ihrem Regierungsprogramm auf einem guten Weg ist. Es gab daran wenig sehr grundsätzliche Kritik – mit Ausnahme der Schulpolitik; da halten Sie aber auch nur an Ihren alten Strukturen fest.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bewährte Strukturen!)

Auch hierzu will ich noch einmal sagen: Ich möchte Ihnen das Angebot machen, die Schützengräben dieser alten Kämpfe endlich zu verlassen und uns sehr klar und präzise auf die einzelnen Reformvorhaben einzulassen, aber nicht mit Kampfbegriffen wie „Einheitsschule“ oder Ähnlichem zu operieren; denn so etwas hat niemand vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wenn wir die ersten Gemeinschaftsschulen einführen, weil es dafür vor Ort und aus der Bevölkerung Bedarf gibt, dann sind Sie dazu eingeladen, präzise zu kritisieren und zu beobachten, was daraus wird,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das machen wir!)

und dann ein fundiertes Urteil abzugeben. Aber diese ganzen Polemiken mit den alten Kampfbegriffen sollten wir einmal hinter uns lassen und uns um mehr Konsens in der Bildungspolitik bemühen,

(Zuruf Abg. Winfried Mack CDU)

wie das auch andere Länder sehr erfolgreich machen.

(Unruhe bei der CDU – Zuruf von den Grünen)

Ich möchte noch einmal sagen: Wir sind dazu bereit. Das ist ein Angebot, sehr sachlich und konstruktiv darüber zu reden, denn es geht schließlich um das Beste, das wir haben: unsere Kinder und Jugendlichen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erhält Herr Abg. Hauk für die CDU-Fraktion.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wäre jetzt aber verzichtbar!)

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt, Herr Ministerpräsident, haben wir also die Erklärung zur Regierungserklärung gehört. Die Erklärung zur Regierungserklärung ist aber, glaube ich, weiterhin erklärungsbedürftig, weil sich eher noch mehr Fragen stellen, als sich zuvor gestellt haben. Vor allem wurden von Ihnen erneut keine konkreten Maßnahmen benannt.

Sie haben abermals sehr wortreich die Vernetzung der Verkehrsträger und die neue Mobilität beschrieben. Das einzig Konkrete, das dabei zu hören war, war, dass man mit dem Bau einer neuen S-Bahn-Linie wohl Menschen vom Individualverkehr zum öffentlichen Nahverkehr bringen kann.

(Zurufe der Abg. Manfred Kern GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Peter Hauk)

Diese Weisheit wurde uns auch in der Vergangenheit nicht vorenthalten, ganz im Gegenteil.

Wir haben seit der Übernahme der Zuständigkeit für den Regionalverkehr in Baden-Württemberg den Nahverkehr ausgebaut. Wir haben neue Netze geschaffen, und zwar nicht nur hier in der Region Stuttgart. Ich erinnere an die Region Unterer Neckar und den Bau der dortigen S-Bahn, länderübergreifend bis in die Peripherie hinein, und ich erinnere ebenso an die Regionen Mittlerer und Südlicher Oberrhein; auch dort haben wir den Regionalverkehr auf der Schienentrasse ausgebaut.

Wir haben es überall geschafft, bedeutsame Zuwächse erreicht, obwohl das im Prinzip, wenn man es netto betrachtet und die Inflationsrate herausrechnet, mit den gleichen Beträgen geschah, mit denen die Bahn zuvor erfolglos gearbeitet hatte.

(Beifall bei der CDU)

An diese Erfolgsgeschichte muss man zuerst einmal anknüpfen.

Wahr ist – aber das bleibt ein Allgemeinplatz –, dass die Schnittstellen und die Vernetzungen verbessert und weiter ausgebaut werden müssen. Wahr ist aber auch, Herr Ministerpräsident, dass wir nicht den Staus hinterhergebaut, sondern vorausschauend gebaut haben. Baden-Württemberg hat bereits heute deutschlandweit das höchste Verkehrsaufkommen. Laut einer Prognose für Deutschland ist der Anstieg des Verkehrsaufkommens beim Individualverkehr wie auch beim Güterverkehr bis zum Jahr 2025 in Baden-Württemberg am höchsten. Das hat mehrere Gründe. Es hängt einerseits damit zusammen, dass wir auch in der Fläche stark sind und deshalb auch in der Fläche Verkehr stattfindet – übrigens mehr als in einem Stadtstaat.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das ist nachvollziehbar und logisch. Denn der öffentliche Nahverkehr kann in der Fläche niemals so individuell ausgestaltet werden, dass er den Bedürfnissen der Menschen und der Unternehmen vollkommen gerecht wird. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Verkehre sind bei uns zu einem großen Teil auch externen Ursprungs; Baden-Württemberg wird dabei als Transitland mit oder ohne Zwischenstopp genutzt. Das gilt nicht nur für den Güterverkehr, sondern auch für den Individualverkehr.

Der dritte Punkt ist: Bei uns wird ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert, der längst nicht das gleiche Ausmaß hat – das kann sich in Ihrer Regierungszeit ändern – wie in anderen Ländern. Deshalb ist es wohl wahr: Natürlich brauchen wir neue Schnittstellen. Aber wir brauchen ebenso einen Ausbau der vorhandenen Verkehrsträger. Ich weiß nicht – ich wiederhole mich –, wie Sie das ohne den Bau von Ortsumfahrungen – nicht nur im Einzelfall – schaffen wollen. Denn planfestgestellte Maßnahmen im Umfang von über 1 Milliarde € liegen bereits auf dem Tisch. Es handelt sich dabei nicht nur um zwei oder drei, sondern um zig solcher Maßnahmen.

Der entscheidende Punkt ist, dass auch die vorhandenen Verkehrsträger ausgebaut werden müssen. Das trifft für alle zu:

Es betrifft den Schienenverkehr, es betrifft die Schifffahrt – auch das gehört zur Entflechtung der Verkehre dazu –, und es betrifft den Luftverkehr, wenn auch vielleicht nicht in demselben Umfang. Aber man sieht an den bisherigen Regionalflughäfen Karlsruhe und Friedrichshafen, dass die damaligen Entscheidungen richtig waren. Die dort zu verzeichnenden „Steigflüge“ haben nicht zu einem „Strömungsabriss“ geführt, sondern halten nach wie vor an.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, fehlt uns noch immer die konkrete Antwort darauf, wie Sie das neu gestalten wollen. Es fehlt auch die Antwort auf die Frage nach dem Ordnungsrahmen, den Sie für Ihre Wirtschaftspolitik – Sie sprachen von einem „grünen“ Wirtschaftsmodell – reklamieren.

Was Ihre Aussage zum Stichwort Klimaschutz betrifft, so sind wir bei Ihnen, keine Frage. Aber Sie haben das Thema Klimaschutz, wenn es um die Stromproduktion ging, im letzten halben Jahr oder Dreivierteljahr total ausgeblendet. Es ging Ihnen zunächst nur um das Problem mit der Kernkraft.

Wir sind bei Ihnen, wenn es um die Vermeidungskosten geht. Klar ist doch im Augenblick, dass neue Produktlinien, die den weiteren Ausstoß von CO₂ vermeiden, Erfolg auf dem Weltmarkt haben können. Aber andererseits ist auch klar, dass zunächst einmal Vermeidungskosten anfallen, wenn man den Ordnungsrahmen so gestaltet. Diese Vermeidungskosten werden, wenn man den Ordnungsrahmen lediglich in Baden-Württemberg oder in Deutschland entsprechend gestaltet, auf die Betriebe heruntergebrochen und tauchen dort – was bisher nicht der Fall war – in der Bilanz auf, weil sie betriebswirtschaftliche Effekte auf der Kostenseite hervorrufen.

Wenn Sie wirklich da heranzukommen, müssen Sie genau diese Kosten irgendwie decken; sonst schwächen Sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, oder die Unternehmen schichten intern um, was auf Kosten der Innovationsfähigkeit und der betrieblichen Forschung – all dies ist ja möglich – erfolgt. Dann müssten Sie aber doch am Ende für mehr Wachstum eintreten, damit zusätzliche Kosten, betriebswirtschaftliche Kosten, die nur in Baden-Württemberg oder in Deutschland anfallen, auch tatsächlich finanziert werden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt klatschen sie, wissen aber nicht, was er wollte!)

Sie dürfen nicht einfach sagen, das sei eine richtungslose Bezeichnung. Das ist der entscheidende Punkt. Ihr Wirtschaftsmodell bedeutet nichts anderes, als dass man Unternehmen zusätzlich belastet in der Hoffnung, dass sich in diesem Bereich schon in kurzer Zeit Produktlinien entwickeln, mit denen sie Weltmarktführer oder zumindest wettbewerbsfähig werden können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Können!)

Wenn man einen solchen Ordnungsrahmen setzt, Herr Ministerpräsident, muss man schon sehr vorsichtig sein. Die Globalisierung findet statt. Die Verlagerung von Produktionsstätten und Arbeitsplätzen ist heute,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kein Thema!)

gerade für Konzerne, kein Thema mehr.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Peter Hauk)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir haben als Union schon den Anspruch, dass wir in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt nicht nur auf Dauer ein Dienstleistungsstandort werden wollen, sondern wir wollen auch Industrieproduktion.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Kein Widerspruch!)

Wir wollen auch Industrieproduktion als Grundlage weiterer Wertschöpfungsketten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Kein Widerspruch!)

– Dann muss man aber auch die Rahmenbedingungen entsprechend setzen. Die Frage ist natürlich, ob die sozialökologische Marktwirtschaft einen Rahmen setzt, der ein echtes Spielen auf einem Spielfeld ermöglicht, das von einer Bande umgeben ist, oder ob der Ordnungsrahmen nach grüner Ideologie – vielleicht auch nach roter Ideologie – in eine Einbahnstraße mündet. Das ist die entscheidende Frage.

Dazu haben Sie keine Ausführungen gemacht. Sie haben nur gesagt: „Da machen wir halt einen Ordnungsrahmen.“ Wie der Ordnungsrahmen in diesem Fall aussehen soll, haben Sie nicht gesagt. Wir sind uns in diesem Haus doch einig – vielleicht mit der FDP/DVP nicht ganz –, dass wir einem ungezügelt Liberalismus nicht das Wort reden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sieht Herr Rülke aber anders! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Also doch Ordnungspolitik!)

Das Gegenteil ist doch der Fall. Die Frage, die Sie aufgeworfen haben, hat sich nie gestellt und stellt sich auch nicht – jedenfalls nicht für die Union. Vielmehr treten wir für die soziale Marktwirtschaft und auch für die Rahmenbedingungen einer sozialen Marktwirtschaft ein. Aber es ist doch auch klar, dass der Wettbewerb das stimulierende Element einer sozialen Marktwirtschaft ist, auch das stimulierende Element für die Suche nach den besten Lösungen, aber nicht der politische Ordnungsrahmen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt für Mobilitätskonzepte, es gilt für Innovationen im Bereich der Mobilität genauso wie für andere wirtschafts- und umweltpolitische Fragen. Ihr falscher Ansatz ist, dass Sie der Wirtschaft diese Stimulation, Innovation durch Wettbewerb zu erreichen, nicht zutrauen und dies durch ideologische grüne Ordnungsrahmen ersetzen wollen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Das geschieht bei der Energiepolitik in einem ähnlichen Sinn. Wir sind uns einig über die kürzere Brücke bei der Atomkraft. Wir sind uns einig über den Zubau regenerativer Energien. Wir sind uns auch darüber einig, die fossilen Energieträger zumindest nicht weiter auszubauen, sondern eher rückzubauen.

Wenn man sich aber anspruchsvolle Ziele setzt, muss daraus auch folgen, dass diese anspruchsvollen Ziele nicht erst für das Jahr 2050 gesetzt werden, sondern auch anspruchsvolle Zwischenziele gesteckt werden. Sie haben sich ein einziges

Zwischenziel gesetzt, nämlich bis zum Jahr 2020 einen Anteil der Windenergie von 10 % zu erreichen. Ansonsten gibt es gar keine Zwischenziele. Allerdings müssen Sie schon einmal erklären – solche Milchmädchenrechnungen wie die des Herrn Kollegen Schmiedel, die wohl auf der Gesamtschule entstanden ist,

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich war auf einem Gymnasium, Herr Kollege! In Mathematik gut! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

nach dem Motto „Jetzt rechnen wir die 25 %, die schon vom Netz sind, einmal heraus und ersetzen noch die restlichen 25 % Kernenergie“ teile ich nicht –, wie wir neben der Steigerung des Windkraftanteils auf 10 % auf weiteren Gebieten entsprechend vorankommen wollen. Da kann ich Ihnen nur empfehlen, Herr Ministerpräsident: Setzen wir dort an, wo wir nicht nur symbolische Erträge haben, sondern ökonomisch und ökologisch die sinnvollsten Zubaumöglichkeiten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist in einem Binnenland im Süden der Republik im Unterschied zum küstennahen Norden der Republik vielleicht nicht in allererster Linie die Windenergie. Was wir haben, was aber der Norden nicht hat, ist eine bewegte Topografie. Das heißt, dass man sich hier einen Zubau leisten kann, der in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Niedersachsen nicht möglich ist, nämlich Speicherkraftwerke.

In Atdorf sieht es in Wahrheit folgendermaßen aus: Die CDU, Herr Schmiedel, war dort vor Ort. Das stimmt. Da haben Sie recht. Aber die Unionsabgeordneten haben sich im Gespräch mit der Bürgerinitiative – so viel zum Thema Zuhören – klar dazu bekannt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wozu?)

– Zu diesem Projekt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wozu? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Schmiedel war doch gar nicht dort! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Durch eine falsche Behauptung wird eine Sache auch nicht wahrer, Herr Schmiedel.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gebt es doch zu!)

– Es gibt einen Kronzeugen hinter mir.

Bei der SPD sieht es doch so aus wie immer: Sie wissen nicht, wofür Sie stehen. Der Landtagsabgeordnete vor Ort ist eher für dieses Projekt, die Bundestagsabgeordnete ist gegen dieses Projekt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Arbeitsteilung!)

Die Grünen vor Ort sind alle dagegen. Abgesehen davon traut man sich schon gar nicht mehr dahin, damit man erst gar keine Stellungnahme abgeben muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

(Peter Hauk)

So sieht es doch aus. Das ist auch ein Teil der Wirklichkeit.

(Unruhe)

Herr Ministerpräsident Kretschmann, die Wahrheit wird mit dem Regieren konkreter. Irgendwann kommen Sie so nicht mehr durch.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es geht jetzt nicht ausschließlich um das Projekt Atdorf, sondern es geht um die generelle Frage: Ist dies eine Möglichkeit, in gewaltigem Umfang Ersatz bei Grund- und Spitzenlast zu erzeugen und nicht nur bei Zufallslast? Das ist doch der ganz entscheidende Punkt. Bei solchen Parametern geht es nicht um die Nettoerträge am Ende eines Jahres.

Deswegen lässt sich anhand des Zubaus solcher Energieträger auch ermesen, ob ein vernünftiger, schnellerer Ausstieg aus der Kernkraft möglich ist. Dazu muss man allerdings auch Ja sagen. Man kann nicht sagen: „Das wissen wir nicht so genau; wir wollen schauen, was die Bevölkerung vor Ort sagt.“ So, wie Sie in Ihrem Koalitionsvertrag einen Windenergieanteil von 10 % als Ziel festgelegt haben, müssten Sie auch sagen: Jetzt nehmen wir noch einmal 5 % zusätzlich durch Speicherkraftwerke und 25 % Bioenergie und dergleichen mehr. Dann wäre das Gesamtkonzept seriös.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Sorge!)

Dann wäre es nicht bruchstückhaft.

Ich will noch zwei Punkte anmerken: Erstens habe ich Frau Öney nicht zum Rücktritt aufgefordert.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Natürlich! – Gegenruf der Abg. Tanja Gönner CDU: Zuhören! – Unruhe)

– Ich merke: Das ist die neue Politik des Gehörtwerdens: Gehört wird nur noch, was einem passt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

„Frau Ministerin Öney,“ habe ich klar gesagt, „treten Sie sofort zurück!“ Danach wurde das Gemurmel deutlich lauter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „In Stuttgart“, haben Sie gesagt!)

Ich habe dann hinzugefügt: „In Berlin, oder besser noch in Baden-Württemberg.“ Ich habe es auf diese Alternativen bezogen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eindeutig! Selektives Hören! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Vorsicht mit Rücktrittsforderungen! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habt ihr gelernt! – Unruhe)

Dies nur, damit wir es noch einmal klarstellen.

Zur Frage der Haushaltspolitik, Herr Ministerpräsident Kretschmann: Sie machen es sich ein bisschen einfach. Gestern fuhren

Sie zunächst einmal Frontalangriffe auf Union und FDP/DVP und sagten, diese hätten Ihnen gewaltige Schuldenberge hinterlassen. Heute äußern Sie, Sie wollten das Thema nicht vertiefen. Entschuldigung, aber wer was wie vertieft, das bestimmt noch immer das Parlament, der jeweilige Redner, und nicht die Regierung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Jawohl! – Abg. Alfred Winkler SPD: Seit wann denn das?)

Deswegen ist eines ganz klar: Wenn Moody's im März Baden-Württemberg erneut ein AAA verleiht und dies ausdrücklich mit einer soliden Haushaltsführung und erkennbaren Perspektiven für eine weitere Konsolidierung des Haushalts begründet, würden wir von uns aus nicht sagen: „Jetzt machen wir erst einmal einen Kassensturz und schauen, was da herauskommt.“

(Minister Reinhold Gall: Das machen wir trotzdem!)

Im Übrigen gelten die Vorwürfe von gestern. Ansonsten sagen wir heute nichts mehr dazu.“

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Man muss einfach einmal klarstellen, dass dieses Land bisher das am solidesten geführte Bundesland war. Was die angeblichen Lasten bei staatlichen Gebäuden betrifft, von denen Sie gesprochen haben – Herr Schmiedel hat es auch ausgeführt –, bin ich gern bereit, in den Wettstreit zu treten und Vergleiche einzugehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Dann schauen wir einmal, wie es in anderen Ländern aussieht, und vergleichen das in der Summe. Dabei werden Sie feststellen, dass wir noch immer den solidesten Haushalt haben.

Im Übrigen, Herr Kollege Schmiedel, weiß ich nicht, woher Sie Ihre Weisheiten zum Thema L-Bank haben – Sie sprachen von 130 Millionen €, von Garantien und davon, dass das, was 2012 in den Haushalt eingeht, auch erst 2012 gebucht werden soll.

Ich kann auch lesen; ich bin beim Thema Kameralismus auch nicht gänzlich unbeschlagen;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie bekommen die Vermerke halt nicht mehr!)

ich habe das bisher noch gar nicht im Haushalt gefunden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das alles kommt beim Kassensturz auf den Tisch!)

Wahr ist natürlich, dass wir 130 Millionen € von der L-Bank an zusätzlichen Einnahmen eingestellt haben. Das stimmt. Aber Entschuldigung, was ist daran geheim? Darüber haben wir doch sogar hier im Landtag diskutiert. Was hat das mit einem Kassensturz zu tun? Das alles ist doch öffentlich ausgewiesen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat sie bislang nicht interessiert!)

Das steht doch sogar im Haushalt.

(Peter Hauk)

Also insofern: Das kommt halt davon, wenn man selbst noch keine Vermerke hat oder die Arbeitszeit – in Teilzeit – dazu nicht ausreicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern wundere ich mich da nur.

Ein letzter Punkt: Sie sagten, wir würden beim Thema Schulpolitik nicht sagen, was wir wollen.

(Zuruf: Ja! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was will die CDU?)

Jetzt will ich erst einmal fragen, was Sie wollen. Was wollen Sie?

(Lachen bei der CDU – Vereinzelt Beifall – Zuruf: Vor-Ort-Lösungen!)

Wie soll es bei diesem Thema Einheitlichkeit geben? Dann haben Sie gesagt – das steht auch darin –: frühkindliche Bildung. Jetzt sage ich Ihnen, was wir konkret wollen. Wir wollen ganz konkret den Weg weiter beschreiten, auf dem wir derzeit sind, nämlich die Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen durch Bildungshäuser.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir wollen eine Verstärkung der frühkindlichen Pädagogik auch durch Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer im Kindergarten, eine deutlich stärkere Vernetzung und Verzahnung. Das verstehen wir unter frühkindlicher Bildung. Wir wollten und wollen – darin sind wir uns einig – einen deutlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ohne Mittagessen!)

weil wir dort die größten Defizite haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist wie im Landtag! Ohne Mittagessen! – Heiterkeit bei der SPD – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat Hunger!)

Aber wir bezweifeln beispielsweise, dass zukünftig Grundschullehrer in A 15 die kompetenten Essenszubereiter und -ausgeber sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen ganz konkret den Kindern – egal, ob in der Stadt oder auf dem Land – über neue Werkrealschulen – ein Konzept, das hervorragend angenommen wurde – individuell und passgenau zum jeweiligen Alter ihre Bildungschancen auch tatsächlich zukommen lassen.

Wir wollen vor allem auch den Wettbewerb der Systeme untereinander, den Sie durch eine Einheitsschule von Klasse 1 bis 10

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Basisschule! Gemeinschaftsschule!)

und durch eine klare Trennung zwischen Kindergarten und Schule unterbinden wollen. Es ist egal, ob man es als Basis-

schule oder wie auch immer bezeichnet; man könnte es auch Gesamtschule nennen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist auch eine!)

Das ist sie nämlich tatsächlich. Da muss ich einfach sagen: Die Konzepte sind da. Sie müssen nicht 14 Tage nach der Regierungsübernahme neu erfunden werden. Wenn Sie also dort noch Gesprächsbedarf haben: Unsere Experten stehen Ihnen gern zur Verfügung.

Ein Letztes noch zum Thema Bürgerregierung. Herr Ministerpräsident, ich finde diesen Passus, mit Verlaub, etwas anmaßend.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie tun gerade so, als gälte dies nicht für frühere Landesregierungen – egal, in welcher Zusammensetzung –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Direkt gewählte Abgeordnete!)

die alle demokratisch legitimiert waren, weil sie immer eine Mehrheit im Volk hatten, wobei im Übrigen im Unterschied zu Sozialdemokraten und Grünen die Mitglieder der Unionsfraktion im Wesentlichen immer Abgeordnete waren, die direkt von der Mehrheit der Bürger in diesen Landtag gewählt wurden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

Im Unterschied zu dem, was teilweise bei Abgeordneten der damaligen Opposition zu beobachten war, waren diese stets und stetig,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Was ist das jetzt?)

nicht nur einmal kurz im Wahlkampf, vor Ort präsent.

(Minister Reinhold Gall: Genau wegen solcher Äußerungen sind Sie jetzt in der Opposition! Genau deswegen!)

Ich finde es schon anmaßend, wenn Sie sagen, dass diese Regierung und diese Regierungsfractionen den Bürgern nicht zugehört hätten.

Wahr ist: Wir haben irgendwann, wenn nach Entscheidungen irgendwann einmal der Sack zu war, gesagt: Jetzt sind die Würfel gefallen. Wenn man aus Stuttgart 21 eines lernen kann, dann mit Sicherheit, dass die Bürger – egal, ob Protestbürger oder Vereinsbürger – bei Fragen einen Anspruch darauf haben, stets und ständig Antworten geliefert zu bekommen. Das muss man klar sagen; darüber sind wir uns einig. Das ist ein Lerneffekt oder ein Lernprozess, den vielleicht auch wir durchgemacht haben. Aber sich jetzt einfach hinzustellen und zu sagen: „Wir hören zu; alle früheren Regierungen und Mehrheitsfraktionen in diesem Landtag haben das nie getan, sondern haben über die Köpfe der Menschen hinweg regiert“, finde ich schon etwas anmaßend.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist unerhört! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist unerträglich!)

(Peter Hauk)

An die Adresse der Grünen gewandt muss man auch einmal sagen: Sie sind nicht die Gutmenschen, für die Sie sich stets und ständig halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe: Bravo!)

Genau das ist doch der Punkt. Sie begegnen zum Teil – in sachpolitischen Fragen und auch inhaltlich – Kolleginnen und Kollegen im Parlament mit einer gewissen Hybris: „Die verstehen es nicht; das sind die Alten, das ist die alte Denke, das ist nicht modern, nicht innovativ; die haben keine Ahnung.“ Ich glaube, von diesem hohen Ross – wie zu vernehmen war, war das auch einmal Gegenstand der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten – müssen Sie noch heruntersteigen.

(Beifall der Abg. Helmut Walter Rüeck und Sabine Kurtz CDU)

Jeder Abgeordnete in Baden-Württemberg hat das gleiche Stimmrecht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schön, dass Sie sich daran erinnern!)

Die Intelligenz ist nicht einseitig bei den Grünen vorhanden – um das auch einmal klarzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, hätte ich zum Thema Bürgerbeteiligung – vorhin habe ich dazu das Nötige gesagt – von Ihnen ganz gern gewusst – abgesehen von der Forderung, das Quorum abzusenken –, was Sie neben der Ermöglichung einer Abstimmung über Schwarz und Weiß tun wollen, um Spaltungen in der Gesellschaft zu verhindern. Dass ein solches Projekt zu einer Spaltung führen kann, haben wir durchaus erlebt. Was wollen Sie tun, damit es erst gar nicht zu aufgeladenen Stimmungen – Schwarz oder Weiß, ja oder nein? – kommt? Das ist doch der entscheidende Punkt; das will ich noch einmal in Erinnerung rufen.

Wir werden uns – wenn Sie es schon nicht tun – überlegen, welche neuen, modernen, innovativen Formen es gibt, unter Umständen auch auf der Basis rechtlicher Änderungen, um die Bürger gerade bei kritischen Projekten, bei großen Projekten oder auch bei größeren Gesetzesvorhaben stärker auf dem Weg mitzunehmen, damit es am Ende gar nicht erst zu Volksabstimmungen oder zu ganz kontroversen Spaltungen in dieser Gesellschaft kommt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir können uns nicht drei Jahre lang eine Enquetekommission leisten!)

Das ist unser Verständnis, wenn es darum geht, Bürger zusammenzuführen und es nicht zur Spaltung kommen zu lassen. Auf diese Fragen haben Sie keine Antworten geliefert, auch nicht nach der Erklärung zur Regierungserklärung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst versichern, dass ich die leiblichen Bedürfnisse der Kollegen in diesem Haus bei dieser Wortmeldung berücksichtigen werde.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! – Abg. Walter Heiler SPD: Seit Herr Kluck nicht mehr da ist, geht es länger! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Doch. – Aber die eine oder andere Anmerkung muss ich doch noch loswerden.

Zunächst, Herr Ministerpräsident, will ich Ihnen zustimmen: Es ist erkennbar nicht leicht, mit dem Regieren anzufangen. Es ist zugegebenermaßen auch nicht leicht, mit dem zu Opponieren anzufangen. Am allerschwierigsten ist es offensichtlich, aus der Opposition in die Regierung zu kommen. Aber Sie machen es nicht ungeschickt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er macht es gut!)

indem Sie immer bestimmte, positiv klingende Begriffe in den Raum stellen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

diese dann auch positiv klingend umwölken, um dann, wenn es konkret wird, zum nächsten positiven Begriff zu springen, allerdings das Konkrete immer außen vor lassend. Sie sind sozusagen der Hohepriester des Ungefähren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das wird aber für die Regierungsverantwortung nicht reichen. Da muss es dann irgendwann konkret werden.

Wir sind uns einig: „Ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ klingt gut. Sie haben von Ordnungsbedingungen gesprochen, haben diese Ordnungsbedingungen aber nicht ausformuliert. Die spannende Frage – Herr Kollege Hauk hat es auch angedeutet – ist, wie diese Ordnungsbedingungen aussehen.

Wir sind, Herr Kollege Hauk, keineswegs für einen ungezügelten Liberalismus. Wir haben uns immer für einen Ordnungsrahmen eingesetzt. Aber eine Bedingung stellen wir an diesen Ordnungsrahmen: Innerhalb dieses Ordnungsrahmens muss ein fairer Wettbewerb möglich sein, der nicht dazu führt, dass ein Anbieter oder ein Produzent benachteiligt wird, während andere nicht zu rechtfertigende Vorteile genießen.

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Genau das ist die spannende Frage. Genau daran werden wir Sie messen. Sie müssen verdeutlichen, was Sie unter diesen Ordnungsbedingungen verstehen.

Das gilt auch für den Weg aus dem Atomzeitalter. Sie haben durchaus recht: Sie haben früher als Union und FDP verdeutlicht, dass wir möglichst schnell aus dem Atomzeitalter herausmüssen. Auch wenn wir von Brückentechnologie gesprochen haben, haben wir stets keinen Zweifel daran gelassen, dass wir perspektivisch aus der Atomenergie aussteigen wol-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

len. Aber wir müssen uns doch über den Weg dahin unterhalten.

Ich gebe Ihnen völlig recht. Ich bin auch bereit, mich zu korrigieren und zu sagen: Sie sind nicht generell gegen Stromimporte, sondern nur gegen den Import von Atomstrom.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich gebe Ihnen auch recht – das habe ich schon vorhin gesagt – hinsichtlich der anderen Ziele, die da zu erreichen sind. Aber das Entscheidende ist doch der Weg. Wie schaffen wir es, die Atommeiler abzuschalten, die anderen von Ihnen formulierten Ziele zu erreichen und gleichzeitig nicht die Probleme zu bekommen, die sich bei dieser Diskussion am Horizont abzeichnen?

Über diesen Weg haben wir von Ihnen nichts gehört. Wir müssen über diesen Weg diskutieren, wir müssen über ihn reden. Das Ganze ist nicht so einfach. Kollege Schmiedel hat vorhin gesagt: Zwei Atomkraftwerke sind weg, 25 % der baden-württembergischen Stromproduktion. Das lassen wir einmal unter den Tisch fallen. Jetzt gibt es noch zwei Atomkraftwerke. Das sind noch einmal 25 %. Diese 25 % kann man eben ersetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:
Die braucht man halt!)

Sie müssen aber auch über die anderen 25 % reden. Wir müssen dann 50 % der Stromproduktion ersetzen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die hat doch Frau Merkel abgeschaltet!)

Das geht nicht so einfach. Da muss man über Wege diskutieren. Es nützt nichts, einfach zu sagen: Wenn wir uns über das Ziel einig sind, kommt der Weg schon von selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat niemand gesagt!)

Dasselbe gilt übrigens für das Thema CO₂. Auch da geben wir Ihnen durchaus recht: Es ist natürlich unsere Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass nicht die von unseren Nachfahren geliebte Lebenswelt durch den Ausstoß von CO₂ auf dem Weg in die Klimakatastrophe verspielt wird. Da haben Sie völlig recht. Aber auch da hören wir von Ihnen nichts darüber, wie Sie das verhindern wollen.

Es ist einfach kein Weg, zu sagen: „Wir schalten die Atomkraftwerke ab. Wir schalten auch noch die Kohlekraftwerke ab. Der Strom aus erneuerbaren Energieträgern kommt von selbst.“ Sie müssen schon Wege aufzeigen. Es genügt eben nicht, zu sagen: „Wir haben vor Ort die Bürgergesellschaft. Vor Ort wird darüber diskutiert, ob ein Pumpspeicherkraftwerk gebaut wird.“

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dasselbe gilt für die Haushaltspolitik. Sie haben vorhin gesagt: „Selbst wenn wir alle zusätzlichen Steuereinnahmen nehmen, sind wir noch nicht bei der Nettonull.“ Streiten wir gar nicht darüber. Die Formulierung „selbst wenn wir alles nehmen“ ist verräterisch. Damit implizieren Sie, dass Sie nicht

alles nehmen wollen. Das ist doch der Punkt. Sie sind eben nicht bereit, den Haushalt zu konsolidieren, obwohl Sie dies angekündigt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ein Letztes: Herr Ministerpräsident, Sie haben schon gestern in Ihrer Regierungserklärung kräftig mit der jetzigen Opposition, der ehemaligen Regierung, abgerechnet. Das ist Ihr gutes Recht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war keine Abrechnung! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr mäßig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Staatsmännisch! Sehr milde!)

Ich schätze das. Ich bin auch kein Kind von Traurigkeit. Das kann man tun. Das haben Sie heute wieder getan. Nur machen Sie dann am Ende – – Das erinnert mich ein bisschen an meine Söhne: Die geraten in Streit. Dann schlägt der eine zu. Der andere schlägt zurück.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? Gewalt im Hause Rülke! – Abg. Andreas Stoch SPD: Von wem haben sie das?)

– Ja, so ist es. – Dann kommt derjenige, der angefangen hat, und sagt: „Papa, mein Bruder ist so aggressiv.“ So ähnlich gehen Sie vor. Sie teilen kräftig aus. Am Ende kommen Sie dann und sagen: „Wir alle sollten uns doch lieb haben. Wir alle sollten in den Dialog treten. Wir alle sollten konstruktiv diskutieren.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Einverstanden, Herr Ministerpräsident: Ändern wir den Stil in diesem Haus, den Stil der letzten Monate. Aber dann müssen Sie auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie schon mitbekommen, wie beliebt dieser Mann in Baden-Württemberg ist?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Oh-Rufe – Vereinzelt Beifall)

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Wir treten in eine kurze Mittagspause von 45 Minuten ein und treffen uns um 14:20 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:35 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:25 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung einer Geschäftsordnungskommission – Drucksache 15/17

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, keine Aussprache zu führen. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/17. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Der Antrag ist einstimmig angenommen. Herzlichen Dank.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Bestellung der Ausschüsse und Wahl der Ausschussmitglieder sowie der stellvertretenden Ausschussmitglieder

Meine Damen und Herren, nach § 18 der Geschäftsordnung bestellt der Landtag zur Vorbereitung seiner Verhandlungen Ausschüsse für die Dauer der Wahlperiode. Gemäß einer interfraktionellen Absprache sollen zusätzlich zum Ständigen Ausschuss, der bereits bestellt wurde, folgende Ausschüsse bestellt werden:

- Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
- Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport
- Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
- Innenausschuss
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
- Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
- Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
- Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur
- Ausschuss für Integration
- Europaausschuss
- Petitionsausschuss

Dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sowie dem Petitionsausschuss sollen je 23 Mitglieder und allen anderen Ausschüssen jeweils 19 Mitglieder angehören.

Nach § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung werden die Ausschussmitglieder und eine bis zu dreifache Zahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern nach den Vorschlägen der Fraktionen gewählt. Ein gemeinsamer Vorschlag aller Fraktionen zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 1*).

Wird förmliche Abstimmung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich feststellen, dass das Haus die Ausschussmitglieder und die stellvertretenden Ausschussmitglieder entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen gewählt hat.

Meine Damen und Herren, wir haben ferner die Mitglieder des Ausschusses nach Artikel 62 der Verfassung zu wählen. Das Notparlament besteht nach § 19 b Abs. 1 der Geschäftsordnung aus 19 Mitgliedern und der gleichen Zahl von Stellvertretern.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wird förmliche Abstimmung gewünscht? – Auch das ist nicht der Fall.

Dann darf ich feststellen, dass das Haus entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen gewählt hat.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

Gemäß § 4 Abs. 2 des Landeswahlprüfungsgesetzes besteht der Wahlprüfungsausschuss aus sieben Abgeordneten als ordentlichen Mitgliedern, je einem Stellvertreter für jedes ordentliche Mitglied und je einem ständigen beratenden Mitglied der Fraktionen, die in ihm nicht durch ordentliche Mitglieder vertreten sind. Er wird vom Landtag für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Eine Vorschlagsliste der Fraktionen für die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses liegt Ihnen vor (*Anlage 2*).

Wird förmliche Abstimmung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich stelle fest, dass das Haus die von den Fraktionen vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern und im Falle der Fraktion der FDP/DVP zum beratenden Mitglied des Wahlprüfungsausschusses gewählt hat.

Meine Damen und Herren, nach der Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses gebe ich bekannt, dass zwölf Wahleinsprüche gegen die Landtagswahl eingegangen sind. Eine entsprechende Auflistung liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 3*).

Ich schlage vor, die Wahleinsprüche dem Wahlprüfungsausschuss zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Beratung zu überweisen. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG

Meine Damen und Herren, nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes unterrichtet das Innenministerium in Abständen von höchstens sechs Monaten ein Gremium, das aus fünf vom Landtag bestimmten Abgeordneten besteht, über die Durchführung des Artikel-10-Gesetzes, soweit sie von ihm zu verantworten ist.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für drei sowie der Fraktion GRÜNE

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

und der Fraktion der SPD das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied des Gremiums zu. Dazu sollen acht stellvertretende Mitglieder gewählt werden, für die die CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für vier und die Fraktion GRÜNE sowie die Fraktion der SPD das Vorschlagsrecht für jeweils zwei Stellvertreter haben.

Eine gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD liegt Ihnen vor (Anlage 4). – Sie stimmen dem Wahlvorschlag zu. Danke schön.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

Meine Damen und Herren, in § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes wird bestimmt, dass das Innenministerium unverzüglich eine Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen unterrichtet. Die Kommission besteht nach § 2 Abs. 5 dieses Gesetzes aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und zwei Beisitzern. Sie wird für die Dauer einer Wahlperiode bestellt. Gleichzeitig ist für jedes Mitglied der Kommission ein Stellvertreter zu wählen.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied und einen Stellvertreter zu. Auch hierzu liegt auf Ihren Tischen ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD (Anlage 5).

Wird eine förmliche Abstimmung begehrt? – Nein.

Dann darf ich feststellen, dass Sie dem gemeinsamen Wahlvorschlag zustimmen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat

Aufgrund der Neukonstituierung des Landtags sind die vom Parlament in den Oberrheinrat zu entsendenden Mitglieder neu zu bestellen. Hierfür sind vom Landtag 16 Abgeordnete zu wählen.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht das Vorschlagsrecht den Fraktionen nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt wie folgt zu: CDU acht Mitglieder, GRÜNE vier Mitglieder und SPD vier Mitglieder.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag hierzu liegt Ihnen vor (Anlage 6). – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, dass das Haus die in der Vorschlagsliste aufgeführten Abgeordneten zu Mitgliedern des Oberrheinrats gewählt hat.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Dann rufe ich **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information

Meine Damen und Herren, nach § 17 Abs. 3 des Landesstatistikgesetzes wird die Landesregierung vom Landesausschuss für Information beraten. Dem Landesausschuss für Information gehören je fünf Vertreter des Landtags und der Landesregierung an. Die fünf Mitglieder des Landtags verteilen sich nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren wie folgt auf die Fraktionen: CDU drei Mitglieder, GRÜNE ein Mitglied und SPD ein Mitglied. Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD (Anlage 7).

Wird eine förmliche Abstimmung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich feststellen, dass die im Wahlvorschlag genannten Herren in den Landesausschuss für Information gewählt sind.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

Meine Damen und Herren, der Landtag hat nach dem Landesrichtergesetz sechs Abgeordnete und die gleiche Zahl von Stellvertretern sowie einen Vertreter der Rechtsanwaltschaft und dessen Stellvertreter in den Richterwahlausschuss zu wählen.

Wir wählen zunächst gemäß § 47 des Landesrichtergesetzes die Abgeordneten und ihre Stellvertreter. Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD (Anlage 8). Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Vorschlag einstimmig angenommen. Herzlichen Dank.

Außerdem hat der Landtag nach § 50 des Landesrichtergesetzes auf Vorschlag der Rechtsanwaltskammern einen Vertreter der Rechtsanwaltschaft und dessen Stellvertreter in den Richterwahlausschuss zu wählen. Die Rechtsanwaltskammern Freiburg, Stuttgart und Tübingen schlagen Ihnen als Mitglied Herrn Rechtsanwalt Ekkehart Schäfer und als Stellvertreter Herrn Rechtsanwalt Dr. Eckhart Lohbeck vor. Die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe schlägt Ihnen als Mitglied Herrn Rechtsanwalt Thomas Väth und als Stellvertreter Herrn Rechtsanwalt Sebastian Müller vor (Anlage 9).

Sie finden auf Ihren Tischen die Wahlvorschläge der Rechtsanwaltskammern auf einem gelben Stimmzettel. Kreuzen Sie bitte auf dem Stimmzettel jeweils die Person an, der Sie als Mitglied bzw. als stellvertretendes Mitglied des Richterwahlausschusses Ihre Stimme geben möchten. Bitte beachten Sie, dass Streichungen oder sonstige Änderungen zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen. Der Stimmzettel ist auch dann ungültig, wenn Sie beim zu wählenden Mitglied bzw. dessen Stellvertreter beide Wahlvorschläge ankreuzen. Sie müssen sich also bei beiden Funktionen für jeweils eine Person entscheiden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach so!)

Ich weise darauf hin, dass das zu wählende Mitglied und dessen Stellvertreter nicht demselben Wahlvorschlag angehören müssen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Wahlhandlung. Ich darf die Herren Schriftführer bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen diese Wahl abbrechen. Es gibt eine Unstimmigkeit auf dem Stimmzettel. Der Ausdruck „Wahl von Vertretern der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied ...“ auf dem Stimmzettel ist nicht eindeutig. Deshalb werden wir neue Stimmzettel vorbereiten und die Wahl wiederholen.

(Oh-Rufe – Unruhe)

Ich erläutere noch einmal das Abstimmungsverfahren. Man hat zwei Stimmen: eine Stimme für die Wahl des Mitglieds und eine Stimme für die Wahl des stellvertretenden Mitglieds. Man hat also nicht vier Stimmen, sondern zwei Stimmen. Die Wahl wird nachher wiederholt.

(Fortgesetzte Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Nur ruhig bleiben! Keine Panik! Alles gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Zwischenzeit fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, nach § 4 Abs. 3 der Bekanntmachung der Landesregierung über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung beruft der Ministerpräsident auf Vorschlag des Landtags 17 Mitglieder des Landtags für die Dauer einer Legislaturperiode in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht das Vorschlagsrecht den Fraktionen nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt wie folgt zu: CDU acht Mitglieder, GRÜNE fünf Mitglieder, SPD vier Mitglieder. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag hierzu liegt Ihnen vor (*Anlage 10*).

Wird förmliche Abstimmung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich feststellen, dass das Haus die in dem Vorschlag genannten Damen und Herren Abgeordneten dem Herrn Ministerpräsidenten zur Berufung in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung vorschlägt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

- a) **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters**
- b) **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater**
- c) **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern**

Meine Damen und Herren, nach den Theaterverträgen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Städten Karlsruhe und Stuttgart gehören dem Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters und dem Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater jeweils sechs Abgeordnete an, die vom Landtag namentlich bestimmt werden.

Außerdem sind gemäß § 4 Abs. 2 der Satzung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern in Tübingen zwei Abgeordnete Mitglied des dortigen Verwaltungsrats.

Mit Ablauf der 14. Wahlperiode ist die Mitgliedschaft der bisherigen Vertreter des Landtags in diesen drei Gremien erloschen.

Nach § 17 a Abs. 2 unserer Geschäftsordnung stehen im Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters und der Württembergischen Staatstheater der CDU-Fraktion jeweils drei Sitze, der Fraktion GRÜNE jeweils zwei Sitze und der SPD-Fraktion jeweils ein Sitz zu. Beim Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater hat die Fraktion GRÜNE das Vorschlagsrecht für einen Sitz an die Fraktion der SPD abgetreten.

Im Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern steht der CDU-Fraktion und der Fraktion GRÜNE jeweils ein Sitz zu.

Für alle Verwaltungsräte sind auch jeweils Stellvertreter zu benennen.

Auf Ihren Tischen liegt Ihnen ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD (modifizierte Fassung) vor (*Anlage 11*).

Wird förmliche Abstimmung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich feststellen, dass das Haus die in dem gemeinsamen Wahlvorschlag genannten Abgeordneten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern dieser drei Gremien gewählt hat.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

Meine Damen und Herren, das Kuratorium der Staatlichen Toto-Lotto GmbH besteht gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrags aus 15 Mitgliedern, darunter acht Mitgliedern des Landtags. Jede Fraktion soll eigentlich mit mindestens einem Abgeordneten vertreten sein. Nach d'Hondt ergibt sich folgende Verteilung der Kuratoriumsmitglieder auf die Fraktionen: CDU-Fraktion vier Mitglieder, Fraktion GRÜNE zwei Mitglieder, SPD-Fraktion zwei Mitglieder, FDP/DVP-Fraktion kein Mitglied.

Auf Ihren Tischen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD (*Anlage 12*).

Darf ich darum bitten, dass wir die Wahl offen durchführen? – Ich sehe keinen Widerspruch.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wer entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen die dort aufgeführten Abgeordneten wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE hebt seine Hand.)

– Herr Abg. Dr. Rösler, ist das eine Enthaltung? –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Eine Jastimme! – Heiterkeit des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Der Landtag hat die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern des Kuratoriums gewählt. Ich danke Ihnen.

Damit ist Punkt 12 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Meine Damen und Herren, nach § 6 des Gesellschaftsvertrags der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH – vormals Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH – endet die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats mit der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags von Baden-Württemberg. Sie verlängert sich bis zur Entsendung der jeweils neuen Mitglieder. Gemäß § 6 Abs. 3 Buchst. a des Gesellschaftsvertrags der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH sind neun Mitglieder des Aufsichtsrats auf Vorschlag des Landtags in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht das Vorschlagsrecht den Fraktionen nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt wie folgt zu: CDU 4,5 Mitglieder, GRÜNE 2,5 Mitglieder, SPD zwei Mitglieder. Die Fraktion der CDU und die Fraktion GRÜNE haben sich darauf verständigt, jeweils einen halben Sitz an die Fraktion der FDP/DVP abzutreten.

(Vereinzelt Oh-Rufe – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Keine Dankbarkeit!)

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen liegt Ihnen vor (*Anlage 13*). – Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus die in dem Vorschlag genannten Abgeordneten gewählt hat und dem Gesellschafter der Landesstiftung zur Entsendung in den Aufsichtsrat benennt.

Damit ist Punkt 13 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 24. Mai 2011 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 15/20, 15/27

Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass die Landesregierung gestern Abend im Nachgang zur Sitzung des Ständigen Ausschusses den Antrag der Landesregierung, Drucksache 15/20, in modifizierter Fassung vorgelegt hat. Er liegt auf Ihren Tischen aus. Dieser Antrag ist mit aufgerufen.

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wer möchte das Wort? – Herr Abg. Hitzler.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird am Ende der Aussprache dem Antrag der Landesregierung zustimmen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Allerdings erlauben wir uns, doch einige Bemerkungen zu machen.

Wir freuen uns, dass wir heute eine vollständige und korrekte Vorlage haben, was bei der gestrigen Sitzung des Ständigen Ausschusses noch nicht der Fall war.

Wir wundern uns ein bisschen darüber, dass der Aufsichtsratsvorsitz der Staatlichen Toto-Lotto GmbH nun bei der Wissenschaftsministerin liegen soll. Eigentlich lässt ein Finanzminister da nichts anbrennen, wenn es ums Geld geht. Er selbst soll ja in drei Aufsichtsräten von Banken sitzen.

Wir wundern uns auch ein bisschen darüber, dass die Integrationsministerin nicht berücksichtigt wurde. Wenn man der Integration eine so große Bedeutung zumisst, dann wäre es doch naheliegend gewesen, hierfür einen Aufsichtsratsposten bei der BW Stiftung vorzusehen; denn gerade hier laufen besondere Programme und Projekte in diesem Bereich.

Eines allerdings können wir nicht akzeptieren. Heute war ursprünglich geplant, die zwölf Vertreter des Landtags für die Gewährträgersammlung nach § 93 des Landeshochschulgesetzes zu wählen. Sie haben diesen Punkt mit Ihrer Mehrheit im Präsidium von der Tagesordnung genommen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Das neue Gesetz gilt aber seit dem 15. Februar. Wir erwarten hier, dass Sie das geltende Recht achten. Ich glaube, so kann man auch mit der Opposition nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Gerade der Gewährträgersammlung kommen wichtige Aufgaben zu, und deshalb muss baldmöglichst gewählt werden. Wer als Gralshüter der Volksbeteiligung auftritt, der muss wenigstens hier eine Abgeordnetenbeteiligung ermöglichen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Besetzungsliste der Landesregierung macht deutlich, wie gut diese Regierung aufgestellt ist.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Selbstverständlich kann sich auch die Wissenschaftsministerin um Toto-Lotto kümmern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Damit die Wissenschaftspolitik zum Glücksspiel wird!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Das war in Ihrer Regierungszeit nicht der Fall; da war das immer sehr spartenmäßig abgegrenzt. Wir haben moderne Generalistinnen und Generalisten in der Landesregierung, die können selbstverständlich alles.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir schon gemerkt! – Abg. Tanja Gönner CDU: Arroganz der Macht!)

Deshalb ist dieser Vorschlag so, wie er ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wechseln dann auch die Redner der Landesregierung zu den Fachthemen ab?)

– Das sehen wir dann, Herr Kollege.

Ich verstehe ja, dass Sie verzweifelt jedes Haar in der Suppe suchen müssen.

(Abg. Werner Raab CDU: Wo ist hier eine Suppe? Wo keine Suppe, da kein Haar! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da liegt eine ganze Perücke drin! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Hier ist es nicht unbedingt zu finden.

Dann bleibt noch die künstliche Aufregung über das Universitätsmedizinergesetz.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Künstlich?)

– Das ist eine künstliche Aufregung oder auch ein Sturm im Wasserglas.

(Abg. Peter Hauk CDU: Rechtsbruch!)

– Das ist kein Rechtsbruch, Herr Kollege Hauk.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich ist das ein Rechtsbruch!)

Das Gesetz gibt das nicht her.

(Abg. Peter Hauk CDU: „Zu Beginn der Wahlperiode“!)

– Die Wahlperiode beginnt jetzt,

(Zuruf von der CDU: Nicht erst im Oktober!)

und die Landesregierung hat in einem völlig üblichen Verfahren angekündigt, dass sie sehr kurzfristig eine Gesetzesinitiative zur Novellierung dieses Gesetzes einbringen will.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was heißt „will“? – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Da haben wir aus Gründen der Effizienz

(Oh-Rufe von der CDU – Zurufe der Abg. Tanja Gönner und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

darum gebeten, dass man keine unnötige Gremienbesetzung vornimmt für ein Gremium, das vielleicht gar nicht tagt,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Vielleicht! – Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Sckerl, Sie entmündigen sich doch selbst! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

sondern durch eine Gesetzesänderung obsolet wird. Ich finde, das ist ein übliches Verfahren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei Ihnen vielleicht! Bei uns nicht! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Lassen Sie uns doch diesen guten parlamentarischen Brauch,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Eben nicht!)

den wir schon sehr oft angewendet haben – eine neue Regierung tritt an und setzt andere Schwerpunkte, ändert auch Gesetze –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das dürfen Sie gern!)

beibehalten. Wir werden noch vor der Sommerpause darüber reden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach so? Das ist aber nett!)

und dann ist dieser Sturm im Wasserglas auch beendet.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Anhörung?)

Ansonsten stimmen wir der Vorschlagsliste zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ohne Anhörung!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stoch für die SPD-Fraktion.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich glaube, das ist der falsche Ort, um sich an diesem sehr warmen Nachmittag hier künstlich aufzuregen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Ich glaube, die Vorschlagsliste ist, was die Beteiligung in den Landesunternehmen angeht, sehr ausgewogen.

Sie ist insbesondere auch dem angemessen, was an Kabinettszusammensetzung vorliegt. Ich denke, wir haben die richtigen Entscheidungen getroffen und sie Ihnen vorgelegt. Wir sollten uns dann auch damit begnügen, diese zur Kenntnis zu nehmen. Denn ich glaube – auch wenn ich Ihre Verbitterung ein Stück weit verstehen kann –, Sie sollten akzeptieren – wir haben es in der Vergangenheit auch immer akzeptiert –, dass diese Vorschläge der Regierung sinnvoll sind. Im Ständigen Ausschuss haben wir das entsprechend begründet. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Herr Kollege Hitzler hat es angedeutet: Thema verfehlt, allerdings beim Thema Gewährträgersammlung. Bei dieser Lis-

(Andreas Stoch)

te von Unternehmen geht es nicht um die Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Fragen darf man doch!)

Denn dafür braucht die Regierung die Zustimmung des Hohen Hauses; das wissen Sie. Was das Thema „rechtsmissbräuchlich“ angeht, würde ich den Mund auch nicht zu voll nehmen. Schauen wir uns das an: Dort steht „zu Beginn der Legislaturperiode“, aber nicht „in der ersten Sitzung“.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben heute die fünfte!)

Wir werden uns dieses Themas sehr schnell annehmen, dessen können Sie sicher sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bringen Sie doch das Gesetz!)

Wenn Sie akzeptieren wollen – – Ich habe Ihre Aussage im Präsidium noch sehr gut im Ohr. Sie sagten: Wir können das Gremium ja wählen und dann nicht einberufen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wenn es schnell gehen soll!)

Da frage ich mich: Lohnt bei einer solchen Aussage dieser Sturm im Wasserglas? Ich meine, nein. Deswegen bitte ich Sie, zu akzeptieren, was vor Ihnen liegt. Es ist eine sehr ausgewogene Liste. Die Liste spiegelt auch das wider, was an Kompetenzen in der Landesregierung vorhanden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor der Sommerpause ist nichts! Wir werden laufend vertröstet! –
Abg. Volker Schebesta CDU: Die sagen aber nicht, in welchem Jahr!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Regierungsneubildung werden die Positionen, die das Land in verschiedenen Organen zu besetzen hat, natürlich neu besetzt. Das ist ein normaler Vorgang. Wir werden der Vorlage zustimmen.

Ich habe es allerdings im Ständigen Ausschuss kurz angesprochen und möchte das auch hier tun: Es ist selbstverständlich, dass einige dieser Genehmigungen sozusagen Vorratsbeschlüsse sind, weil die Positionen teilweise noch besetzt sind. Dieses Problem lässt sich natürlich lösen. Ich darf aber, gerade wenn wir über parlamentarische Gepflogenheiten reden, gleichzeitig auch in Erinnerung rufen, dass bei dem Komplex der Banken insgesamt – LBBW, L-Bank – der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus auf die Opposition zugegangen ist, um im Konsens eine Lösung zu finden. Ich gehe einstweilen einmal davon aus, dass es jetzt wieder so geschieht.

Mit dieser kleinen Anmerkung darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir zustimmen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist der Antrag Drucksache 15/20 (modifizierte Fassung). Wer diesem Antrag der Landesregierung auf Erteilung von Ausnahme genehmigungen und Haftungsfreistellungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Antrag einstimmig zugestimmt.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe: Nein!)

– Entschuldigung. Noch einmal: Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 20. Mai 2011 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 15/11, 15/26

Berichterstatter: Abg. Volker Schebesta

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wird noch einige Male vorkommen, dass Sie, die neuen Regierungsfractionen, sich Zitate aus der letzten Legislaturperiode anhören müssen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Umgekehrt auch! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Heute, bei diesem Tagesordnungspunkt, bei dem es um die Zuständigkeitsbereiche der Ministerien geht, ist dies, glaube ich, besonders notwendig. Ich zitiere aus dem Beginn der letzten Legislaturperiode im Jahr 2006 den Redner der Fraktion GRÜNE:

Aus unserer Sicht hätte man auf jeden Fall zwei Ministerien durch Fusionen mit anderen Ministerien einsparen können. Das haben Sie nicht getan. Dazu hat Ihnen offensichtlich der Mut gefehlt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Schön!)

Der Vertreter der SPD-Fraktion erklärte unter dem Stichwort Haushaltskonsolidierung:

Ich glaube, es ist an der Zeit, dass auch auf der Ministerienebene etwas passiert.

Und er fragte:

Warum fangen Sie dann nicht damit an? Warum fangen Sie nicht in der Regierung damit an?

Das war der Kollege Stickelberger. Ich glaube, ich weiß, warum er heute nicht damit anfängt. Es geht jetzt nämlich auch um seine Funktion.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein typisches Oppositionsargument!)

(Volker Schebesta)

Der Redner der Fraktion GRÜNE hat mit den Worten geschlossen:

Hier geht es offensichtlich darum, Posten zu schaffen, um dort ... Menschen unterzubringen. Das können und wollen wir nicht mittragen.

Bis zum 27. März 2011 haben solche Ausführungen für Sie gegolten, danach nicht mehr. Herr Kollege Sckerl, ich finde es schon sarkastisch, dass der Vertreter Ihrer Fraktion im Ständigen Ausschuss gesagt hat: Zeiten ändern sich eben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!)

Das ist sarkastisch. Wenn das die Ansichten und die Argumente sind, die Sie meinten, als Sie vom beginnenden Wechsel gesprochen haben, ist das für uns Grund genug, der von Ihnen vorgesehenen Neuabgrenzung der Zuständigkeitsbereiche der Ministerien nicht zuzustimmen. Sie haben nicht die Zahl der Ministerien und der Minister auf gleichem Niveau beibehalten; vielmehr haben Sie das Ganze um ein zusätzliches Ministerium und einen zusätzlichen Ministerposten aufgebläht.

Wir haben die alte Regierung weder vor noch nach der Wahl für zu groß gehalten. Wir sehen aber auch keine Notwendigkeit für die Entscheidungen, die Sie, um Personen und der Arithmetik gerecht zu werden, für die neue Regierung vorgesehen haben.

Bei den Zuständigkeiten der Ressorts haben Sie einige Änderungen vorgenommen, die sinnvoll sind. Das gilt für die Zusammenfassung von Zuständigkeiten für Energiethemen, das gilt dafür, Zuständigkeiten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren, die frühkindliche Bildung im Kindergartenbereich und im Schulbereich zusammenzuführen.

Aber wir halten es in einem wirtschaftsstarke Land wie Baden-Württemberg nicht für richtig, dass Sie zusätzliche Kompetenzen aus dem Wirtschaftsministerium herausgenommen haben. Entgegen dem, was Sie auch im Ständigen Ausschuss gesagt haben, sind Zuständigkeiten für Raumordnung, Landesplanung, Bauaufsicht und Städtebaurecht aus dem ursprünglichen Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums genommen worden.

Sie sehen in diesem wirtschaftsstarke Land nicht einmal mehr ein eigenständiges Wirtschaftsministerium vor. Sie haben es vielmehr an das Finanzministerium angehängt,

(Zuruf: Ein Torso ist das!)

allerdings in einer Art und Weise – Es könnte ja sein, dass es bei zwei Ministerialdirektoren und bei zwei Personalabteilungen bleibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Internetauftritte sind noch das Wenigste dabei. Vielleicht gibt es für die SPD im Finanz- und Wirtschaftsministerium eine Art Nebenstaatsministerium.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Das ist nicht im Interesse der Kompetenz für die Wirtschaftspolitik, wie sie in unserem Land betrieben werden muss. Die-

se Ressortierung ist nicht richtig. Dieser Verteilung der Zuständigkeiten stimmen wir so nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

Integration ist ein wichtiges Anliegen. Deshalb haben auch CDU-geführte Regierungen in anderen Bundesländern in den Geschäftsbereichen der Ministerien eine Zuständigkeit für Integration vorgesehen. Diese Zuständigkeit wurde in anderen Bundesländern auch in den Titel von Ministerien aufgenommen. Das ist in anderen Bundesländern z. B. mit der Zuständigkeit für Arbeit und Soziales verbunden. In einigen Bundesländern ist es mit der Zuständigkeit für Familie, für Justiz oder für den inneren Bereich verbunden.

Nirgendwo sonst gibt es ein Ministerium ausschließlich mit der Zuständigkeit für Integration. Wir sehen es nicht als notwendig an, für die Wahrnehmung dieser Querschnittsaufgabe ein zusätzliches Ministerium, ein zusätzliches Amt einzurichten, ohne dass dieses Ministerium einen weiteren Zuständigkeitsbereich hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da reicht ein Abteilungsleiter!)

Das ist nicht die allein mögliche Antwort auf diese wichtige Aufgabe. Vielmehr kann man sie auch anders erfüllen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir befürchten, dass es gerade durch dieses eigenständige Ministerium zu Zuständigkeitsstreitereien zwischen den Ministerien kommt. Das werden wir beobachten. Wir werden auch weiter beobachten, wie Sie mit der Personalausstattung in dieser schon von der Spitze her aufgeblähten Regierung umgehen.

Wir stimmen der Verteilung der Geschäftsbereiche nicht zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Uns ist eine Feststellung sehr wichtig. Diese lautet: Die Aufstellung der Ministerien und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche folgen nicht irgendwelcher Versorgungsmentalität oder Versorgungsnotwendigkeiten, sondern der modernen Aufgabenstellung und den Herausforderungen dieses Landes, meine Damen und Herren. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Morgengabe zu einer Liebesheirat! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was ist mit dem Wirtschaftsministerium?)

Deswegen kommt es zu notwendigen Neuzuschneiden, denen selbst Sie Ihren Respekt nicht versagen können. Das hat Herr Kollege Schebesta deutlich gemacht. Ich frage mich, warum Sie das über viele Jahre nicht gemacht haben. Denn die Erkenntnis, dass man z. B. den Tourismus und auch den Natur-

(Hans-Ulrich Sckerl)

schutz in einem Land wie Baden-Württemberg im richtigen Ministerium, nämlich dem für den ländlichen Raum, zusammenführen sollte, ist keine neue Erkenntnis; sie liegt schon lange vor. Sie haben es nicht gemacht. Wir machen das jetzt. Das ist unser Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums. Das haben Sie in der Aussprache über die Regierungserklärung bestritten, aber das ist ein originärer, wichtiger Beitrag.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es geht doch nicht um die Namensgebung!)

Die Aufstellung von Grünen und SPD zeigt, dass wir den ländlichen Raum stärken wollen, meine Damen und Herren, und nicht schwächen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dass unter den aktuellen Herausforderungen von Klimaschutz und Energiewende die Energiezuständigkeiten endlich im richtigen Ministerium gebündelt werden, ist ebenfalls Beweis eines modernen und notwendigen Zuschnitts.

Ein Integrationsministerium steht in einem Land wie Baden-Württemberg einfach auf der Tagesordnung, wenn wir auch dieser Herausforderung gerecht werden wollen. Dazu reicht eben kein Abteilungsleiter, Herr Dr. Bullinger. Für uns ist das keine Nebenaufgabe, sondern eine zentrale Herausforderung, die wir in den nächsten Jahren endlich meistern wollen. Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund z. B. auch im öffentlichen Dienst dieses Landes endlich einen angemessenen Platz finden und sich in Baden-Württemberg als ihrer Heimat wiederfinden. Das unterscheidet unsere von Ihrer Politik der letzten Jahre.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Postengeschacher ist das, sonst nichts!)

Dann noch ein Wort zur Aufblähung: Ich glaube, Aufblähung sieht anders aus.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ein Witz!)

Auch bei der Aufstellung der Ministerien und bei der Abgrenzung der Geschäftsbereiche gilt das Wort des Ministerpräsidenten: Wir regieren mit Maß und Mitte.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Das hat sich vor fünf Jahren ganz anders angehört! – Zurufe von der CDU: Mittelmaß!)

Die Aufstellung der Ministerien und ihr Zuschnitt halten Maß und Mitte. Was mit der Ministerin hinzugekommen ist, wird auf der Seite der Staatssekretäre eingespart. Hinzu kommt: Es gibt keinen zusätzlichen Aufbau, es gibt einen Umbau. Dieser Umbau ist in der Regierungslandschaft Baden-Württembergs notwendig

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt ein zusätzliches Ministerium! Ein Ministerium mehr!)

eingedenk der Aufgaben, die wir haben. Deshalb halten wir diese Aufstellung für richtig und stimmen ihr zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der SPD erhält Herr Abg. Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Schebesta hat angekündigt, dass es noch häufiger vorkommen wird, aus alten Plenarprotokollen vorzulesen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ein guter Satz!)

Ich verstehe ja, dass das Training in der Opposition schwierig ist, aber wir werden nicht weiterkommen, wenn wir uns aufs Ablesen beschränken, wengleich ich sagen darf: Ich tue jetzt einmal das Gleiche und nehme Herrn Abg. Mack beim Wort, der im Jahr 2006 hier an diesem Platz Folgendes gesagt hat:

Mit der Definition der Ministerien und deren Geschäftsbereichen legen die Koalition, der Ministerpräsident und der Ministerrat fest, welche Schwerpunkte sie setzen wollen und wie sie sich die Organisation der politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse vorstellen.

Nichts anderes passiert heute.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Volker Schebesta: Ein beeindruckendes Erwiderungszitat!)

Ich würde also vorschlagen, dass Sie sich auf dieses Neue einlassen,

(Zuruf von der CDU: Wirtschaft ist kein Schwerpunkt für euch!)

denn ich bin mir bei einer Sache ganz sicher: Wir dürfen Politik nicht als etwas Statisches verstehen, genauso wenig wie Gesellschaft statisch ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deshalb braucht man mehr Ministerien? Das ist lächerlich!)

Wir haben in dieser Gesellschaft neue Herausforderungen zu bewältigen, und dann sind auch neue Wege zu beschreiten. Es ist klar, dass sich jede Regierung ihre eigene Arbeitsorganisation gibt, und nichts anderes passiert jetzt. Ich würde vorschlagen, Sie beschränken sich mit Ihrer Kritik darauf, in zwei oder drei Jahren zu sagen, ob das eine funktioniert hat oder das andere vielleicht nicht funktioniert hat.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Schon heute zu sagen, alles sei Mist, ist wenig kreativ.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben bei dem, was Sie, Herr Kollege Schebesta, auch im Ständigen Ausschuss bereits geäußert haben, zur Kenntnis genommen, dass einige Punkte in der Betrachtung auch von Ihnen als sehr sinnvoll bezeichnet werden. Sie sprachen die Energiethemen sowie die Betreuung der unter Dreijährigen an. Wir denken, dass wir gerade in Bezug auf die Bildungspolitik vor einer veränderten Situation stehen, insbesondere im Hinblick darauf, wie sich unsere Gesellschaft auch in Bezug auf die Anzahl der Kinder entwickelt. Hierauf müssen wir ein stärkeres Augenmerk legen.

(Andreas Stoch)

Schauen wir uns das Thema Wirtschaft an, das hier schon mehrfach angesprochen wurde. Ich frage Sie dazu, ob aus Ihrer Sicht das Wirtschaftsministerium unter dem nun aus dem Amt geschiedenen Wirtschaftsminister und – dies gilt noch stärker – unter dem aus dem Amt geschiedenen Staatssekretär den Stellenwert in der Landespolitik hatte, den die Wirtschaft in Baden-Württemberg verdient.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Art von Wirtschaftspolitik, bei der die Menschen im Land das Gefühl hatten: „Hier kommt der Grüß-Gott-August“, hat nun ein Ende.

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Grüß-Gott-August“ ist nicht parlamentarisch, Herr Kollege!)

Wir werden zukünftig mit einer neuen Arbeitsaufteilung in den Ministerien die Wirtschaftspolitik wieder in die Mitte der Landespolitik rücken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt gar niemand mehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

Sie können ganz sicher sein, dass durch die Bewältigung dieser Aufgaben durch Nils Schmid als Finanzminister und als Wirtschaftsminister dieser Bereich endlich ernst genommen wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: In Teilzeit! Halbe Stelle! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Menschen in diesem Land, vor allem auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Unternehmer, werden sich von dieser Regierung ernst genommen fühlen – anders als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Thema Integration sagen. Herr Kollege Bullinger, diese Aufgaben auf Abteilungsleitersebene abhandeln zu wollen deutet auf das eigentliche Problem in diesem Land hin.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau das ist das Problem! – Abg. Volker Schebesta CDU: In 15 anderen Ländern!)

Wir werden es nicht schaffen, diese Thematik unter Einbeziehung vor allem der gesellschaftlichen Entwicklung ernst zu nehmen, wenn wir diesem Thema nicht stärker unsere Aufmerksamkeit widmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das machen wir!)

Schauen Sie sich die Geburtenraten bei uns an, und dann erklären Sie den Menschen in diesem Land, vor allem den Unternehmern, wie in den nächsten 20 bis 30 Jahren dafür gesorgt werden soll, dass genügend junge Menschen in Arbeit, und zwar in qualifizierte Arbeit, kommen. Dazu brauchen Sie enorme Anstrengungen, gerade auch im Hinblick auf die Menschen mit Migrationshintergrund, die ein Teil dieser Gesell-

schaft sein müssen, im Sinne einer Politik des Willkommenseins und nicht im Sinne eines Geduldteins.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was hat das mit dem Ministerium zu tun? Thema verfehlt!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich gedacht, ich hätte nun ein bisschen weniger Arbeit.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Noch weniger? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zweimal am Tag reden! Wollen Sie noch weniger tun? – Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt muss ich schon wieder das Wort ergreifen. – Wer hat hier „Noch weniger?“ gerufen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Stoch!)

Wo ist Herr Stichelberger? Herr Stichelberger, bitte erklären Sie Ihren Fraktionskollegen einmal Ihre jetzige Tätigkeit. Da besteht Informationsbedarf.

Meine Damen und Herren, eine solche Abgrenzung der Geschäftsbereiche drückt natürlich auch ein Weltbild oder zumindest ein Politikbild aus. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig. Darüber darf man schon einmal diskutieren. Dabei ist mir natürlich aufgefallen: Auch für mich stimmen die Proportionen nicht, und zwar in verschiedener Hinsicht.

Auch ich beginne mit dem Thema Integration; von diesem Thema verstehe ich ja nun ein bisschen. Was das Thema Integration betrifft, bin ich gespannt, wann Ihnen dazu etwas Neues einfällt und wann Sie damit aufhören, lediglich bereits Begonnenes umzusetzen. Heute Morgen hat der Ministerpräsident beispielsweise das Stichwort Interkulturalität angesprochen und gefordert, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen einzusetzen. Ich darf darauf hinweisen, dass in der Vergangenheit ressortübergreifend ein hervorragendes Konzept dazu entwickelt worden ist, und ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Umsetzung dieses Konzepts.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zehn bis 15 Jahre hatten Sie dafür Zeit!)

Auch bei der Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse waren wir deutschlandweit Vorreiter und haben hier einen Kongress zu diesem Thema veranstaltet. Ich bin einfach gespannt, wie das nun läuft. Aber so zu tun, als wäre das Thema Integration jetzt von Ihnen hier erfunden worden, und so zu tun, als hätten ausgerechnet wir in Baden-Württemberg den größten Handlungsbedarf von allen Ländern, ist für mich schlicht und einfach weltfremd.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Insofern ist es natürlich ein Stück Ideologie, zu sagen: Wir schaffen dafür jetzt den Minister. Von der Sache her wäre das auch nach meiner Meinung nicht unbedingt notwendig gewe-

(Dr. Ulrich Goll)

sen. Ich bin auch der Meinung, eine starke Abteilung hätte es getan, vielleicht noch mit der Zuordnung eines Staatssekretärs. Dann hätten für mich die Proportionen gestimmt.

Aber weit schlimmer ist natürlich in der Tat das verstümmelte Wirtschaftsministerium. Es wird künftig – auch das sagt einiges aus – quasi als Melkkuh im Stall des Finanzministeriums stehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das ist das Bild von Wirtschaft. Das passt übrigens zu keiner Gründerzeit. Dazu gleich noch mehr.

Aber wenn Sie hier allen Ernstes sagen, dass die Wirtschaft des Landes in der Vergangenheit das Gefühl gehabt habe, von der früheren Regierung des Landes nicht ernst genommen worden zu sein,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Grünen und SPD: Da müssen Sie sich mal die Zahlen anschauen in Ihren Ländern!)

dann geben Sie sich schlicht und einfach der Lächerlichkeit preis.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Diese Degradierung – eine solche ist es; darüber kann man diskutieren, wie man will – passt auch nicht zu dem Gerede über die Gründerzeit, wobei ich das ohnehin ein bisschen zum Kichern finde. Denn in der Gründerzeit, meine Damen und Herren, wäre der Bahnhof da drüben schon halb fertig. Da sind wir uns einig.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Verhindererzeit ist das! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Auch die Leute, die da so fleißig zitiert und strapaziert wurden, wie Daimler, Bosch und viele andere, haben eine bestimmte Infrastruktur gebraucht. Für diese Infrastruktur wurde in der Vergangenheit aktiv gesorgt. Da darf man nur daran erinnern, dass bereits ein württembergischer König auf die Idee kam, 1848 die Bahnlinie von Stuttgart nach Friedrichshafen zu bauen, die übrigens drei komplette Jahreshaushalte gekostet hat. Aber damit wurde die Grundlage dafür gelegt, dass es hinterher eine Gründerzeit geben konnte. Von dieser Einstellung sind Sie Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut!)

Spannend sind auch die Unterpunkte oder -themen, die in einer solchen Abgrenzung angesprochen werden. Darauf komme ich noch zurück. Für den Sektor „Verkehr und Infrastruktur“ haben Sie in Ihrem Papier gerade einmal fünf Unterthemen übrig.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben Bahnlinien abbauen lassen!)

Das ist der kleinste Bereich überhaupt, wohingegen es die Integration immerhin auf zwölf Unterpunkte bringt. Deshalb meine ich, dass die Proportionen nicht stimmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Sie stimmen vor allem natürlich in einem Punkt nicht – da kann man nur den Kopf schütteln –: Da tritt eine Regierung an und behauptet, sie nehme den Bürgerwillen jetzt ernster als ihre Vorgänger – was im Grunde genommen nun wirklich eine Unterstellung ist. Dazu ist heute Morgen und vorhin schon manches gesagt worden. Aber diese Regierung vergrößert sich als Erstes selbst.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau!)

Gerade diese Regierung! Das finde ich absurd. Es ist erstaunlich still gewesen um diese Maßnahme. Da haben Sie Glück gehabt, dass das nicht anders kommentiert wurde.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie haben sich nicht getraut, diese Lächerlichkeit groß hochzuziehen! Das ist der Unterschied!)

Aber ich finde es, ehrlich gesagt, restlos daneben, wenn gerade eine Regierung, die sagt: „Wir sind die Bürgerregierung“, damit antritt, festzulegen: „Jetzt haben wir erst mal ein Ressort mehr.“ Das ist übrigens ein Auto mehr, lieber Herr Kretschmann.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: We are not convinced!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erhält Frau Ministerin Krebs.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus der Feder des Lehrers und Dichters Hermann Adam von Kamp stammen die Verse für das schöne Volkslied „Alles neu macht der Mai“. Was für die Natur gilt, gilt bisweilen auch für die Politik. Der Monat Mai markiert in unserem Land einen Neuanfang. Gewählt worden ist eine neue, grün-rote Regierung, und diese Regierung hat einen klaren Gestaltungsauftrag. Mich hat heute gelegentlich das Gefühl beschlichen, dass dies das eigentliche Problem dieser Opposition ist. Der Gestaltungsauftrag liegt jetzt bei der neuen Regierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist immer das Problem der Opposition!)

Unser Ministerpräsident hat gestern und heute den politischen Leitfaden für diesen neuen Anfang dargestellt. Wir haben gesagt: Wir wollen und werden sicherlich nicht alles neu machen, aber wir wollen und werden in der Regierungsverantwortung vieles anders und unserer Auffassung nach besser machen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das spiegelt sich auch im Zuschnitt der neuen Ministerien wider. Hier hat die Regierungskoalition aus Grünen und SPD Bewährtes erhalten, Vorhandenes verbessert und Neues geschaffen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Nun zu Ihrer Kritik. Ich finde, Sie müssen sich entscheiden: Sie können nicht einfordern, Ministerien einzusparen, und zu-

(Ministerin Silke Krebs)

gleich die Fusionen, die wir vorgenommen haben, als Verstümmelung bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Das haben wir gar nicht gesagt!)

Das würde heißen, dass wir ein Ministerium hätten einsparen und komplett zerstören können, das Sie noch mit einem Minister versehen hatten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zuhören!)

Überflüssige Ministerien haben wir nicht gefunden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die haben Sie aber vor fünf Jahren gesucht! Vor fünf Jahren haben Sie solche lautstark gesucht!)

Sie bemängeln, die Einrichtung des Integrationsministeriums sei eine Aufblähung. Aus Ihrer Fraktion kommen dann jedoch auch Stimmen, die sagen: Es ist doch viel zu klein; das hat ja nur 50 Leute. Was wollen Sie denn? Wollen Sie es groß, oder wollen Sie es klein? Wollen Sie Fusionen oder nicht? Ich vermissem in Ihrer Kritik eine Linie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben den Regierungsapparat keineswegs aufgebläht. Wir haben die Anzahl der Ministerposten erhöht,

(Zuruf von der CDU: Eben!)

gleichzeitig aber die Zahl der politischen Staatssekretäre reduziert. Wir haben die einzelnen Ressorts inhaltlich und personell so aufgestellt, dass sie die Schwerpunkte und die Herausforderungen der Landespolitik in ihren jeweiligen Geschäftsbereichen effizient und erfolgreich anpacken können. Beispielhaft dafür ist das starke Finanz- und Wirtschaftsressort, das unter der Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Nils Schmid die Aufgabe hat, einerseits den Haushalt Schritt für Schritt zu konsolidieren, aber andererseits auch die Wirtschaft und den Mittelstand zu fördern und so den Wohlstand zu mehren und damit die notwendigen Investitionsspielräume für die Zukunft zu schaffen. Wenn der stellvertretende Ministerpräsident auch Wirtschaftsminister ist, kann von einer Schwächung der Wirtschaftspolitik wohl kaum die Rede sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der neuen Landesregierung ist der gesamte Bereich Bildung. Ich freue mich, dass es Ihre Zustimmung findet, dass wir mit der Bündelung der Kompetenzen für die frühkindliche Bildung im Kultusministerium einen guten Schritt getan haben.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Wir wollen die Bildung stärken. Wir wollen gemeinsame Konzepte erstellen. Wir wollen die Chancen der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg erhöhen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenführung der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik in einem gemeinsamen Mi-

nisterium. Auch das findet Ihre Anerkennung; das freut uns. Wir wollen die Aufgabe, eine sichere und zugleich ökologisch verantwortbare Stromerzeugung und Stromversorgung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu gewährleisten, anpacken. Wir wollen die Veränderungen, die bundesweit und europaweit anstehen, auch hier in Baden-Württemberg anpacken. Wir halten es deshalb für richtig und sinnvoll, dieses Kernthema in einem Ministerium zu bündeln.

Der nächste Schritt ist eine ganzheitliche und im besten Sinn nachhaltige Politik für den ländlichen Raum. Auch das ist ein Schwerpunktthema. Wir haben die Zuständigkeiten für den Naturschutz und die Landschaftspflege, den Tourismus und die Landwirtschaft in einem gemeinsamen Ministerium gebündelt und so die Chance eröffnet, einen sinnvollen Austausch und eine gemeinsame Konzeptfindung zu ermöglichen. Wir sind der Meinung, dass diese Politikfelder nicht über mehrere Häuser verteilt sein sollen, sondern unter ein gemeinsames Dach gehören.

Die Bereiche Mobilität und Verkehr erhalten in Baden-Württemberg nun wieder ein eigenes Ressort und damit den ihnen gemäßen Stellenwert. Gute Verkehrspolitik ist heute aber mehr denn je auch gute Infrastrukturpolitik. Insofern fanden wir es sinnvoll und effizient, dass diese beiden Bereiche nun zusammen gedacht und zusammen bearbeitet werden.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Anliegen des Ministerpräsidenten und der gesamten Regierung: die Bürgerbeteiligung und das bürgerschaftliche Engagement. Wir wollen eine Stärkung des Ehrenamts im Sozialbereich und werten das Sozialministerium entsprechend auf.

Zugleich haben wir mit der vom Ministerpräsidenten ernannten Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung ein Zeichen für unseren Willen gesetzt, die demokratische Kultur in unserem Land lebendiger und bürgernäher zu machen.

Auch das neu geschaffene Integrationsministerium ist ein klares Signal der neuen Regierung in die Gesellschaft hinein. Bei Querschnittsaufgaben stellt sich immer die Frage, wie man sie zusortiert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Zusortiert haben Sie es gerade nicht!)

Das ist eine Debatte, die ich seit vielen Jahren kenne. Man kann entweder in jedem Ressort, in jedem Themenbereich eine Zuständigkeit verankern, oder man kann es bündeln.

(Glocke der Präsidentin)

Aber eines möchte ich ganz klar sagen: Die Integrationspolitik ist kein Unterthema der Sozialpolitik; sie ist kein Unterthema irgendeiner Politik. Sie ist ein eigenständiger Aufgabenbereich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin Krebs, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mack?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Aber gern, Herr Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Ministerin, ist der Landesregierung bekannt, wann die Frau Integrationsministerin – nach dem Versprecher vom Kollegen Schmiedel heute Morgen lasse ich den Namen weg – ihr Mandat in Berlin eventuell aufgibt? Werden die Vergütung für das Mandat und die Vergütung für das Ministeramt gegeneinander aufgerechnet, oder bekommt sie beides nebeneinander her?

(Abg. Walter Heiler SPD: Oberpeinlich! Da gibt es ein Gesetz! Da kann man hineinschauen!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Zuerst zur letzten Frage: Es gibt mehrere Regierungsmitglieder – das gab es auch bisher –, die gleichzeitig Abgeordnete sind. Die sind halt Abgeordnete hier im Haus. Frau Öney ist im Moment noch Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus. Aber selbstverständlich werden Berliner Diäten nicht anders behandelt als baden-württembergische Diäten und entsprechend verrechnet.

(Zuruf: Ein Blick in das Gesetz! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Macht das Ihrer Meinung nach Sinn? – Unruhe)

Der Vorgang, dass Minister gleichzeitig auch Mandate haben und entsprechende Diäten beziehen, ist wohl kaum etwas Neues. Über den Sinn brauchen wir gar nicht zu streiten. Selbstverständlich wird Ministerin Öney ihr Mandat zurückgeben. Sie hat noch zwei offene Fälle aus der Härtefallkommission, die sie noch fertig bearbeitet. Danach gibt sie ihr Mandat zurück. Es gibt keinen Grund zur Aufregung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist endlich mal eine Aussage! – Zuruf von der CDU: Wann ist das? – Abg. Volker Schebesta CDU: Ist das eine Hausnummer, oder geht es doch um die Regierungsmehrheit in Berlin?)

Ich möchte inhaltlich noch etwas zum Integrationsministerium sagen. Denn es wäre seltsam, diese Frage nur an Mandatsfragen abzuhandeln. Mir ist es wichtig, klarzumachen: Ich bin mir sicher und habe es auch mitbekommen, dass es viele gute Ansätze im Integrationsbereich gab, in Arbeitsgruppen und in verschiedenen Gremien. Aber wo sind die Ergebnisse? Wo sind die Ergebnisse in der Landesregierung? Wo sind die Ergebnisse im öffentlichen Dienst in diesem Land?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Außer viel Papier nichts gewesen!)

Sie haben, wenn dieses Kabinett mit gutem Beispiel vorangeht und wenn ein Mensch mit Migrationshintergrund Teil des Kabinetts ist, nichts Besseres zu tun, als gleich in der zweiten Arbeitswoche seinen Rücktritt zu fordern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann schon die volle Arbeitskraft!)

Frau Präsidentin, Hohes Haus, wir sind davon überzeugt, dass die von Ministerpräsident Kretschmann geführte Landesregierung und ihre Ministerien

(Glocke der Präsidentin)

die ihnen gestellten Aufgaben engagiert, kompetent und zuverlässig erfüllen werden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Hauk?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Ja.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Ministerin Krebs, Sie haben anscheinend noch immer nicht kapiert – –

(Zuruf: Mikrofon! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn das für ein Ton? – Abg. Helen Heberer SPD: Zum guten Ton gehört, wie man mit der Ministerin redet! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie müssen sich besser ausdrücken, Herr Hauk! – Unruhe)

Sie haben noch immer nicht gemerkt, worauf meine Forderung von heute früh abgezielt hat. Es geht und ging – –

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Hauk, Sie müssen ans Mikrofon. Man versteht Sie nicht.

(Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn es hier ruhig wäre, würde man es hören!)

Abg. Peter Hauk CDU: Das versteht man auch von diesem Mikrofon aus, wenn alle zuhören.

(Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Grünen und SPD: Halten Sie den Mund, dann geht es!)

Zum Anstand gehört, bei einer Frage zu stehen. – Sie haben noch immer nicht verstanden, worauf ich heute früh abgezielt habe. Es ist wohl ein einzigartiger Vorgang, dass über mehrere Wochen hinweg

(Zuruf von den Grünen)

ein Regierungsmitglied in zwei unterschiedlichen Körperschaften tätig ist: als Regierungsmitglied in der Körperschaft Land Baden-Württemberg und als Abgeordnete in der Körperschaft Land Berlin. Diesen Interessenkonflikt, für zwei unterschiedliche Körperschaften tätig zu sein, wollte ich aufgezeigt haben. Er kann durch einen sofortigen Rücktritt entweder in Berlin oder hier gelöst werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Herr Fraktionsvorsitzender Hauk, ich habe Ihre Bedenken verstanden. Gerade vorhin habe ich die Gründe erläutert – mehrere Wochen können es gar nicht sein; denn wir sind mit dem heutigen Tag erst zwei Wochen im Amt –,

(Zuruf: Zwei sind schon mehrere!)

warum es zu dieser Überschneidung kommt. Sie hat einen inhaltlichen Grund.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Es ist ja auch Wahl in Berlin!)

(Ministerin Silke Krebs)

Ich bitte doch sehr darum, mit den neuen Ministerinnen vielleicht ein bisschen respektvoller umzugehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Ho, ho, ho!)

Ich würde darum bitten, Formulierungen wie „Sie haben nicht verstanden, dass ...“ nicht zu verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich möchte zum Schluss kommen: Wir wollen und werden dieses Land verantwortungsvoll, mutig und umsichtig regieren. Dabei bitten wir die frei gewählten Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sind Sie auch Abgeordnete?)

um konstruktive, aber dennoch kritische Begleitung, um die Unterstützung der Arbeit der Landesregierung

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Dazu muss sie aber auch gut sein!)

– dazu komme ich gleich – und um jenes Maß an Vertrauen und Wohlwollen des Parlaments, auf das jedes Regierungshandeln angewiesen ist.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber nicht bei dieser Arroganz!)

Das Hohe Haus hat dies bereits bei der Wahl des Ministerpräsidenten anklingen lassen. Das ist ein guter Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sehr geehrte Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/26. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses ist mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 15 ist damit erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Unruhe bei der CDU)

Ich rufe nun erneut **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

In der Zwischenzeit ist ein neuer Stimmzettel an Sie verteilt worden. Der weiße Stimmzettel müsste auf Ihren Tischen ausliegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, er liegt vor!)

Wir führen die Wahl jetzt noch einmal durch. Kreuzen Sie bitte auf dem Stimmzettel jeweils die Person an, der Sie als Mitglied bzw. als stellvertretendes Mitglied des Richterwahlausschusses Ihre Stimme geben möchten. Sie haben eine Stimme für die Wahl des Mitglieds und eine Stimme für die Wahl des stellvertretenden Mitglieds. Insgesamt haben Sie also zwei Stimmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt ist es klar, Frau Präsidentin!)

Ich bitte nun darum, die Stimmzettel einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte, das Wahlergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, während das Wahlergebnis festgestellt wird, können wir, denke ich, in der Tagesordnung fortfahren. Das Wahlergebnis werde ich nachher bekannt geben.

Somit kann ich Tagesordnungspunkt 16 aufrufen.

(Unruhe)

– Ich möchte Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen oder nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, Sie sind streng, aber Sie lenken noch!)

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2011, Az.: 1 BvF 1/11 – Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag – Drucksache 15/28

Berichterstatter: Abg. Hans-Ulrich Sckerl

Meine Damen und Herren, es ist keine Aussprache vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/28. Wer der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Jetzt müssen wir nur noch auf das Ergebnis der Wahl warten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir können ein Lied singen!)

– Nein, wir können kein Lied singen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich kann vielleicht schon vorab sagen: Die nächste Sitzung findet am 29. Juni 2011 statt, wie gewohnt morgens um 10:00 Uhr.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Mai! – Unruhe)

– Lieber Kollege, im Augenblick haben wir Mai. Der nächste Monat ist der Juni.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Juni! – Abg. Tanja Gönner CDU: Alles neu macht der Mai! Vielleicht will er den Mai behalten! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er ist ja noch neu! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Kann das Ergebnis der Wahl in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden? – Unruhe)

– Sie sollten noch ein paar Minuten Zeit haben und warten, um zu erfahren, wie die Wahl ausgegangen ist. Diejenigen, die dringende Termine haben, können diese wahrnehmen. Aber es handelt sich nur noch um ein paar Minuten, bis das Ergebnis feststeht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Anwesenheit bei Plenarsitzungen ist doch Pflicht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da darf man nicht fehlen!)

Meine Damen und Herren, wir kommen noch einmal zurück zum **Tagesordnungspunkt 9**:

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

Das Ergebnis der Wahl des Vertreters der Rechtsanwaltschaft und seines Stellvertreters im Richterwahlausschuss liegt nunmehr vor.

An der Wahl haben sich 124 Abgeordnete beteiligt. Bei der Wahl des Mitglieds des Richterwahlausschusses entfielen auf Herrn Rechtsanwalt Ekkehart Schäfer 68 Stimmen und auf Herrn Rechtsanwalt Thomas Väth 47 Stimmen. Drei Abgeordnete haben keine Stimme abgegeben, sich also enthalten. Ungültig waren sechs Stimmzettel.

Als Mitglied des Richterwahlausschusses ist damit Herr Ekkehart Schäfer gewählt.

Bei der Wahl des stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses entfielen auf Herrn Rechtsanwalt Dr. Eckhart Lohbeck 61 Stimmen und auf Herrn Rechtsanwalt Sebastian Müller 50 Stimmen. Sieben Abgeordnete haben sich enthalten. Ungültig waren wiederum sechs Stimmzettel.

Als stellvertretendes Mitglied des Richterwahlausschusses ist damit Herr Dr. Eckhart Lohbeck gewählt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir jetzt wirklich am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Herzlichen Dank für Ihre Ausdauer, herzlichen Dank für Ihre Geduld.

Wir sehen uns bei der nächsten Sitzung am 29. Juni 2011 um 10:00 Uhr wieder.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Schluss: 16:00 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

**Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
(Finanz- und Wirtschaftsausschuss – FinWiA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
Mitglieder:			
Gönner	Aras	Dr. Fulst-Blei	Dr. Rülke
Herrmann	Böhlen	Haller	
Hollenbach	Hahn	Hofelich	
Jägel	Lindlohr	Maier	
Köbler	Dr. Rösler	Stoch	
Dr. Löffler	Schwarz	Storz	
Mack			
Paal			
Wald			
Wolf			
Stellvertreter:			
Beck	Boser	Bayer	Dr. Bullinger
Dr. Birk	Frey	Binder	Grimm
Blenke	Fritz	Gruber	Haußmann
Epple	Kern, Manfred	Grünstein	
Hauk	Lehmann	Haller-Haid	
Hitzler	Renkonen	Heberer	
Klein	Salomon	Heiler	
Klenk	Dr. Schmidt-Eisenlohr	Käppeler	
Kunzmann	Schoch	Kopp	
Dr. Lasotta	Sckerl	Nelius	
Locherer	Sitzmann	Rivoir	
Lusche	Wölffe, Werner	Rolland	
Nemeth		Schmiedel	
Raab		Stober	
Dr. Rapp		Wahl	
Razavi		Winkler	
Dr. Reinhart			
Reuther			
Röhm			
Rombach			
Rüeck			
Schebesta			
Dr. Scheffold			
Schmid, Viktoria			
Schneider			
Schütz			
Dr. Stolz			
Stratthaus			
Teufel			
Throm			

**Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport
(Bildungsausschuss – BildungsA)**

CDU

GRÜNE

SPD

FDP/DVP

Mitglieder:

Kurtz
Müller
Schebesta
Schmid, Viktoria
Dr. Stolz
Traub
Wacker
Wald

Aras
Boser
Fritz
Lehmann
Poreski

Bayer
Dr. Fulst-Blei
Käppeler
Kleinböck
Wölfle, Sabine

Dr. Kern, Timm

Stellvertreter:

Beck
Dr. Birk
Blenke
Brunnemer
Deuschle
Epple
von Eyb
Gönner
Gurr-Hirsch
Hauk
Herrmann
Hillebrand
Hitzler
Hollenbach
Klenk
Kunzmann
Locherer
Mack
Pröfrock
Reuther
Röhm
Rüeck
Schreiner
Throm

Böhlen
Filius
Häffner
Kern, Manfred
Lucha
Marwein
Dr. Rösler
Salomon
Schoch
Sitzmann

Funk
Grünstein
Gruber
Haller-Haid
Heberer
Heiler
Hinderer
Hofelich
Reusch-Frey
Rivoir
Schmiedel
Stober
Stoch
Wahl

Dr. Bullinger
Haußmann
Dr. Rülke

**Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
(Wissenschaftsausschuss – WissA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
Mitglieder:			
Dr. Birk	Häffner	Haller-Haid	Dr. Kern, Timm
Deuschle	Kern, Manfred	Heberer	
Kurtz	Lede Abal	Rivoir	
Locherer	Salomon	Rolland	
Röhm	Dr. Schmidt-Eisenlohr	Stober	
Schütz			
Dr. Stolz			
Wacker			

Stellvertreter:

Beck	Boser	Binder	Dr. Bullinger
Blenke	Fritz	Grünstein	Dr. Goll
Brunnemer	Lehmann	Hinderer	Dr. Rülke
Epple	Lindlohr	Hofelich	
von Eyb	Lösch	Schmiedel	
Gönner	Dr. Murschel	Stoch	
Grurr-Hirsch	Pix	Winkler	
Hauk	Poreski		
Herrmann	Schoch		
Hillebrand	Sitzmann		
Hitzler			
Hollenbach			
Jägel			
Klein			
Klenk			
Köberle			
Köbler			
Kunzmann			
Mack			
Rau			
Rüeck			
Schebesta			
Dr. Scheffold			
Wolf			

**Innenausschuss
(InnenA)**

CDU

GRÜNE

SPD

FDP/DVP

Mitglieder:

Blenke
Epple
Hillebrand
Klein
Pröfrock
Schneider
Throm
Wolf

Filius
Häffner
Halder
Salomon
Sckerl

Funk
Heiler
Hinderer
Nelius
Sakellariou

Dr. Goll

Stellvertreter:

Deuschle
von Eyb
Gurr-Hirsch
Hauk
Herrmann
Hitzler
Hollenbach
Klenk
Kunzmann
Locherer
Mack
Müller
Paal
Pauli
Rech
Röhm
Rüeck
Schebesta
Dr. Scheffold
Schmid, Viktoria
Schreiner
Schwehr
Traub
Zimmermann

Lede Abal
Lösch
Lucha
Mielich
Raufelder
Renkonen
Dr. Schmidt-Eisenlohr
Schoch
Schwarz
Sitzmann

Grünstein
Haller-Haid
Hofelich
Käppeler
Kleinböck
Rivoir
Schmiedel
Stoch
Wahl

Dr. Bullinger
Glück
Dr. Rülke

**Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
(Umwelt- und Energieausschuss – UmEnA)**

CDU

GRÜNE

SPD

FDP/DVP

Mitglieder:

von Eyb
Jägel
Lusche
Müller
Nemeth
Razavi
Reuther
Röhm

Marwein
Dr. Murschel
Raufelder
Renkonen
Schoch

Gruber
Grünstein
Rolland
Stober
Winkler

Glück

Stellvertreter:

Deuschle
Epple
Groh
Gurr-Hirsch
Hauk
Herrmann
Hitzler
Hollenbach
Klein
Klenk
Köberle
Köbler
Mack
Paal
Pauli
Pröfrock
Dr. Rapp
Rombach
Rüeck
Schebesta
Schütz
Throm
Wolf
Zimmermann

Böhlen
Frey
Hahn
Halder
Lindlohr
Pix
Poreski
Dr. Rösler
Dr. Schmidt-Eisenlohr
Sitzmann

Funk
Haller
Haller-Haid
Heiler
Hofelich
Käppeler
Kopp
Reusch-Frey
Rivoir
Schmiedel
Stoch
Storz

Dr. Bullinger
Grimm
Dr. Rülke

**Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
(Sozialausschuss – SozA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
-----	-------	-----	---------

Mitglieder:

Brunnemer	Frey	Hinderer	Haußmann
Klenk	Lucha	Kopp	
Kunzmann	Mielich	Reusch-Frey	
Klein	Poreski	Wahl	
Raab	Schneidewind-Hartnagel	Wölfle, Sabine	
Rüeck			
Schreiner			
Teufel			

Stellvertreter:

Beck	Böhlen	Bayer	Dr. Bullinger
Dr. Birk	Boser	Dr. Fulst-Blei	Glück
Blenke	Häffner	Funk	Dr. Rülke
Deuschle	Lede Abal	Grünstein	
Epple	Lehmann	Haller-Haid	
von Eyb	Lindlohr	Hofelich	
Gurr-Hirsch	Lösch	Käppeler	
Hauk	Raufelder	Kleinböck	
Herrmann	Schoch	Rivoir	
Hillebrand	Sitzmann	Schmiedel	
Hitzler		Stober	
Hollenbach		Stoch	
Jägel		Storz	
Kurtz			
Dr. Lasotta			
Locherer			
Lusche			
Mack			
Pauli			
Röhm			
Rombach			
Schebesta			
Dr. Scheffold			
Dr. Stolz			

**Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
(Landwirtschaftsausschuss – LandwA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
-----	-------	-----	---------

Mitglieder:

Brunnemer von Eyb Locherer Dr. Rapp Reuther Rombach Rüeck Traub	Boser Hahn Dr. Murschel Pix Dr. Rösler	Käppeler Kopp Reusch-Frey Storz Winkler	Dr. Bullinger
--	--	---	---------------

Stellvertreter:

Beck Dr. Birk Blenke Deuschle Epple Gönner Hauk Herrmann Hillebrand Jägel Klein Klenk Lusche Mack Paal Rau Razavi Röhm Schebesta Schneider Schwehr Teufel Wald Wolf	Frey Fritz Kern, Manfred Lehmann Lucha Marwein Raufelder Schneidewind-Hartnagel Schoch Sitzmann	Bayer Funk Grünstein Haller Haller-Haid Hofelich Nelius Rivoir Schmiedel Stober Stoch Sakellariou Wölfle, Sabine	Glück Haußmann Dr. Kern, Timm
--	--	--	-------------------------------------

**Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur
(Verkehrs- und Infrastrukturausschuss – Verk/InfraA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
-----	-------	-----	---------

Mitglieder:

Groh	Marwein	Binder	Haußmann
Köberle	Raufelder	Drexler	
Kunzmann	Renkonen	Haller	
Mack	Schwarz	Maier	
Dr. Rapp	Wölflé, Werner	Rivoir	
Razavi			
Schreiner			
Schwehr			

Stellvertreter:

Beck	Frey	Bayer	Dr. Bullinger
Dr. Birk	Fritz	Gruber	Grimm
Epple	Hahn	Grünstein	Dr. Kern, Timm
Gönner	Kern, Manfred	Haller-Haid	
Gurr-Hirsch	Lindlohr	Heiler	
Hauk	Lucha	Hofelich	
Hillebrand	Dr. Murschel	Kleinböck	
Hitzler	Pix	Kopp	
Hollenbach	Schoch	Reusch-Frey	
Klein	Sitzmann	Rolland	
Klenk		Schmiedel	
Köbler		Stoch	
Kurtz		Stober	
Pröfrock		Winkler	
Raab		Wölflé, Sabine	
Rau			
Reuther			
Röhm			
Rüeck			
Schebesta			
Dr. Stolz			
Teufel			
Traub			
Wald			

**Ausschuss für Integration
(Integrationsausschuss – IntegrA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
-----	-------	-----	---------

Mitglieder:

Deuschle	Fritz	Bayer	Glück
Gurr-Hirsch	Kern, Manfred	Grünstein	
Dr. Lasotta	Lede Abal	Kleinböck	
Paal	Mielich	Wahl	
Pauli	Poreski	Wölfle, Sabine	
Schmid, Viktoria			
Schütz			
Teufel			

Stellvertreter:

Epple	Aras	Dr. Fulst-Blei	Dr. Bullinger
Hauk	Böhlen	Haller-Haid	Haußmann
Klenk	Frey	Heberer	Dr. Rülke
Köbler	Halder	Maier	
Kurtz	Lucha	Sakellariou	
Locherer	Schneidewind-Hartnagel	Schmiedel	
Dr. Löffler	Schoch	Stober	
Lusche	Schwarz	Stoch	
Mack	Sckerl		
Müller	Sitzmann		
Nemeth			
Pröfrock			
Raab			
Dr. Rapp			
Rau			
Razavi			
Rech			
Dr. Reinhart			
Reuther			
Röhm			
Rüeck			
Schebesta			
Schreiner			
Wald			

**Europaausschuss
(EuA)**

CDU

GRÜNE

SPD

FDP/DVP

Mitglieder:

Blenke
Gurr-Hirsch
Köbler
Dr. Löffler
Dr. Reinhart
Rombach
Stratthaus
Throm

Frey
Lehmann
Lösch
Kern, Manfred
Dr. Schmidt-Eisenlohr

Drexler
Haller-Haid
Heberer
Heiler
Hofelich

Grimm

Stellvertreter:

Beck
Brunnemer
Deuschle
Epple
Hauk
Klein
Klenk
Mack
Pröfrock
Rau
Röhm
Rüeck
Schebesta
Dr. Scheffold
Schmid, Viktoria
Schreiner
Schütz
Schwehr
Dr. Stolz
Teufel
Traub
Wald
Wolf
Zimmermann

Boser
Filius
Hahn
Halder
Lindlohr
Marwein
Dr. Murschel
Schoch
Sckerl
Sitzmann

Dr. Fulst-Blei
Grünstein
Hinderer
Käppeler
Rivoir
Rolland
Schmiedel
Stoch
Winkler

Dr. Bullinger
Haußmann
Dr. Rülke

**Petitionsausschuss
(PetA)**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
-----	-------	-----	---------

Mitglieder:

Beck	Böhlen	Binder	Grimm
Epple	Lucha	Funk	
Groh	Marwein	Gruber	
Hillebrand	Salomon	Nelius	
Pröfrock	Schoch	Rolland	
Raab	Wölfe, Werner	Sakellariou	
Rech			
Dr. Scheffold			
Schwehr			
Zimmermann			

Stellvertreter:

Dr. Birk	Filius	Grünstein	Glück
von Eyb	Frey	Haller-Haid	Dr. Kern, Timm
Gönner	Hahn	Reusch-Frey	Dr. Rülke
Gurr-Hirsch	Kern, Manfred	Schmiedel	
Hauk	Lede Abal	Stober	
Klenk	Lehmann	Stoch	
Dr. Löffler	Lindlohr		
Mack	Mielich		
Paal	Dr. Murschel		
Pauli	Pix		
Dr. Rapp	Poreski		
Rau	Raufelder		
Razavi	Renkonen		
Dr. Reinhart	Dr. Rösler		
Reuther	Dr. Schmidt-Eisenlohr		
Röhm	Schneidewind-Hartnagel		
Rombach	Schwarz		
Rüeck	Sekerl		
Schebesta			
Schmid, Voktoria			
Schneider			
Schreiner			
Schütz			
Dr. Stolz			
Stratthaus			
Teufel			
Throm			
Traub			
Wald			
Wolf			

Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)

CDU

GRÜNE

SPD

FDP/DVP

Mitglieder:

Gurr-Hirsch
Hauk
Mack
Rüeck
Röhm
Schebesta
Stächele
Traub

Lindlohr
Lösch
Schwarz
Sckerl
Sitzmann

Drexler
Haller-Haid
Rivoir
Schmiedel
Stoch

Dr. Rülke

Stellvertreter:

Deuschle
Epple
Herrmann
Hollenbach
Kunzmann
Kurtz
Dr. Löffler
Pröfrock

Filius
Halder
Lehmann
Poreski
Schneidewind-Hartnagel

Bayer
Grünstein
Haller
Heiler
Hofelich

Dr. Kern, Timm

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
Mitglieder:			
Herrmann Hitzler Pauli	Filius Halder	Sakellariou Stoch	Dr. Kern, Timm (beratend)
Stellvertreter:			
Hollenbach Schebesta Throm	Lindlohr Sckerl	Binder Heiler	

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion

Einsprüche gegen die Landtagswahl am 27. März 2011

Gegen die Landtagswahl sind folgende Einsprüche eingegangen:

1. Einspruch des Herrn T. M.-F. aus Bruchsal vom 28. März 2011
2. Einspruch des Herrn W. B. aus Breisach vom 28. März und 10. April 2011
3. Einspruch des Herrn H. S. aus Konstanz vom 5. und 14. April 2011
4. Einspruch des Herrn W. F. aus Bad Waldsee vom 7. April 2011
5. Einspruch des Herrn R. P. aus Horb vom 11. April 2011
6. Einspruch des Herrn S. G. aus Freiburg i. Br. vom 18. April 2011
7. Einspruch des Herrn H. S. aus Wimsheim vom 27. April 2011
8. Einspruch des Herrn H. D. aus Esslingen vom 6. Mai 2011
9. Einspruch des Herrn M. K. und zweier weiterer Einspruchsführer aus Essingen vom 14. Mai 2011 (Eingangsdatum)
10. Einspruch des Landesverbands Baden-Württemberg der NPD und des Herrn J. S. aus Villingen-Schwenningen vom 12. Mai 2011
11. Einspruch des Herrn D. P. aus Nußloch vom 29. und 31. März 2011
12. Einspruch des Herrn H. M. aus Fellbach vom 1. Mai 2011

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Mitglieder:

Blenke
Pauli
Zimmermann

Halder

Sakellariou

stellvertretende Mitglieder:

von Eyb
Herrmann
Mack
Schneider

Filius
Sckerl

Binder
Funk

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Mitglieder:

Hans-Michael Bender

Thomas Oelmayer

Hans Georg Junginger

stellvertretende Mitglieder:

Franz Longin

Dr. Dierk Helmken

Dr. Frank Haenschke

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Jägel
Lusche
Dr. Rapp
Rau
Schreiner
Schütz
Schwehr
Stächele

Böhlen
Frey
Pix
Schoch

Bayer
Kopp
Rolland
Stober

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Deuschle
Dr. Lasotta
Teufel

Dr. Schmidt-Eisenlohr

Rivoir

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl von Abgeordneten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Mitglieder:

Herrmann
Hitzler
Pauli

Filius
Häffner

Stoch

stellvertretende Mitglieder:

Hollenbach
Mack
Schebesta

Lede Abal
Sckerl

Sakellariou

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Rechtsanwaltskammern

Wahl von Vertretern der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied und zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

von den
Rechtsanwaltskammern Freiburg, Stuttgart und Tübingen:

als Mitglied:	Rechtsanwalt Ekkehart Schäfer
als stellv. Mitglied:	Rechtsanwalt Dr. Eckhart Lohbeck

von der
Rechtsanwaltskammer Karlsruhe:

als Mitglied:	Rechtsanwalt Thomas Väth
als stellv. Mitglied:	Rechtsanwalt Sebastian Müller

26. 05. 2011

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Brunnemer
Kunzmann
Kurtz
Mack
Rombach
Schmid, Viktoria
Schütz
Wacker

Fritz
Lehmann
Poreski
Schoch
Schwarz

Bayer
Käppeler
Wahl
Wölfle, Sabine

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag – modifiziert

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

	CDU	GRÜNE	SPD
a) Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters			
Mitglieder:	Jägel Kößler Schütz	Kern, Manfred Salomon	Stober
Stellvertreter:	Groh Wacker Wald	Böhlen Boser	Heberer
b) Verwaltungsrat der Württembergischen Staatstheater			
Mitglieder:	Gurr-Hirsch Hollenbach Kurtz	Lösch	Heberer Hofelich
Stellvertreter:	Hauk Nemeth Dr. Stolz	Kern, Manfred	Haller-Haid Rivoir
c) Verwaltungsrat des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern			
Mitglieder:	Röhm	Lede Abal	
Stellvertreter:	Hillebrand	Lucha	

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD

Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

GRÜNE

SPD

Herrmann
Jägel
Rombach
Zimmermann

Frey
Kern, Manfred

Heberer
Hofelich

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP

Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
Brunnemer Hauk Mack Wacker	Mielich Dr. Schmidt-Eisenlohr	Haller Stoch	Dr. Goll

26. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion